



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Konstellation einer Krise

Verfasser

Thomas Hörting

angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Univ. Prof. Alejandro Cunat, PhD

Inhaltsverzeichnis:

1. Einleitung.....	3
2. Vorgehensweise und Literatur.....	5
3. Konstellation einer Krise.....	6
3.1. Die Vorgeschichte.....	6
3.2. Das Ingenieurwesen der Finanzwelt.....	15
3.3. Hedge-Fonds	19
3.4. Krise.....	20
3.5. Paulson & Company.....	26
3.6. Der große Deal.....	26
3.7. Reaktionen der US Regierung.....	28
3.8. Die Gewinner der Krise.....	35
3.9. Risse im System.....	41
3.10. Diskurs, Entwicklungen und Ansätze.....	51
4. Globale Strukturen.....	58
5. Conclusio.....	67
6. Bibliographie.....	69
7. Anhang.....	72
7.1. Zusammenfassung.....	72
7.2. Abstract.....	74
7.3. Lebenslauf.....	76

1. Einleitung

Im Zuge meines Studiums für "Internationale Entwicklung", habe ich in der hier vorliegenden Diplomarbeit, über die bedeutende Finanzkrise aus dem Jahr 2008 und deren ökonomischen Gegebenheiten geschrieben. Wie auch in meinem Studium immer für Wichtig erachtet, standen im Mittelpunkt meiner Arbeit, globale Veränderungen. Die Finanzkrise diente mir als eine Art Riss im System, durch welchen verschiedene Prozesse ans Tageslicht traten und besser verstanden werden konnten. Da ich glaube, dass für den Einzelnen nationale, wie internationale Systeme von Interesse sind und Einfluss auf ihn nehmen, liegt der Fokus meiner Arbeit einerseits auf dem US-amerikanischen Finanzsystem und andererseits auf globalen Verflechtungen. Ich erhebe keines Weges den Anspruch auf universal geltende Lösungsvorschläge für in Probleme geratene nationale Ökonomien. Jedes Land hat seine eigene Geschichte, Wirtschaft und Politik und doch leben wir alle irgendwie im gleichen System. In einem System, welches ein globales Netzwerk ist. Die Veränderungen in Asien, haben also unweigerlich Einfluss auf die ganze Welt und umgekehrt.

Auf nationaler Ebene habe ich die USA genauer unter die Lupe genommen, da sie die stärkste Wirtschaft der Erde hat. Diese Tatsache, plus die drohenden finanziellen Probleme vor welchen die USA zurzeit steht, macht eine Analyse sehr interessant. Dass der Dollar als Weltwährung fungiert, macht dessen Entwicklung, welche in engem Zusammenhang mit den nationalen Entwicklungen der USA steht, für alle Länder bedeutend. Primär geht es mir darum, die Ungerechtigkeiten innerhalb der USA, speziell in Verbindung mit dem dortigen Finanzsystem, aufzuzeigen. Schließlich betreffen uns alle, nationale Finanzsysteme, die wiederum global miteinander verbunden sind. Es waren die Banken und Firmen der Wall Street, die das komplette Land in den Abgrund stürzten. Da nichts voneinander getrennt betrachtet werden kann, unterstreicht meine Arbeit auch die komplexen globalen Strukturen und Entwicklungen. Nationale Politiken, nehmen Einfluss auf ausländische Finanzsysteme, verschiedene Finanzmärkte beeinflussen sich gegenseitig und nehmen gleichzeitig Einfluss auf nationale, sowie internationale Entwicklungen, wodurch wiederum verschiedenste politische Systeme zu Reaktionen gefordert werden.

Es ist ein komplexes System, in welchem sich freie Märkte und Regulationen nicht widersprechen dürften und Krisen das Fundament sein dürften.

Schon diese ersten Zeilen machen die Brisanz und die gleichzeitige Ungreifbarkeit der Materie klar. Viele Ökonomen lieferten viele theoretische Ansätze. Die ökonomische Geschichte hat schon viel gesehen, Entwicklungen sind kaum vorhersehbar und vielleicht

sogar von Launen von Politikern abhängig, sowie die tatsächlichen Auswirkungen von Interventionen nicht genau kalkulierbar. Meine Arbeit baut somit auf Erkenntnissen und Theorien von Ökonomen auf. Sie verschafften mir einen verständlichen Zugang zu der Materie und vermittelten mir das Gefühl von Vollständigkeit. Auch wenn es unmöglich ist den Kapitalismus und die Globalisierung zu verstehen, machte sich in mir ein Verständnis breit, dass der Anfang für die Beantwortung meiner Fragen ist. Viele Fragen wurden mir beantwortet und andere könnten für immer unbeantwortet bleiben.

Eine Frage, die natürlich immer wieder auftaucht, ist jene, warum manche Menschen Milliarden von Dollar besitzen und andere an Hunger sterben müssen. Und es ist glaube ich auch diese Frage, wegen welcher Philosophen, Ökonomen und wer auch immer, Millionen von Worten geschrieben haben. Und so dürfte die Weisheit, dass jede Ungerechtigkeit Unrecht vermehrt und jede gute Tat Gutes vermehrt, Gesetz sein. Eine politische Entscheidung nun in Gut oder Schlecht einzuordnen, dürfte zu einer der größten Herausforderungen für Menschen gehören. Ist bei diesen, wichtigen Entscheidungen, Korruption mit von der Partie, verliert Politik ihren Sinn und untergräbt den Demokratiedanken.

Im ersten Schritt habe ich erklärt, welche Autoren großen Einfluss auf meine Arbeit genommen haben. In Folge dessen, habe ich die US-amerikanischen Entwicklungen aufgezeichnet, die zu einer Finanzblase und deren platzen im Jahr 2008 führten. Auch die politischen Reaktionen sind von wesentlicher Bedeutung und fanden in meiner Arbeit Platz. Es sind Unternehmen, wie die Investmentbank, Goldman & Sachs und der Hedge Fond, Paulson & Co., deren Namen, im Zuge meines Schaffens, immer wieder auftauchten. Bis dahin, habe ich mich also, mit der Krise und deren Akteuren befasst, um so zu sagen den Weg des großen Geldes zu verstehen. An diesem Punkt wurde mir auch klar, dass es nicht reicht, das Finanzsystem eines Landes zu verstehen, um die globalen Ungerechtigkeiten zu erklären. Es geht eben nicht nur um die Verteilung innerhalb der Nationen, sondern um die globale Verteilung und Entwicklungen. Die Globalisierung, der mögliche Fall des Dollar als Weltwährung und die damit verbundenen wirtschaftlichen Probleme der USA, haben großen Einfluss auf die Erdbevölkerung. Der letzte Teil meiner Arbeit, versucht diese Tendenzen grob zu skizzieren.

So habe ich eben mir die Frage über Ungerechtigkeit beantwortet. Ökonomen bringen sinnvolle und realisierbare Lösungsvorschläge, die der Allgemeinheit dienen würden. Auf drastische Ansichten, wie die enorme Besteuerung der Reichen und eine damit verbundene Umverteilung, welche mir auch realisierbar erscheinen, bin ich aber nicht direkt gestoßen.

2. Vorgehensweise und Literatur

In ihrer Einleitung zitieren die beiden Autoren, Nouriel Roubini und Stephen Mihm, John Maynard Keynes, um dessen Aussage hervorzuheben, dass Ökonomen mehr Einfluss haben, als dies angenommen wird (vgl. Roubini/Mihm 2010: 5).

Diesen Gedanken empfinde ich als passenden Einstieg, für eine wissenschaftlich Arbeit, da einerseits die Frage nach Einfluss auf politische Prozesse aufgeworfen wird und andererseits die Hoffnung bestärkt wird, dass wissenschaftliches Arbeiten viel bewirken kann.

Die hier vorliegende Arbeit ist eine deskriptive. Ich habe also mit der Literatur, welche ich als wichtig empfunden habe, versucht, meine Fragen zu beantworten.

Das Buch von Gregory Zuckermann gab mir erste Einblicke in die Geschäfte der Wall Street. Sein Buch beruht auf mehr als 200 Stunden Interviews (vgl. Neumüller 2010: 11).

Ich las die deutsche Übersetzung von Egbert Neumüller. Das Buch beschreibt die Abläufe in den Finanzmarktfirmen und die Persönlichkeiten der einzelnen Individuen sehr genau. Im Zentrum stand der größte Trade aller Zeiten, mit dem John Paulson Milliarden von Dollar machte.

Zuckermann ist Special Writer des Wall Street Journal und wurde für die Zeit der Fertigstellung seines Buchs beurlaubt (vgl. Neumüller 2010: 5).

Das zweite Buch, das für meine Arbeit wichtig war, ist von Charles R. Morris, THE TWO TRILLION DOLLAR MELTDOWN. Er ist Anwalt, ehemaliger Banker und Autor von zehn Büchern, sowie zahlreichen Artikeln in Zeitschriften wie der New York Times oder dem Wall Street Journal. Das Buch schildert die US-amerikanische Politik rund um das Entstehen der Immobilienblase, deren Platzen, sowie die Innovationen des Finanzmarktes.

Das dritte Buch, dem meine Arbeit zu Grunde liegt, ist von Nouriel Roubini und Stephen Mihm, CRISIS ECONOMICS. Ein sehr aufschlussreiches Buch, das Theorie, Geschichte, Politik und Ökonomie vereint. Die logischen Schlussfolgerungen darin, ergeben Sinn und scheinen gut brauchbare Lösungsvorschläge für aktuelle Problem zu bieten. Die beiden Autoren widersprechen hier und da dem Mainstream und Roubini war einer der wenigen, die die Krise schon 2006 kommen haben sehen. Er ist Professor an der New York University's Stern School of Business und hat politische Erfahrung. Er berät Zentralbanken auf der ganzen Welt und ist in vielen Medien präsent. Mihm schreibt für verschiedene Zeitschriften und ist Dozent für Geschichte auf der Universität von Georgia. Die zwei Bücher, FREEFALL und Der Preis der Ungleichheit, von dem Nobelpreisträger für Wirtschaft von 2001, Joseph Stiglitz, haben mir viele Fragen beantwortet. Die Analysen des Autors sind sehr umfangreich

und lassen kaum etwas offen, bzw. klammert er zu dichte Materie aus. Er zeigt in diesen Büchern die gravierenden politischen, ökonomischen und sozialen Missstände in den USA auf und bietet Lösungsvorschläge auf allen Ebenen an. Der 1943 geborene Volkswissenschaftler, fungierte ab dem Jahr 1993 als Wirtschaftsberater der Clinton-Regierung und wurde in Folge Chefvolkswirt der Weltbank. Zurzeit unterrichtet er auf der Columbia University in New York.

Auch verschiedene Artikel, verschiedener Autoren, habe ich in meinem Schreibprozess mit eingebunden. Zum Beispiel, Tanzen solange die Musik spielt, von Wolfgang Berger, aus der Zeitschrift Humane Wirtschaft oder zwei Artikel von Charles W. Calomiris, einem Autor, Professor und Politiker. Sehr passend und interessant war auch der Artikel, The Great American Bubble Machine, von Matt Taibbi. Taibbi ist Schriftsteller und schreibt auch für das Magazin Rolling Stone.

Hier muss erwähnt werden, dass große Ereignisse, nie nur einen Ursprung haben können. Für welchen Autor auch immer, es ist wahrscheinlich unmöglich, die Komplexität der Ereignisse in einen Satz zu packen. Hinzu kommt, dass man als Leser die verschiedenen Autoren schnell einer politischen Richtung zuordnet. Natürlich ist es mir wichtig zu wissen, aus welchen Intentionen heraus ein Mensch schreibt, ob dies jedoch immer in Erfahrung zu bringen ist, ohne diesen Menschen persönlich befragt zu haben, sei dahingestellt. Neben dem Versuch die Intentionen einzelner Autoren herauszufinden, werde ich bemüht sein, ein objektives Bild der Geschehnisse zu konstruieren

3. Konstellation einer Krise

In Anlehnung an Keynes, schrieb Minsky, Banken und Finanzinstitutionen, eine wichtige Rolle, im kapitalistischen System zu. Durch zunehmende Komplexität und Verflochtenheit, können sie das ganze System zum Einstürzen bringen. Als wesentliches Finanzinstrument, definierte er Kredite, die Entwicklungen nur schwer kalkulierbar machen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 51).

Und genau das ist passiert. Aber zunächst einmal, skizziere ich die groben Strukturen des US-amerikanischen Finanzsystems.

3.1. Die Vorgeschichte

Dieser Unterpunkt soll darlegen, welche Politik in den USA verfolgt wurde, bevor es zu den starken Turbulenzen am Finanzmarkt im Jahr 2008 kam. Erwähnt werden auch Errungenschaften über die Finanzwelt, welche Regulationen und Einschränkungen mit sich brachten, sowie Erfolge der Finanzmarktakteure im Kampf gegen diese.

Laut den Autoren der Konrad Adenauer Stiftung, hatte die Krise ihren Ursprung am US-amerikanischen Hypothekenmarkt, wobei riskante Kredite, bei ihrer Entstehung, eine wesentliche Rolle spielten. Der Staat leistete finanzielle Unterstützung für Privatpersonen, welche sich ihren Traum vom eigenen Haus erfüllen wollten. Die Kreditnehmer mussten keine gute Bonität aufweisen und so folgte ein großer Immobilienboom. Der kontinuierliche Anstieg der Immobilienpreise, erweckte den Anschein, dass die positive Konjunkturkurve niemals Abreißen würde. Viele Leute, wollten von dieser Situation profitieren, indem sie Immobilien kauften, mit dem Gedanken, diese später mit Gewinn wieder zu verkaufen (vgl. Konrad 2009: 19f.).

Um die Hintergründe dieser Finanzkrise und des damit verbundenen Immobilienbooms zu verstehen, sollen, wie bereits erwähnt, in weiter Folge, die Rahmenbedingungen des Finanzmarktes dargestellt werden.

Der Grund warum Staaten ihre Finanzsektoren regulieren, ist weil sonst mächtige Akteure in der Lage wären, große Profite zu erzielen, indem sie andere Menschen dabei in Gefahr bringen würden. Die USA ließ dem Finanzsystem jedoch freien Lauf (vgl. Morris 2008: xix). Die Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC). wurde in der Zeit der Großen Depression, 1933, gegründet und befähigt die Regierung seitdem, das Geld, das an Banken eingelegt, bzw. ihnen zu Verfügung gestellt wird, zu versichern. Als Gegenleistung durften die Banken reguliert werden (vgl. Stiglitz 2010: 81).

Auch Roubini und Mihm erwähnen, dass Mitte des 20. Jahrhundert zwei Möglichkeiten, die Geldgeber der Banken abzusichern, Standard wurden. Bei einem Ansturm auf Banken, bei welchem diese Finanziers ihr Geld abziehen wollen würden, würde entweder ein zusätzlicher Geldgeber einspringen, um die Beteiligten des Ansturmes auszuzahlen, oder es würde ihnen versichert, dass sie ihr Geld beim Bankrott der Bank trotzdem erhalten würden. Dieses Backupsystem verlangte den Banken Eingeständnisse, bezüglich Regulationen und Kontrollen ihrer Bilanzen ab. So entstand eine Profitgrenze (vgl. Roubini/Mihm 2010: 78).

In den 1930er Jahren, wurde zudem die Commodity Futures Trading Commission (CFTC) damit beauftragt, den spekulativen Handel mit Gütern zu begrenzen. Bis 1991 war der Gütermarkt dadurch sehr stabil und friedlich. In diesem Jahr schrieb eine Tochterfirma von

Goldman Sachs, an die CFTC einen Brief, indem mehr Sicherheit für den Finanzmarkt gefordert wurde. Daraufhin stand die CFTC Goldman Sachs die Bona Fide Hedging Ausnahme zu. Dabei dürfte vergessen worden sein, dass das Gesetz aus den 1930er, eigentlich beschlossen wurde, um den Gütermarkt vom Markt der Finanzinstrumente etwas zu separieren. Goldman Sachs wurde dadurch befähigt, Versicherungen abzuschließen und so Marktbeschränkungen zu entweichen. In den folgenden Jahren, gewährte die CFTC, weiteren Firmen insgesamt 14 ähnliche Ausnahmen (vgl. Taibbi 2009: 61).

In den 1970er der USA existierten noch Gesetze, die staatliche Banken schützen sollten. Einige Bundesstaaten erlaubten Banken, nur eine Filiale aufzumachen, andere verboten es zur Gänze. Ziel war es, dass die staatlichen Banken profitabler sind und so den Staatshaushalt aufbessern (vgl. Rajan 2005: 5).

Auch das 1974 gegründete Basel Committee on Banking Supervision, erschuf Richtlinien für die Finanzwelt. Obwohl sie nicht verpflichtend sind, richten sich weltweit Finanzmarktstrukturen nach ihnen. Diente bis ins 21. Jahrhundert eine eher magere Version, namens Basel I als Leitfaden, wurden mit Basel II, 2006, weit aus umfangreichere Ansätze zur Verfügung gestellt. Bestand die Möglichkeit alle Banken mit Basel II zu konfrontieren, setzten sich die USA, Kanada und Großbritannien jedoch erfolgreich dafür ein, dass der Entwurf nur an große, internationale Banken herangetragen wurde. Im Grunde wurde der Markt zu positiv eingeschätzt und die Forderungen, rund um das Eigenkapital der Banken, waren unzureichend. Diese Gegebenheiten, halfen der Finanzkrise beim entstehen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 204f.).

Die Vorschriften, die dem Vertrag "Basel II" zugrunde liegen, motivierte Banken zudem dazu, vermehrt Teile aus ihren Bilanzen, in den Schattenbankensektor auszulagern und die voraussichtlich höheren Kapitalvorschriften, aufgrund von Basel III, werden dies ebenso tun (vgl. Zimmermann 2012: 109).

Auch der technische Fortschritt hat das Finanzsystem verändert, wobei diese Veränderungen in den letzten 30 Jahren massiv waren. Die Risikobereitschaft innerhalb der gesamten Ökonomie nahm deutlich zu. Der technologische Fortschritt führte z.B. zu Kostensenkungen in den Bereichen der Kommunikation, Berechnung oder Speicherung von Informationen. In den letzten Dekaden, kam es auch zu einem institutionellen Wandel, bei welchem, die Entstehung von z.B. Hedgefonds, im Mittelpunkt stand, es aber auch zu neuen politischen und regulatorischen Vereinbarungen kam. Es sind diese neuen Strukturen, die schließlich das traditionelle Bankenwesen ablösten (vgl. Rajan 2005: 1).

Der Fortschritt der Informationstechnologie, ermöglichte es den Finanzmarktakteuren, vermehrt zwischenstaatlich zu agieren und so den Wettbewerb anzukurbeln. Lokale US-Politiker konnten diesem Vorgang nicht entgegenwirken und lockerten somit auch ihre bundesstaatlichen Restriktionen (vgl. Rajan 2005: 5f.).

Es sei bemerkt, dass sich der US-amerikanische Finanzmarkt, weltweit einen sehr guten Ruf erkämpfte, aufgrund von ausgezeichneten Regulationsmechanismen, welche von der Securities and Exchange Commission (SEC) gesteuert wurden und für Transparenz sorgten. Dieses System, mit dem Grundgedanken der Informationsbereitstellung, setzt jedoch auf die Ehrlichkeit und das gute Gewissen, von z.B. privaten Ratingagenturen. Das letzte viertel Jahrhundert, stand zudem, im Zeichen der Deregulation (vgl. Morris 2008: 163).

Die ökonomischen Entwicklungen in den 80er und 90er Jahren stärkten konservative Ansichten. So rückten Gedanken von freien Märkten und deregulierten Finanzmärkten in das Zentrum der Politik (vgl. Morris 2008: 34f.).

Auch in der ökonomischen Wissenschaft, propagierte der überwiegende Teil, den freien Marktkapitalismus und trieb ihn somit enorm an (vgl. Stiglitz 2010: 238).

Mit der Wahl Roland Reagans zum Präsidenten 1980, wurde der keynesianische Liberalismus begraben, der durch freie Markttheorien, nach Friedman, ersetzt werden sollte (vgl. Morris 2008: 18).

Mit den Wahlen 1980, zog also die Chicagoer Schule in den USA ein und mit ihr die Deregulierung des Finanzmarktes. Auch kam es zur Reduzierung der Macht der zentralisierten Regierung. Diese Entwicklungen machten das Land jedoch wieder Wettbewerbsfähig (vgl. Morris 2008: xxii).

Der damalige, kurzzeitige, positive Erfolg, den die Politik der freien Märkte mit sich brachte, dürfte das Vertrauen in diese Theorie nachhaltig gestärkt haben. Hinzu kam, dass diese Politik vielen Unternehmen zusagte und diese somit zu Verfechtern dieser Idee wurden. Im Laufe der Zeit, führte das Dogma jedoch zu ungleicher Verteilung und zu der Finanzkrise 2008.

Reagan richtete seine Politik nach den Kernthesen der Chicagoer Schule: geringe Steuern, freie Märkte und minimale Regulation (vgl. Morris 2008: 27).

Das nachstehende Zitat zeigt, dass der Finanzsektor auch in den Genuss besonderer Vorzüge kam und das ihn umgebende Sicherheitsnetz ausgebaut wurde:

“The corporate safety net was extended from commercial banks to investment banks and then to an insurance company—to firms that not only had paid no insurance premium for the risks against which the taxpayers was protecting them, but also had gone to great lengths to avoid taxation” (Stiglitz 2010: 38).

Ein weiteres Zitat soll zeigen, dass die Federal Reserve (Fed) eine wesentliche Rolle, bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für den Finanzmarkt spielt. Gleichzeitig, leitet das Zitat, einen Teil dieses Kapitels ein, der sich mit der Politik der Fed beschäftigt:

“In virtually every interpretation of the crisis, the Fed was at the center of the creation of this and the previous bubble“ (Stiglitz 2010: 25).

Die Fed und die EZB sind unabhängige Institutionen und leisten weniger gute Arbeit als die staatsnahen Zentralbanken von Brasilien und Indien (vgl. Stiglitz 2010: 142).

Mit Greenspan als Vorsitzendem der US-Notenbank (Fed), zwischen 1987 und 2006, wurden Regulationen weitgehend abgebaut, die im Zuge der Großen Depression der 1930er entstanden sind. Das damit verbundene Dogma der freien Märkte wurde auch von der Politik angenommen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 74).

Zehn Jahre bevor der US-amerikanische Budgethaushalt, in zunehmende Schwierigkeiten gelangte, war die Bilanz positiv. Es bestand die Befürchtung, dass die USA schuldenfrei wird und das wichtigste Instrument der Fed, der Leitzins, damit verloren ginge. Alan Greenspan setzte sich somit für das Steuerprogramm 2001 von Bush ein von welchem hauptsächlich Wohlhabende profitierten. Aber auch andere Faktoren führten zu dem massiven Budgetdefizit, wie z.B. der Irakkrieg oder der Afghanistankonflikt (vgl. Stiglitz 2012: 276f.).

Alan Greenspan ist hauptverantwortlich für ein Viertel Jahrhundert des billigen Geldes. Der Leitzins, wurde durchschnittlich um ein Drittel Prozentpunkte pro Jahr gesenkt. Die Firmen des Finanzsektors spekulierten auf diesen Trend und weiteten ihre Geschäfte aus (vgl. Moris 2008:148).

Unter seiner Leitung, fiel die “federal funds rate“, ein wichtiger kurzfristiger Leitzins, vor allem zwischen 2001 und 2003 von 6,5% auf 1% (vgl. Neumüller 2010: 61ff.).

Auch Roubini und Mihm erwähnen die Zinssenkungen zwischen 2001 und Mitte 2003 um insgesamt 5,5%. Die Rate beschreibt die Verzinsung, mit der die Fed Geld an die Finanzwelt borgt. Greenspan behielt diese Politik des billigen Geldes, lange bei, wodurch er die Kreditblase kräftig aufblies (vgl. Roubini/Mihm 2010: 33).

Alles fing mit dem Technologiecrash Ende 2000 an, wobei die “federal funds rate“ von 6,5% auf 3,5% gedrosselt wurde. Mit der World Trade Center Katastrophe vom 11.9.2001, wurde der Leitzins weiter herunter gesetzt, bis er die 1% Marke erreichte. Dieser Zustand, hielt sich bis Mitte des Jahres 2004. Die Banken hatten in dieser Zeit quasi freien Zugang zu Geld (vgl. Morris 2008: 59).

Weil zumindest seit 1987, beim Eintreten jeder Krise, immer der amerikanische Leitzins mehrfach gesenkt wurde, egal worin die Ursache der Krise lag, entstand der Begriff “The Greenspan Put“ (vgl. Morris 2008: 65).

Greenspan's Politik des billigen Geldes, nach der geplatzten Technologieblase aus 2000 und den Anschlägen vom 11. September, ebnete den Weg für den Immobilienboom. Denn er erhöhte den Leitzins erst ab 2004 wieder und dies in nur sehr kleinen Schritten. Der “Greenspan Put“, dient seitdem als letzter Rettungsanker des Finanzmarktes und erhält bis heute dessen Strukturen. Denn im Kern seiner Finanzpolitik, war Alan Greenspan der Meinung, dass man dem Entstehen einer Blase zusehen könne und nach deren Platzen, den Auswirkungen so gut wie möglich entgegensteuern müsse (vgl. Roubini/Mihm 2010: 73). Er setzte sich stets für Deregulation ein und war der Ansicht, dass Wirtschaftsblasen nicht in den Tätigkeitsbereich der Fed fallen. Ende der Neunziger, entschied er sich auch gegen die Verschärfung der Regeln, die Aktiengeschäfte betreffend und verabsäumte es so, die Technologieblase zu schmälern (vgl. Morris 2008: 32f.).

Ben Bernanke, der neue Vorsitzende der Fed, schaffte es erfolgreich, den “Greenspan Put“, in den “Bernanke Put“ zu verwandeln (vgl. Stiglitz 2010: 136).

Stiglitz schreibt, dass eine niedrige Zinspolitik eigentlich zu Investitionen, Wachstum und nachhaltigem Wohlstand führt, da Märkte, Kapital theoretisch möglichst sinnvoll nutzen. Praktisch führte sie jedoch immer öfter zu Wirtschaftsblasen, da Banken mit fremden Geld höchst spekulative Geschäfte tätigten (vgl. Stiglitz 2010: 80).

Auch Zuckermann, sieht für viele Wirtschaftsblasen, extrem niedrige Zinsen ausschlaggebend und sie könnten auch künftige nähren (vgl. Neumüller 2010: 391).

Die Phase des billigen Geldes, also des niedrigen Leitzinses, dürfte gewissermaßen eine Ausnahme sein, denn der Fokus der modernen Geldpolitik liegt prinzipiell auf der Inflationsbekämpfung. Diese Politik, steht hauptsächlich im Zeichen der Absicherung von Anleihegläubiger, die bei einem Inflationsanstieg Verluste verzeichnen würden. Durch die Erhöhung des Leitzinses und Einschränkungen bei der Kreditvergabe, halten Zentralbanken die Arbeitslosigkeit oft unnötig hoch, da dadurch die Löhne nicht steigen. Die Produktivität steigt somit unverhältnismäßig stark, im Gegensatz zu den Löhnen. In den Vereinigten Staaten war der Mindestlohn 2011, um 15 Prozent niedriger, als jener von 1980, weil er mit der Inflation nicht mitkam (vgl. Stiglitz 2012: 314f.).

Allgemein ist die Sicherstellung der wirtschaftlichen Stabilität jedoch sinnvoller, als die Fokussierung auf die Inflationsbekämpfung. Denn eine geringere Arbeitslosigkeit z.B., ist essenzieller, als die Bekämpfung geringer Preissteigerungen. Es sind nämlich vor allem

Anleiheinhaber, die von den Zinserhöhungen (um der Inflation entgegenzuwirken) profitieren, auch weil der Wert des Geldes steigt, das sie her borgten (vgl. Stiglitz 2012: 337).

Die vorangegangenen Zeilen rufen etwas Verwirrung hervor. Sollte die Fed nun den Leitzins hoch oder niedrig halten? Die Antwort dürfte sein, dass sie zur richtigen Zeit, den richtigen Leitzins festlegen muss. Das heißt, dass der Zins im Interesse der Mehrheit oder in jenem, von einigen, wenigen Wohlhabenden, gestaltet werden kann.

In der Zeit vor der Krise, herrschte in der Fed die Stimmung, dass eventuell auftretende Turbulenzen in der Wirtschaft nicht so heftig sein würden und, dass die Schäden leicht behoben werden könnten. Die Fed wurde aber gegründet, um der Entstehung solcher Turbulenzen entgegenzuwirken und nicht damit sie die Trümmer im Nachhinein beseitigt (vgl. Stiglitz 2010: 270f.).

Unter der Bush Administration, wurden Fannie Mae und Freddie Mac verstaatlicht. Sie waren die größten Kreditgeber am Immobilienmarkt. Die Verstaatlichung bedeutete, dass Zahlungsausfälle der Kreditnehmer, auf Kosten der Steuerzahler gingen (vgl. Stiglitz 2010: 98).

Die US-amerikanische Regierung setzte auf Kreditsubventionen, um die Anzahl der Hauseigentümer zu erhöhen. Dies geschah in Form von Reduktion des Hypothekenzinses, der Unterstützung staatsnaher Unternehmen und Banken, sowie der Ausübung von Druck, auf Kreditgeber, damit diese genügend Geld bereitstellten. Riskante Taktiken und ein Mehr an Geld am Immobilienmarkt, führte zur Instabilität des Finanzmarktes (vgl. Calomiris 2008: 75). Es stand auch ganz im Interesse der US-amerikanischen Regierung, dass die Menschen Häuser bauten und kauften, auch wenn sie dafür Kredite aufnehmen mussten. Die soliden Wohnsitze, sollten dem Land an Stabilität bringen. Staatsnahe Banken wurden in das Vorhaben involviert und hatten zur Not noch das Finanzministerium hinter sich, von dem sie sich Geld borgen konnten. Somit handelten diese Banken noch freizügiger. Weltweit ließ man den Finanzmärkten freien Lauf, da man sich einerseits bessere Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und die Modernisierung des Wirtschaftsstandortes erhoffte. Andererseits befürchtete man, durch stärkere Regulierung, die Finanzinstitute ins Ausland zu vertreiben. Dieses Problem des Standortwettbewerbes, hätte nur eine supranationale Autorität lösen können, solch eine Struktur bzw. Institution gibt es jedoch nicht (vgl. Konrad 2008: 25ff.). Raghuram Rajan, sieht in den vielen Veränderungen, die in den letzten Jahrzehnten auch das Wirtschaftssystem stark veränderten, prinzipiell positive Entwicklungen. Jedoch neue Möglichkeiten können auch missbraucht werden (vgl. Rajan 2005: 37).

Auch Calomiris sieht in der Deregulation von Banken und in der Globalisierung eine Art Dämpfung der Krise, er räumt jedoch ein, dass Fehler bei der Regulierung gemacht wurden (vgl. Calomiris 2008: 72).

So muss der Regierung eine Teilschuld an der Krise zugeschrieben werden. Z.B., haben vom Staat geförderte Unternehmen zweitklassige Anleihen erworben, den regulativen Eigenschaften von Ratingagenturen, wurden zu viele Erwartungen entgegengebracht, die United States Securities and Exchange Commission (SEC), setzte sich für lockerere Bedingungen ein und auch die Bankkapitalbestimmungen, waren unzureichend (vgl. Calomiris 2008: 36).

Laut Konrad-Adenauer-Stiftung, dürfte bei der Entstehung der Krise, eine wesentliche Rolle gespielt haben, dass die Staaten ihre Aufsichtsfunktionen, die Finanzmärkte betreffend, vernachlässigten. Das Regelwerk war mangelhaft, bzw. ungenau, ganz abgesehen von internationaler Einheitlichkeit. Durch inkonsequente Umsetzung, internationaler Standards einiger Staaten, fand die Krise fruchtbaren Boden (vgl. Konrad 2009: 40).

Das Steuersystem der USA und die Möglichkeit, die Gewinne in niedrig Steuerländer auszuweisen, ermöglichte es z.B., zwei Drittel aller in den USA tätigen Unternehmen, zwischen 1998 und 2005, keine Steuern zu zahlen (vgl. Taibbi 2009: 100).

Morris, sieht die Ursachen der kollabierenden, US-amerikanischen Ökonomie, in der freien Marktpolitik der letzten 25 Jahren, die sich an der Chicagoer Schule anlehnte (vgl. Morris 2008:142).

Folgendes Zitat, soll das Einleiten und Ausklingen der Theorie der freien Märkte nochmals verdeutlichen:

“[...] we are witnessing the final days of another quarter-century political/ideological cycle—the last gaspings of the raw-market, Chicago-school brand of financial capitalism that moved into the vacuum created by the 1970s collapse of the Keynesian/liberal paradigm” (Morris 2008: 159).

Der Internationale Währungsfond und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, warnten vor dem großen, ökonomischen Ungleichgewicht zwischen China und der USA, welches eventuell zu einer globalen Krise führen könnte. Die beiden Wirtschaftsorganisationen, machten auch auf eine eventuelle Überbewertung der Immobilienmärkte und auf deren möglichen Preisverfall aufmerksam. Aber auch die Komplexität der Kreditweitergabe, wurde von der US-amerikanischen Börsenaufsicht SEC und von Risikomanagern der Finanzinstitute hinterfragt. Die positive Stimmung, konnte jedoch nicht getrübt werden (vgl. Konrad 2009: 24f.).

Fast alle Politiker, Wissenschaftler und Broker, ignorierten die Warnungen jener, darunter auch Roubini, die die Krise voraussagten (vgl. Roubini/Mihm 2010: 1ff.).

Bereits 2006, machte Nouriel Roubini auf die heran rollende Krise aufmerksam (vgl. Roubini/Mihm 2010: 88).

Die letzten Zeilen dieses Kapitels, widmen sich den Strukturen der Finanzwelt und liefern bereits erste Ansätze darüber, wie sich die Individuen in diesem Sektor verhalten.

Prinzipiell definiert sich der Wert einer Firma, an der Möglichkeit Geld zu akkumulieren, um wertsteigernde Investitionen zu tätigen und Dividenden auszuzahlen. Investoren und Manager der Führungsebenen, agieren jedoch mit Informationen, die auf kurzfristigen Entwicklungen basieren, wie z.B. Einnahmen. Ein Grund dafür ist auch, dass langfristige Einschätzungen zu zeitintensiv und teuer sind, da die gewünschten Informationen nur Insider besitzen. Durch die Reaktionen auf kurzzeitige Erfolge, werden diese kurzfristigen Entwicklungen preisbestimmend. Fokussiert der kurzfristige Aktienhandel also auf die Einnahmen der Unternehmen, können die Informationen, welche diese beschreiben, bereitgestellt durch Unternehmen, sehr freizügig gestaltet werden. Während 2% der durchschnittlichen Jahresgewinne aus Dividenden hervorgehen, sind die restlichen 98% auf Verkäufe von Anteilen zurückzuführen. Verallgemeinert kann gesagt werden, dass jeder Investor seine Tätigkeiten danach ausrichtet, was er vermutet, dass andere Investoren erwarten (vgl. Rappaport 2005: 65f.).

Die London Interbank Offered Rate (LIBOR) ist der wichtigste Zins des internationalen Finanzsystems, unter welchem Geld geborgt wird (vgl. Roubini/Mihm 2010: 95).

Libor wurde von Banken als Referenzzinssatz entworfen, um ihre Produkte, man könnte sagen, aufeinander abzustimmen. Viele ihrer Geschäfte sind an den Zinssatz gekoppelt, wobei es den Anschein erweckt, dass die Banken ihn manipuliert hätten (vgl. Stiglitz 2012: 82).

Vorweg sei noch erwähnt, dass alle Banken, Pensionsfonds und Versicherungen Regulierungen unterliegen, welche sie beschränken, Kredite an Kunden zu vergeben, die eine geringe Bonität aufweisen (vgl. Calomiris 2008: 31).

Es ist auch das Steuersystem, welches für eine ungerechte Verteilung innerhalb der USA sorgt.

Dass das Steuersystem in der USA regressiv ist, bedeutet, dass die Reichen, im Verhältnis zu ihrem Einkommen, weniger Steuern zahlen, als jene die ärmer sind (vgl. Stiglitz 2012: 72).

Zimmermann beschreibt einen globalen Sparüberschuss, im Besonderen der Schwellenländer, der nach passenden Anlageformen sucht. Da selbst der Markt für Schatzanleihen der USA zu klein war, ergriffen die Finanzmarktakteure ihre Chance und kreierte die Top "gerateten", an den Hypothekenmarkt gebundenen Anleihen (vgl. Zimmermann 2012: 105).

Es waren vor allem die europäischen Banken, die aufgrund ihrer Überkapazitäten (entstanden seit der Einführung des Euros), in US-amerikanische Hypothekenanleihen investierten und so die Immobilienblase mitaufbliesen (vgl. Zimmermann 2012: 106).

Die hier angesprochenen Kreationen der Finanzwelt, werden im Zentrum des nächsten Kapitels stehen.

3.2. Das Ingenieurwesen der Finanzwelt

Die Strukturen, die wesentlich zu der Krise 2008 beitrugen, können gut mit dem Begriff “shadow bank“ zusammengefasst werden. Unter diesen Begriff, fallen alle Finanzmarktakteure, die dieselben Geschäfte wie Banken abwickeln, aber nicht denselben Gesetzen unterstehen. Diese Institutionen finanzierten sich auf dubioseste weisen, nahmen fast Größen wie normale Banken an und würden bei Rückforderungen ihrer Finanziers große Probleme bekommen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 80).

Der Begriff “shadow bank“ beschreibt also Institutionen, wie Hedge Fonds oder Kreditgeber, die wie Banken agieren, dadurch Banken werden, jedoch nie den gleichen Regulationen wie Banken unterliegen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 8).

Bereits 1983 fanden Verbriefungen (Bündelungen) von Hypothekenkrediten statt, damals unter dem Namen Collateralized Mortgage Obligation (CMO). Dabei handelte es sich um eine, für den Hypothekenmarkt wichtige Errungenschaft und die CMOs erlangten auch Beliebtheit bei Investoren. Die CMOs boomten an der Wall Street und wurden in ihren Strukturen immer komplexer (vgl. Morris 2008: 40f.).

1994 platzte die CMO Blase, als die Fed den Leitzins einen halben Prozentpunkt an hob (vgl. Morris 2008: 43f.).

Die Krise des Hypothekenmarktes 1994, ist also auf das Ausloten der Grenzen der verschiedenen CMO-Ebenen, seitens der Wall Street, zurückzuführen. Bereits 1996, als sich der Markt wieder erholt hatte, wurde das Spiel mit den Kreditportfolios, leicht überarbeitet, fortgesetzt (vgl. Morris 2008: 73).

Waren die Regeln für Banken in den 1980er noch strenger gewesen, so waren die neuen Kapitalgesetze, aus der Mitte der 1990er, der Startschuss für Banken, um ihr breites Spektrum an vergebenen Krediten zu verbiefen und als Collateralized Debt Obligations (CDOs) weiter zu verkaufen (vgl. Morris 2008: 59f.).

Im Jahr 1997 fanden die Begriffe “securitization“ und “Verbriefung“ Einzug in die Wall Street. Das bedeutete, dass von nun an, Darlehen zu Wertpapieren verpackt wurden, Investoren diese kauften und Kreditgeber weitere Darlehen vergeben konnten (vgl. Neumüller 2010: 63).

Der Name CDO diente zusammenfassend für Verbriefungen von Anlagen, wie auch von Hypotheken (vgl. Morris 2008: 74).

Der Verkauf der Kredite galt lange als Risiko minimierend (vgl. Konrad 2009: 24).

Für Alan Greenspan hatte eine neue Ära, eine des aktiven Kreditmanagements, begonnen (vgl. Morris 2008: 61).

“Zudem bestand blindes Vertrauen in neue Risikomodelle oder Versicherungsinstrumente, denen zugetraut wurde, die Risiken im Griff zu behalten“ (Konrad 2009: 24).

Die neuen Innovationen des Finanzmarktes, machten es möglich, dass die Banken ihre riskanten Anlagekreationen von ihrer Bilanz, in jene von Investmentmanagern, verschieben konnten, wobei die riskantesten Teile behalten werden mussten. Einerseits ermutigte diese Möglichkeit dazu, noch mehr Risiko einzugehen, andererseits häuften die Banken das größtmögliche Risiko an, was wiederum nur einen Bruchteil von den Gefahren beinhaltete, die sie fabrizierten (vgl. Rajan 2005: 3).

Für Kunden der CDOs, war das Risiko schwer einzuschätzen, da die Investmentbanken nicht Preis gaben wer die, der Anlage zugrunde liegenden Kredite, vergeben hatte (vgl. Sloan 2007: 122).

Die Kreditnehmer mit geringer Bonität mussten höhere Zinsen bezahlen, wodurch die Darlehen sehr gut an Investoren weiterverkauft werden konnten, für welche die hohen Zinsen sehr attraktiv erschienen. Alte Vorgehensweisen wurden also über Bord geworfen und auch die Behörden schienen keine Einwände zu haben. New Century war zur Jahrtausendwende der zweitgrößte “subprime“ Kreditgeber und konkurrierte mit Countrywide und HSBC Holdings PLC. Fast ein Drittel der vergebenen Kredite von New Century waren Tilgungsfrei, das bedeutet, dass anfänglich nur die Zinsen zurückgezahlt werden mussten. Zudem wurden 40% der Hypothekendarlehen an Personen vergeben, welche ihr Einkommen zwar angegeben hatten, dieses aber nicht nachweisen mussten. Die von New Century gebündelten Kredite wurden an Firmen wie Merrill Lynch, Morgan Stanley oder Lehman Brothers verkauft. Aber auch die staatsnahen Unternehmen Fannie Mae und Freddie Mac waren an diesen Produkten interessiert und Politiker, welche an der Steigerung der Anzahl von Hausbesitzern interessiert waren, unterstützten den Prozess. Diese Investmentfirmen setzten das Spiel dann fort und verkauften ihre komplexen Investments (z.B. CDOs) weltweit an Pensionskassen, Banken, Hedgefonds, Versicherungen usw. (vgl. Neumüller 2010: 67ff.).

Staaten und ausländische Firmen mit positiven Bilanzen, suchten nach Anlagemöglichkeiten und fanden diese, in den amerikanischen CDOs (vgl. Roubini/Mihm 2010: 81f.).

Zwischen 2001 und 2004, waren die Zinsen der US-amerikanischen Zentralbank gering und Kreditnehmer suchten nach neuen Anlageformen. Man kaufte den Banken somit die Kredite von Privatpersonen, die das geborgte Geld in Immobilien investierten, ab. Die Kredite wurden auch zu Anlageformen umstrukturiert. Durch die scheinbar gesicherten Kredite, vergaben die Banken immer mehr Kredite, zu immer schlechteren Bonitäten. Der ganze Prozess wies viele Fehlanreize und Regulierungslücken auf. Auch die Ratingagenturen unterschätzten die Gefahren dieser Methoden und bewerteten, die auf Häuserkrediten basierenden Finanzanlagen, zu positiv. Durch das Agieren außerhalb ihrer Bilanzen, konnten die Finanzinstitute die Mindestanforderungen für Eigenkapital umgehen und so gab es, als die Finanzkrise ausbrach, keinen entsprechenden Puffer (vgl. Konrad 2009: 19f.).

Die Banken erschufen Instrumente, damit von ihnen getätigte Geschäfte nicht auf ihren Bilanzen erschienen. Es gab zwei Typen dieser Instrumente, die "Conduits" und die "SIVs". Sie umfassten gemeinsam 800 Milliarden Dollar. Die Hypotheken wurden in den "Conduits" zwischengelagert, da dadurch nur ein Zehntel an Reserven verlangt wurden. Dort fand ihre Umwandlung in "securities" statt. Die SIVs, dienten praktisch als Lager der "securities" (vgl. Roubini/Mihm 2010: 92f.).

Morris bringt auch eine etwas primitivere, aber in ihren Kern gewiss wahre, These hervor, indem er die relativ wenigen Banken und Hedge Fonds, die für den Handel an der Wallstreet verantwortlich sind, beschuldigt, dass sie einen instabilen Schuldenturm aufbauten, der ihnen durch ständiges Verkaufen und Wiederverkaufen untereinander, immer wieder Profite einbrachte (vgl. Morris 2008:141).

Im Jahr 2005, schien der Markt an einem Punkt angelangt zu sein, an welchem die Finanzindustrie schneller wuchs als die Wirtschaft. Durch den Handel und die Verwaltung von Anteilen und Schuldscheinen von Unternehmen, erlebte sie einen regelrechten Boom (vgl. Neumüller 2010: 27).

Das Kreditgeschäft und der Handel, mit kreditbezogenen Finanzinstrumenten, gingen weit über den Immobilienbereich hinaus. Es wurden also auch Kredite aus der Wirtschaft und aus der Industrie gehandelt. Auch die Kreditkartenschulden stiegen enorm an. Ein weiteres, großes Geschäft, stellten die "Credit Default Swaps" (CDSs) da. Das sind Versicherungen für die CDOs, Indexe wie den ABX, Firmen oder was auch immer. Banken und Hedge Fonds nahmen gerne die Gegenposition der Versicherungsverträge ein (vgl. Morris 2008: 127ff.).

Die CDSs, sind also mit einer Versicherung gleichzusetzen. Ein CDS-Verkäufer verpflichtet sich, eine Entschädigung an den CDS-Käufer zu zahlen, falls das Unternehmen, an das die CDS gebunden sind, seine Schuldzahlungen ausfallen lässt (vgl. Neumüller 2010: 120).

Die "Credit Default Swaps" versicherten 2007 einen Wert von 45 Billionen Dollar, wobei es 2001 erst eine Billion Dollar waren (vgl. Morris 2008: 75).

2008 erreichten sie sogar einen spekulativen Wert von 60 Billionen Dollar (vgl. Roubini/Mihm 2010: 75,199).

Derivate wie die CDSs, gibt es eigentlich schon sehr lange. Im Grunde sind sie Versicherungen auf alle möglichen Finanzmarktinstrumente. Die Options Clearing Corporation überwacht die meisten dieser Derivate, indem sie sicherstellt, dass die Vertragsparteien ihre Zugeständnisse auch einhalten können und fungiert auch als letzte Bürge. Es entstanden jedoch komplexere Derivate, wie eben die CDSs, welche nicht überwacht werden mussten. Solchen Entwicklungen sollte entgegengewirkt und die Möglichkeiten der Options Clearing Corporation ausgebaut werden. Die Autoren sind der Meinung, dass man die CDSs ruhig verbieten könnte, denn sie ignorieren jenen Konsens der Versicherungswelt, der besagt, dass der Käufer einer Versicherung, Interesse an dem Erhalt des versicherten Gegenstandes haben sollte. Durch die CDSs werden jedoch fremde Anlagen versichert und darauf gehofft, dass diese an Wert verlieren. Der Gipfel der Ironie liegt darin, dass so viele Menschen wie nur möchten, die gleiche CDO versichern können (vgl. Roubini/Mihm 2010: 198ff.).

Außerdem bescheren Derivate den Banken Informationsvorteile gegenüber ihren Kunden, weil das Geschäft mit ihnen sehr undurchsichtig verläuft. Derivate sind auch mit ein Grund dafür, dass niemand die wirklichen Bilanzen der Finanzmarktakteure kennt (vgl. Stiglitz 2012: 69f.).

Goldman Sachs versicherte z.B. jene Hypotheken und "securities", die im Besitz der Firma blieben und konnte so, die Verluste während der Krise gering halten (vgl. Sloan 2007: 124). Neben riskanten Darlehen, flossen auch die Versicherungen (also CDSs), die auch John Paulson (später mehr zu ihm) z.B. kaufte, in die CDOs mit ein. Obwohl die CDOs Anlagepools sind, behielten sich die Banken selber große Teile von ihnen. Sie waren deshalb besonders bedacht darauf, dass die CDOs in ihrem Preis nicht fielen. Hätten sie dies getan, hätten die Banken große Verluste verzeichnet (vgl. Neumüller 2010: 332f.).

Die Investmentbanken verdienten an den vergebenen CDOs, Gebühren von 1-1,5% ihres Volumens (vgl. Neumüller 2010: 248).

Dominierten früher Geschäftsbanken das Kreditgeschäft, lag der Anteil von Hedge Fonds und Investmentbanken vergebener Kredite, im Jahr 2010 bereits bei 50% (vgl. Morris 2008: 134). Auf Druck von Lobbying, durch Investmentbanken, lockerte die SEC die Beschränkungen, welche die Verschuldung der Finanzinstitute betraf. Diese reduzierten dadurch ihr Eigenkapital und steigerten den Wert ihrer Fremdfinanzierung (vgl. Roubini/Mihm 2010: 75). Weltweit hat der Wert, von für die Realwirtschaft nutzlosen Wertpapieren, 600 Billionen Dollar erreicht, was wiederum dem Zehnfachen des globalen Bruttoinlandsprodukts entspricht (vgl. Berger 2011: 10).

Ich glaube, dass in diesem Kapitel bereits klar geworden ist, welche Bedeutung der Finanzmarkt für die Welt hat. Es sind enorme Geldbeträge im Spiel und der gesamtgesellschaftliche Nutzen, sollte bei vielen Aktivitäten dringlich hinterfragt werden. Die Bedeutung von politischen Rahmenbedingungen, die das Gemeinwohl zum Ziel haben, ist somit offensichtlich.

3.3. Hedge-Fonds

Hedge Fund, bedeutet wörtlich übersetzt Absicherungsfond. Tatsächlich geht es jedoch, bei den Geschäften dieser Akteure, oft um die Kompensierung erwarteter Verluste. Es wird versucht das Beste aus den Marktschwankungen herauszuholen. Dies passiert auf zweierlei Weisen: 1. Die Hedge-Fonds borgen sich Aktien aus, die sie weiter verkaufen und hoffen, dass sie diese wieder billiger retourkaufen können, in der Finanzwelt spricht man diesbezüglich auch von "shorten". 2. Investieren sie wie normale Anleger und hoffen auf den Anstieg des Wertes ihrer Papiere. Beides birgt natürlich Risiken in sich, wobei bezüglich erster Methode zu beachten ist, dass die Aktien zurückgekauft werden müssen, da sie ja nur ausgeborgt wurden und dem Besitzer wieder übergeben werden müssen. Hedge-Fonds schaffen es, mit nur geringem Startkapital, das bis zu 100 fache des Wertes der Aktien, mit welchem die ursprünglichen Besitzer sie kauften, zu erwirtschaften. Wie groß diese Fonds waren, war bis dato weitgehend unbekannt. Es schien nicht wichtig, darüber Bescheid zu wissen und so waren die Fonds frei von jeglichen Regulationen (vgl. Krugman 2009: 120f.).

Eine Standardabmachung für Hedge-Fonds, welche zwei Überlegungen beinhaltet, scheint, obwohl sie keinen regulativen Charakter aufweist, eine wichtige Basis zu bilden. Einerseits sieht diese, die Angleichung von Anreizen als wichtig an und andererseits, unterstreicht sie, die Risikowidrigkeit von Anlagemanagern. Die Manager sollten also Langzeitprofite, bei geringem Risiko anstreben (vgl. Calomiris 2008: 35).

Hedge-Fonds erlebten nach 2002 einen regelrechten Boom. Auch wenn sie Aufträge ablehnten, schien es, als wollten immer mehr Kunden ihre Vermögen auf diese Art anlegen (vgl. Neumüller 2010: 24).

Es erweckte jedoch den Anschein, dass das Geld für Hedge-Fond Manager nebensächlich war und nur ihre Position in einer gewissen Performanceliste für sie zählte (vgl. Neumüller 2010: 30).

Hedge-Fonds beteiligten sich an 60% des gesamten CDS Marktes, welcher einen Wert von 45 Billionen Dollar hatte und an einem Drittel des CDO Handels. Die Fonds, konzentrierten sich dabei auf jene Ebenen, mit den höchsten Gewinnchancen, welche jedoch auch das höchste Risiko aufwiesen (vgl. Morris 2010: 115).

3.4. Krise

Die Immobilienblase, die sich zwischen 2000 und 2005 aufblies, war Teil der größten globalen Wirtschaftsblase aller Zeiten (vgl. Morris 2008: 65f.).

Im Gegensatz zu einer Vielzahl von Autoren, wollen Roubini und Mihm zeigen, dass es schon seit 100-200 Jahren ähnliche Krisen gab und auch, dass Zentralbanken diese meist verhindern wollten, vor allem, indem sie als einzig, möglicher Kreditgeber fungierten (vgl. Roubini/Mihm 2010: 8).

“Change a few particulars of the foregoing narrative, and you could be reading about the infamous South Sea Bubble of 1720, the global financial crisis of 1825, the boom and bust that foreshadowed Japan’s Lost Decade (1991-2000), the American savings and loan crisis, or dozens of crises that hammered emerging markets in 1980s and 1990s” (Roubini/Mihm 2010: 15).

Sie sind auch der Meinung, dass Krisen häufiger und leichter zu durchschauen sind, als der konventionelle Mainstream dies meint (vgl. Roubini/Mihm 2010: 6).

Nach Minsky, ist ein System umso instabiler, umso mehr es auf Schulden und Fremdfinanzierung aufbaut (vgl. Roubini/Mihm 2010: 82).

Sie wollen auch den, ihrer Meinung nach weitgehend vorherrschenden Irrglauben, dass die Krise von der USA ausging und sich von dort, in Richtung anderer Länder bewegt habe, widerlegen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 8f.).

Vielmehr, habe sie sich weltweit und in verschiedenen Bereichen ausgebreitet, wobei sie auch durch unterschiedliche, nationale Politiken genährt wurde (vgl. Roubini/Mihm 2010: 116).

Die Tatsache, dass sich Immobilienblasen auch in Großbritannien, Australien, Spanien und anderen Ländern bildeten, unterstreicht jedoch die Vermutung, dass diese, allein durch die Finanzwelt ausgelöst wurden (vgl. Morris 2008: 67).

Noch 2006, hob Alan Greenspan die beliebten Kreditstrukturen in den Himmel und wies ihnen eine stabilisierende Wirkung zu (vgl. Morris 2008: 127).

Dieser Umstand wird auch von Roubini und Mihm erwähnt:

“Until very recently he [Greenspan] continued to praise the role that financial “innovation“ played in making credit available to growing numbers of American” (Roubini/Mihm 2010: 74).

Damals schien jedoch auch klar zu sein, dass wenn die Fed die Zinsen angehoben hätte, sich viele Amerikaner ihre Darlehen Raten nicht mehr leisten hätten können und der auf

Hypotheken gestützte Finanzmarkt ins Taumeln gekommen wäre (vgl. Neumüller 2010: 139).

Die Kredite der Hypothekenbanken, waren also mit variablen Zinsen versehen, welche in Folge einer restriktiven Geldpolitik anstiegen und so, jene Menschen, mit der schlechtesten Bonität, in finanzielles Bedrängnis brachten. Die Folge waren Zwangsversteigerungen und der Boom, schien somit seinem Ende entgegen zu gehen. Der Erlös, reichte für Viele nicht aus, um die aufgenommenen Kredite zurückzuzahlen. Aufgrund der Zahlungsunfähigkeit vieler Personen, blieben die Hypothekenbanken auf ihren Rückzahlungsforderungen sitzen (vgl. Konrad 2009: 19f.).

Da die Kreditgeber jedoch die Möglichkeit der Refinanzierung anboten, also eine neuerliche Zinsanpassung der Raten, blieben die Zahlungsausfälle eher gering. Eine Refinanzierung konnte jedoch nur solange stattfinden, solange der Hauspreis über jenem Wert blieb, welchen er hatte, als das Darlehen aufgenommen wurde (vgl. Neumüller 2010: 146).

Im Falle eines Wertverlustes der Häuser, wäre die Immobilienblase geplatzt, weil es zu Zahlungsausfällen bei den Kreditnehmern gekommen wäre (vgl. Neumüller 2010: 149).

Fast alle, die im Finanzsektor tätig waren, spekulierten jedoch darauf, dass die Immobilienpreise weiter steigen würden. Sie reizten ihre Fremdfinanzierungsmöglichkeiten bis aufs Äußerste aus, mit der Absicht, vom Boom zu profitieren (vgl. Roubini/Mihm 2010: 13).

Durch den stetigen Anstieg der Immobilienpreise, machten sich die Kreditgeber keine Sorgen, dass ihre vergebenen Kredite platzen würden. Hinzu kam, dass sie diese an Investoren weiter verkauften, die nicht direkt wussten was sie da kauften (vgl. Krugman 2009: 149).

An dem Punkt, als das Angebot des Immobilienmarktes größer wurde, als die Nachfrage und auch der Leitzins erhöht wurde, der dadurch Kredite teurer machte, fingen die Marktpreise an zu sinken (vgl. Roubini/Mihm 2010: 89).

2006 erreichte die “funds rate“ wieder die 5,25% Marke (vgl. Morris 2008: 63).

Dreiviertel der US-amerikanischen Häuserhypotheken waren nicht zweitklassig (vgl. Calomiris 2008: 67f.).

Die Wirtschaft der USA ist 12 Billionen Dollar stark und die in Zahlungsverzug geratenen, zweitklassigen Kredite, machten nur einen kleinen Bruchteil, dieser großen Summe aus. Die weltweite Verstrickung dieser Kredite, in das Kreditsystem, machte sie jedoch zu einer großen Gefahr für das globale Wirtschaftssystem (vgl. Morris 2008: 72).

Zwischen 2006 und 2008, bebte weltweit das komplette Finanzsystem, weil weite Markteile fremdfinanziert und enorme Schulden Standard waren (vgl. Roubini/Mihm 2010: 62).

Trotz Bestrebungen H. Paulsons (US-amerikanischer Finanzminister zwischen 2006 und 2009) Hypothekenkredite abzuändern, bevor diese zusammenbrachen und einigen Leitzinssenkungen, konnte die Krise nicht aufgehalten werden (vgl. Cormier 2010: 393f.).

Im Herbst 2007, gerieten die Kreditnehmer zunehmend in Probleme. Die Ratingagenturen fingen an CDO-Tranchen zurückzustufen und Banken auf der ganzen Welt, die viele CDOs besaßen, mussten über 70 Milliarden Dollar abschreiben (vgl. Neumüller 2010: 339).

Als der ABX (Index für Hypotheken zugrunde liegende Anlageformen) enorme Verluste verzeichnete, begannen die Banken ihr Geld zu horten (vgl. Roubini/Mihm 2010: 90).

Den Banken gelang es eindrucksvoll ihr Eigenkapital, während der Kreditkrise zu erhöhen. Dies hatte zwei Gründe, erstens wiesen die Bankbilanzen gute Eigenschaften auf, als die Krise eintrat und zweitens, kam es in den zwei Dekaden davor, zu großen strukturellen Veränderungen im Finanzsystem, welche auf Deregulation und die zunehmende Globalisierung zurückzuführen sind (vgl. Calomiris 2008: 50f.).

Das folgende Zitat soll einen weiteren Eindruck über die Auswirkungen, welche die Krise mit sich brachte, vermitteln:

“The near-term outlook for the economy and the financial sector has deteriorated recently, as the financial sector was buffeted in September by one of the most dramatic months in its history. Fannie Mae and Freddie Mac went into conservatorship. AIG was rescued by the government, Lehman Brothers failed, Merrill Lynch became part of Bank of America, Washington Mutual and Wachovia were acquired in FDIC-assisted transactions, and Morgan Stanley and Goldman Sachs became bank holding companies“ (Calomiris 2008: 64).

Fannie Mae und Freddie Mac, zwei quasi staatliche Institute, bürgten für 5,4 Billionen Dollar an Hypothekenkrediten und kamen im Herbst 2008 zunehmend in Schwierigkeiten (vgl. Cormier 2010: 393).

Auch Morris schreibt, dass während der größte amerikanische Kreditgeber, Countrywide Financial, im Mai 2008 von der Bank of America gerettet wurde, Fannie Mae und Freddie Mac, die fünf Billionen Dollar an Immobilienkrediten vergeben hatten, von der Regierung übernommen wurden (vgl. Morris 2008: xiii).

Anfang 2008 wurden Immobilienkredite im Wert von 350 Milliarden Dollar storniert, teilweise wurden Strafzahlungen eingefordert und zwei Millionen Menschen, sahen dem Verlust ihrer Häuser in die Augen (vgl. Morris 2008: 133).

Jährlich kam es in den USA (Stand 2007), zu rund sechs Millionen Zwangsvollstreckungen. 2008 hatte das US-Nahrungsmittelprogramm sechs Milliarden Dollar zur Verfügung, wobei es im Jahr 2011 nur noch 2,8 Milliarden Dollar waren und aufgrund dessen, kam es vermehrt zu Hungerkatastrophen (vgl. Berger 2011: 6).

2012 mussten bereits 8 Millionen US-Bürger aus ihren Häusern ausziehen und weiteren 3-4 Millionen, stand dieses Schicksal vermutlich noch bevor (vgl. Stiglitz 2012: 265).

Auch wenn die Zahlen nur schwer erfasst werden können, steht fest, dass sehr viele Menschen so ziemlich Alles verloren haben dürften.

Anfänglich betrugen die Verluste der Banken nur 45 Milliarden Dollar (vgl. Morris 2008: 84). Bis 2009 erlitten Großbanken und Unternehmen drei Billionen Dollar Verlust. Börsenanleger hingegen, mussten 30 Billionen Dollar abschreiben und dürften somit einer der wahren Verlierer der Finanzkrise sein. Die Immobilienkrise löste jedoch auch die größte Bankpleite, in der Geschichte der USA aus. Im Gegensatz zu 2006, fielen die Häuserpreise um 30 Prozent, in manchen Staaten sogar um 40%. Der Finanzminister Henry Paulson, einstiger Chef von Goldman Sachs, konnte die Probleme, welche zur Krise führten, nicht erkennen (vgl. Neumüller 2010: 9f.).

Der Internationale Währungsfond (IWF), schätzte im Jahr 2010, den weltweiten Abschreibungsbedarf der Banken, auf vier Billionen Dollar und die Verringerung der weltweiten Wirtschaftsleistung auf 4,7 Billionen Dollar. Die Entwertung von Vermögensgegenständen, wurde im Jahr 2009 von der Asiatischen Entwicklungsbank, auf ungefähr 40 Billionen Euro vermutet (vgl. Konrad 2009: 30f.).

Im Zuge des Crashes, mussten Banken Rechnungen von Versicherungen, im Wert von 18.2 Billionen Dollar begleichen und Hedge-Fonds mussten dies ebenso, mit einem Betrag von 14,5 Billionen Dollar (vgl. Morris 2008: 127ff.).

Trotz den hunderten von Milliarden von Dollar, für die Rettung des Finanzsystems, wurden 130 Banken geschlossen, ca. 500 auf eine Überwachungsliste gesetzt und fast das komplette “shadow banking“ System wurde vernichtet (vgl. Roubini/Mihm 2010: 278).

Durch die enormen Verluste an der Wallstreet, waren die meisten Investmentbanken und Institutionen gezwungen, sich zu fusionieren (vgl. Cormier 2010: 395).

Die hunderten Einrichtungen (darunter auch Hedge-Fonds), die das “shadow banking“ System ausmachten, wurden von größeren Banken finanziert. Es waren auch jene, denen niemand aus der Patsche half und die dadurch deutlich unter der Krise litten. Über 50 von ihnen überlebten nicht (vgl. Roubini/Mihm 2010: 89).

Nach dem Kollaps dreier, großer Hedge-Fonds, zwei von Bear Stearns und einer von UBS, gingen in den zwei darauffolgenden Jahren 500 weitere ein (vgl. Roubini/Mihm 2010: 92). Warum Calomiris schreibt, dass die meisten Hedge-Fonds nur gering von der Immobilienkrise getroffen wurden und über genügend Ressourcen verfügten, um weiterhin zu investieren, ist mir ein wenig unklar. Aber vielleicht ist alles nur Ansichtssache und er wollte eher darauf hinweisen, dass der Finanzsektor unsterblich ist. Es waren Investoren vorhanden, die durch den Erwerb von Anleihen, den Banken halfen sich wieder aufzubauen (vgl. Calomiris 2008: 54f.).

Obwohl Goldman Sachs sich prinzipiell keinen großen Risiken aussetzt, war auch es, während der Krise, um seine Existenz bedroht (vgl. Calomiris 2008: 47).

Dass Goldman Sachs, eigentlich nicht von den Problemen mit zweitklassigen Krediten betroffen, Gefahr lief Insolvenz anzumelden, zeigte, dass die Krise größere Ausmaße als gehnt annahm (vgl. Calomiris 2008: 63).

In den Jahren 2008 und 2009, gingen in den USA zudem 8 Millionen Jobs verloren (vgl. Stiglitz 2010: 63).

Mit Ende 2009, hatten bereits 8,4 Millionen US-Amerikaner ihren Job verloren (vgl. Roubini/Mihm 2010: 277).

Weltweit verloren zig Millionen ihre Arbeit und verarmten. Allein in China, waren es 20 Millionen (vgl. Stiglitz 2010: xi).

Was mit Sicherheit viele US-Amerikaner während der Krise spürten, ist die Tatsache, dass deren Pensionssystem auf Eigenverwaltung eines Rentenkontos basiert. Dabei tragen die Bürger das Risiko, von Schwankungen am Aktienmarkt, so wie jenes der Inflation, selber (vgl. Stiglitz 2012: 42).

Aber auch in anderen Bereichen haben die Vereinigten Staaten Probleme. 2009 belief sich die Lebenserwartung der US-Amerikaner auf ca. 78 Jahre. Sie standen im weltweiten Vergleich

damit auf 40. Stelle, hinter Kuba. Auch bei der Säuglings- und Müttersterblichkeit, liegt die USA hinter Kuba zurück, sowie z.B. hinter Malaysia (vgl. Stiglitz 2012: 44).

Fast jeder Sechster muss in den USA als Arm bezeichnet werden (vgl. Stiglitz 2012: 47).

Alan Greenspan meinte, dass alle das Kommen der Krise übersehen hätten. Die Wirtschaft, die Fed und die Regulierer. Der zu dieser Zeit Fed-Vorsitzende, Ben Bernake, teilte diese Meinung (vgl. Neumüller 2010: 402).

Bernake war der Meinung, dass sie nicht den Auftrag gehabt hätten, geschweige denn die Werkzeuge, das Finanzsystem zu regulieren. Zuckermann vermisst diesbezüglich die Übernahme von Verantwortung. Man hätte z.B. Warnungen vor lockeren Kreditvergabepraktiken in den Wind geschlagen und Kreditnehmer nicht vor eventuellen Risiken gewarnt (vgl. Neumüller 2010: 402).

Jahre nach der Krise, steht es nicht gut um die US-amerikanische Gesellschaft. Jeder sechste findet keine Vollbeschäftigung, acht Millionen verloren ihre Eigenheime und weitere Millionen rechnen mit dem gleichen Schicksal. Viele Menschen verloren fast Alles, dass sie sich aufbauten. In Folge, stehen viele Häuser nun leer (vgl. Stiglitz 2012: 29).

“Alles in allem ist aber damit zu rechnen, dass die Entwicklungsländer, und hier vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten, durch die vielfältigen Folgen der Finanzkrise sehr hart getroffen werden“ (Konrad 2009: 39).

Viele Arbeitnehmer in den Schwellenländern kommen aus Entwicklungsländern. Im Zuge der Krise waren sie die Ersten, welche ihren Job verloren. Dadurch fehlte das Geld, das diese Arbeiter in ihre Heimat schickten, in den armen Ländern. Ein weiteres Problem, stellte der Preisverfall von Rohstoffen und Nahrungsmittel dar, da die Entwicklungsländer auf deren Exporteinnahmen angewiesen sind (vgl. Konrad 2009: 38f.).

Nach der Immobilienkrise verschob sich das spekulative Geschäft der Investmentbanken in Richtung physischen Markt. Goldman Sachs riet verschiedenen Investoren, an einem bestimmten Tag, zu einem bestimmten Preis, Öl zu kaufen. Öl wurde somit zu einem Gut, mit dem der Finanzmarkt speulierte, obwohl dessen Preis zuvor eigentlich nur durch Angebot und Nachfrage bestimmt wurde. Zwischen 2003 und 2008 stieg das, von Finanzfirmen investierte Geld in Güter, von 13 Milliarden Dollar auf 317 Milliarden Dollar. Die Anzahl der Transaktionen, die ein Barrel Öl miterlebte, stieg im Schnitt auf 27 an, wobei dessen Preis, von 60 Dollar, Mitte 2007, auf 147 Dollar, in 2008, heranwuchs (vgl. Taibbi 2009: 60).

Im Sommer 2008 besaßen Investoren mehr Öl am Papier, als es wirklich gab.

Investmentbanken verkauften immer mehr Anteile des Ölmarktes und kreierten so die Illusion von unendlich steigenden Preisen. Die CFTC wäre eigentlich dazu da gewesen diese

Entwicklungen vorzeitig zu stoppen, da sie dafür sorgen sollte, dass Angebot und Nachfrage die Güterpreise bestimmen und nicht Spekulationen (vgl. Taibbi 2009: 98).

3.5. Paulson & Company

Bis jetzt hat es den Anschein erweckt, dass die Krise nur Verlierer hervorbrachte. Einige wenige, die den Immobiliencrash voraussahen, profitierten jedoch von ihr. Und zwar in einem selten dagewesenen Ausmaß.

John Paulson hatte den größten Deal aller Zeiten gemacht. Allein im Jahr 2007 machte er, mit seiner Firma Paulson & Company, 15 Milliarden Dollar (vgl. Neumüller 2010: 8).

Paulson & Company machte bereits 2006 enorme Gewinne, indem es, im Gegensatz zu allen anderen Finanzmarktakteuren, dem Immobilienboom skeptisch gegenüber stand. Bereits Anfang 2007, konnte Paulson durch das Wetten gegen Hypotheken, 1 Milliarde US-Dollar in seine eigene Tasche stecken (vgl. Utt 2010: 1).

Paulson setzte gegen alles, das in Krisenzeiten fallen könnte, wie z.B. Automobilzulieferer und Finanzfirmen. Er investierte in Versicherungen, die dann griffen, als der Boom in eine Rezession führte (vgl. Neumüller 2010: 16f.).

John Paulson hielt insbesondere nach riskanten Hypotheken, vor allem aufgenommen von Einwohnern Kaliforniens, Arizonas, Floridas und Nevadas Ausschau, welche laut seinen Berechnungen, auch aufgrund der höheren Grundstückspreise, zusammenfallen mussten. Diese Staaten wiesen USA weit die restriktivsten Regulationen, bezüglich Landnutzung auf. Das führte zu einer künstlichen Landknappheit. So stiegen in diesen Staaten die Häuserpreise am frühesten wieder an, bzw. waren stets sehr hoch (vgl. Utt 2010: 1).

3.6. Der große Deal

In diesem Unterpunkt möchte ich kurz darlegen, wie John Paulson so viel Geld verdienen konnte und wie hoch dieser Verdienst ca. war.

Wenn "geshortete" Aktien steigen, erleiden die "shorter" Verluste. Bei den "Credit Default Swaps" (CDSs) hingegen, kann man nur die jährlich bezahlten Prämien verlieren. Paulsons Fonds versicherten 100 Millionen Dollar von MBIAs Schulden, durch eine jährliche Zahlung von 500.000 Dollar. Im Falle eines Wertverfalles von MBIAs Schuldpapieren, würde Paulson also 100.000 Millionen Dollar bekommen (vgl. Neumüller 2010: 106f.).

Auf der anderen Seite von Paulsons Deals, stand die Deutsche Bank, mit der seine Firma den Großteil der Trades durchgeführt hatte, mit großen Verlusten. Die für Paulson konstruierten CDOs, konnte die Bank schlecht loswerden und so saß sie auf den toxischen Darlehen fest (vgl. Neumüller 2010: 353).

2006 hatte Paulson zwei weitere Fonds gründete, die Paulson Credit Opportunity Funds. Sie entstanden primär aus dem Misstrauen, den zweitklassigen Hypothekenkrediten gegenüber und für den Kauf von CDSs für verschiedene Schuldtitel (vgl. Simpson; Muoio 2010: 5).

Bei der Suche nach Möglichkeiten, den Markt zu “shorten“, traten, John Paulson und sein Mitarbeiter Pellegrini an Investmentbanken heran, mit der Idee, neue CDOs zu kreieren. Die beiden, wollten die Auswahl der Hypothekenanleihen, aus denen die CDOs bestehen sollten, mit den Banken aushandeln (vgl. Neumüller 2010: 256ff.).

Die CDO, ABACUS 2007-AC1, wurde von Goldman, Sachs & Co (GS&Co) 2007 als der US-amerikanische Immobilienmarkt bereits Anzeichen einer Rezession zeigte kreiert. Diese CDO war an “subprime“ Residential Mortgage-Backed Securities (RMBS) gebunden. Dieses Handeln verschärfte die Krise (vgl. Simpson; Muoio 2010: 1).

RMBS sind von Häuserhypotheken gestützte Wertpapiere. Die Beteiligten erhalten Zahlungen aus den Zinsen. Paulson setzte auf das Scheitern dieser RMBS (vgl. Simpson; Muoio 2010: 5).

GS&Co und Paulson standen in Kontakt, um die Teilnahme Paulsons, bei der Auswahl des ABACUS 2007-AC1 Portfolios zu besprechen, damit er in Folge dessen, in Form von CDS, in das Geschäft einsteigen konnte, bzw. bereit dazu war (vgl. Simpson; Muoio 2010: 6).

In den Unterlagen von GS&Co, um ABACUS 2007-AC1 zu vermarkten, wurde ACA Management LLC als Portfoliozusammensteller definiert, das Paulson bei der Erstellung wesentlichen Einfluss nahm, blieb jedoch verschwiegen (vgl. Simpson; Muoio 2010: 11).

IKB, eine Handelsbank mit Hauptsitz in Düsseldorf, investierte \$150 Millionen in ABACUS 2007-AC1. Wäre sich die IKB über Paulsons Interessen bewusst gewesen, die ja mit ihren eigenen im Widerspruch standen und hätte sie über seine entscheidende Rolle bei der Erstellung des Portfolios Bescheid gewusst, dann hätte die IKB mit Sicherheit nicht investiert (vgl. Simpson; Muoio 2010: 17).

Nach ein paar Monaten hatte die IKB nahezu ihre kompletten \$150 Millionen verloren. Das Geld landete hauptsächlich bei Paulson.

Als Ende 2006 die Häuserpreise aufhörten zu steigen, schien die Zeit der Spekulanten gekommen zu sein. Paulson besaß CDSs im Wert von 25 Milliarden Dollar (vgl. Neumüller 2010: 243).

Am 7. Februar 2007 legte New Century seine Jahresbilanz für 2006 vor und musste Verluste verkünden. Der Grund dafür war, dass viele Kreditnehmer ihre Darlehen nicht bezahlen konnten. In Folge dessen, stürzten New Centurys Aktien um 36% ab. Auch der ABX-Index fiel um fünf Punkte. Da Paulson "subprime" Hypothekendarlehen im Wert von 25 Milliarden Dollar versichert hatte, heimste seine Firma nun 1,25 Milliarden Dollar ein (vgl. Neumüller 2010: 278 f.)

Als Bear Stearns die rote Flagge hisste, als Zeichen, dass das Unternehmen in Schwierigkeiten steckte, bedeutete das für John Paulson nur Gutes. Bear Stearns musste die CDO Sparten und jene von "subprime" Hypothekenanleihen in ihrem Wert senken. Paulsons Gewinn erreichte damit die vier Milliardenmarke (vgl. Neumüller 2010: 292f.).

20% der Hedge-Fond Gewinne aus 2007, mit einem Volumen von 15 Milliarden Dollar, blieben der Firma. Paulson selber, der auch persönlich investiert hatte, schaffte es auf fast vier Milliarden Dollar (vgl. Neumüller 2010: 356).

2007 verdienten die zehn erfolgreichsten Hedge-Fonds Manager insgesamt 10,1 Mrd. Euro. Allen voran, John Paulson mit 3,7 Mrd. Dollar, gefolgt von George Soros (77), der mit seiner Firma Soros Fund Management 2,9 Mrd. Dollar machte. Platz drei ging an James Simon, der mit Renaissance Technologies, 2,8 Mrd. Dollar einheimste (vgl. Bauer 2008: 1).

So verdiente Paulson in zwei Jahren sechs Milliarden Dollar, soviel wie noch nie zuvor eine einzelne Person. Zusätzliche 20 Milliarden Dollar gingen an seine Firma und Kunden (vgl. Neumüller 2010: 388).

Die Wette, die John Paulson im Anschluss an die Krise einging, ging nicht auf. Er dachte, dass sich der Markt ähnlich schnell erholen würde, wie er zusammengebrochen war. Mit seinen Fonds investierte er also fleißig in z.B. die Bank of America, Citigroup oder Hartford Financial. Diese Firmen und somit auch Paulsons Fonds, fielen im August 2011 deutlich in ihrem Marktwert, gegenüber März 2011. Die 38 Milliarden Dollar, die sein Hedge-Fond verwaltete, schrumpften somit auf 35 Milliarden Dollar zusammen (vgl. Goldstein 2011: 1ff.). Laut Spiegel Online verlor John Paulson mit seiner Firma sogar 6-8 Milliarden Dollar, wobei ca. die Hälfte dieses Verlustes er persönlich übernehmen musste. Bis auf die Verärgerung der Investoren, dürften die Fehlspekulationen aber keine weiteren, größeren Schwierigkeiten mit sich gebracht haben. Immerhin belegte er zu dieser Zeit den 15. Platz der reichsten Amerikaner (vgl. Pitzke 2011: 1).

3.7. Reaktionen der US Regierung

Dieses Kapitel beschreibt die politischen Antworten auf die Finanzkrise. Oft erweckt es den Anschein, dass Politiker in Schwarz-Weiß denken. Nur eine Krise ist nun einmal eine Ausnahme und so müssen auch Politiker ausnahmen machen. Diese Umstände scheinen Verwirrung zu stiften, was wiederum zu unflexiblen Denkvorgängen führt, wodurch politische Maßnahmen ungebremst, freie Fahrt erhalten. In Folge, werde ich politische Reaktionen, auf den Zusammenbruch des amerikanischen Finanzsystems darlegen, diesbezügliche, verschiedene Ansichten erwähnen, sowie zu verstehen geben, dass es für alles eine Lösung gibt, wenn man bereit ist, sie zu finden. Politik sollte sich somit nicht begrenzen lassen, aber auch nicht ausufern. Sie muss zur richtigen Zeit, das Richtige tun. Nur so, kann ein gerechter Umgang mit Steuergeldern gewährleistet werden.

Ein erstes Zitat hebt gleich einmal den Umfang der Staatinterventionen, die aktuelle Krise betreffend hervor. Auch ziehen die Autoren einen Vergleich zu der Krise der 1930er:

“Rather than let thousands of banks and corporations go under, as Hoover had done in the early 1930s, the Federal Reserve made available unprecedented lines of credit“ (Roubini/Mihm 2010: 53).

Nach Keynes und Minsky war das der richtige Schritt. Denn laut ihnen, würde das Fehlen von Staatsinterventionen in Krisenzeiten, den Kreditfluss austrocknen und so, neben zahlungsunfähigen Firmen und Banken, auch solvente mit in den Abgrund reißen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 57).

Im Zuge des Versuches, das Finanzsystem zu retten, wurden viele, gravierende Fehler gemacht, trotzdem, so Stiglitz, war es besser, dass überhaupt etwas unternommen wurde, auch wenn die Erholung viel schneller von statten hätte gehen können (vgl. Stiglitz 2010: 135).

Erwähnenswert ist mit Sicherheit der Umstand, dass H. Paulson und der damals republikanische Präsident, eine Politik der freien Märkte verfolgten und zu einer der drastischsten Staatsinterventionen in der amerikanischen Geschichte bereit waren (vgl. Cormier 2010: 395f.).

Durch ein sogenanntes Diskontfenster, schaffte es der Staat, finanzielle Hilfeleistungen zugeben, um das Schlimmste zu verhindern und gleichzeitig konnte die Geldpolitik auf Kurs gehalten werden (vgl. Calomiris 2008: 70).

Die Regierung stellte also Kredite, in Probleme geratenen Instituten zu Verfügung und tätigte Investitionen, um deren Zusammenbrechen zu verhindern. So wurden Steuergelder neuen Risiken ausgesetzt und risikoreiches Verhalten wurde gefördert (vgl. Calomiris 2008: 55f.).

Grob gesagt, war die, auf Krediten basierende Konsumgesellschaft, der Jahre 2002 bis 2007, nicht nachhaltig. Trotzdem erweckte es den Anschein als ob die Regierung den Zustand dieser

Zeit wiederherstellen wollte. Kritisch zu beäugeln sind auch die Milliarden von Dollar, die in das Banksystem gespeist wurden, ohne, dass man die damit verbunden Konsequenzen hätte einschätzen können (vgl. Morris 2008: 169f.).

Diese Ungewissheit griff auch Stiglitz auf:

“[...] no one will know for years what it will do to the government’s balance sheet” (Stiglitz 2010: 129).

Morris schreibt zudem, dass es eigentlich nicht viel gab, was die Fed hätte tun können. Sie war vielleicht für die Dollar Flut verantwortlich gewesen, konnte die daraus resultierenden Schäden jedoch nicht mehr beheben (vgl. Morris 2008: 85).

Die Banken der USA wuchsen enorm und galten als “too big to fail“. Im Zuge der Krise und durch Obama, wurden sie als zu groß, um nach den Regeln des Kapitalismus zu funktionieren, eingestuft und damit zu Kandidaten staatlicher Rettungsaktionen. Dadurch werden ihnen aber gleichzeitig Marktvorteile eingeräumt, da Gläubiger ihr Geld zu guten Konditionen hergeben, weil Steuergelder ein Sicherheitsnetz bilden. Stiglitz sieht dieses Phänomen als Schwindel an und vergleicht es mit der Panikmache Bushs, 9/11 und den Terrorismus betreffend (vgl. Stiglitz 2010: 118).

Als Lehman Brothers zusammenbrach, fing ein “shadow banking run“ an und die Regierung versicherte dieses System kurzer Hand, um weitere Kollapse zu verhindern (vgl. Stiglitz 2010: 120).

Im September 2008, stellte H. Paulson sein Troubled Asset Relief Program, Teil des Emergency Economic Stabilization Act (EESA), dem Kongress vor. Ein 700 Milliarden Dollar schwerer Rettungsplan, auf Steuergeldern basierend, durch den CDOs von Banken gekauft werden sollten (vgl. Cormier 2010: 390).

Ein wesentliches Ziel des 700 Milliarden Dollar Rettungsplan war, dass die Kreditvergabe aufrechterhalten wird, damit der Wirtschaft nicht das Geld ausgeht. Dieses Ziel wurde jedoch nicht erreicht. Das Geld wurde an große Banken vergeben, deren Geschäftspraktiken weg von der Kreditvergabe gingen. Effektiver wäre es z.B. gewesen, das Geld an gesunde Banken zu verteilen, bzw. neue Banken zu erschaffen (vgl. Stiglitz 2010: 133).

Die Fed fing auch an, Zinsen zu zahlen, für Geld, das Banken bei ihr eingelegt hatten. Dies führte dazu, dass die Banken ihr Geld bei der Fed ließen und es somit nicht als Kredite vergeben werden konnte (vgl. Stiglitz 2010: 138).

Henry Paulson versicherte, dass das Vorhaben, ein 700 Milliarden Dollar Paket zu schnüren, frei von Begutachtungen, seitens des Kongress, bzw. rechtlichen Organen, bliebe (vgl. Cormier 2010: 391).

Letzten Endes waren es die Republikaner, die sich gegen den Rettungsschirm stellten, weil sie auch in harten Zeiten, die Politik der freien Märkte fortführen wollten. Im September wurde der Rettungsplan durch den Kongress abgelehnt. Die Wirtschaft brach immer mehr zusammen. Am 1. Oktober stimmte der Senat mit 74 zu 25 Stimmen, einem überarbeiteten Antrag zu. Der neue Antrag sah 110 Milliarden Dollar mehr vor, als der zuvor abgelehnte. Es ging nun also um eine Summe von 810 Milliarden Dollar. Die zusätzlichen 110 Milliarden Dollar sollten durch Steuerreduzierungen bereitgestellt werden und der Geschäftswelt, sowie den einzelnen Individuen zu Gute kommen. Auch H. Paulsons Idee, von minimaler, bzw. keiner Überwachung und Regulation, die Verteilung der 810 Milliarden Dollar betreffend, wurde mit Bestimmungen für Überwachungen und Verhandlungen ersetzt. Am 3. Oktober stimmte auch der Kongress mit 263 zu 171 Stimmen dem Vorhaben zu (vgl. Cormier 2010: 398ff.). Im Endeffekt war das Rettungsprogramm alla Bush und Obama völlig willkürlich. Manche Firmen wurden gerettet, manche neu strukturiert, von wiederum anderen blieb nicht viel übrig (vgl. Stiglitz 2010: 121).

Bei einer Restrukturierung z.B., verlieren die Aktionäre alles und die Anleihegläubiger, werden die neuen Aktionäre. Ist die Bank dann noch immer insolvent, greift der Staat ein, wobei dann Anleihegläubiger und ungesicherte Gläubiger leer ausgehen und nur versicherte Einleger ausbezahlt werden (vgl. Stiglitz 2012: 229).

Der Plan wurde also umgesetzt. H. Paulson hatte es somit geschafft, dass der amerikanische Staat, gefährdete Anleihen im Wert von 700 Milliarden Dollar erwarb (vgl. Cormier 2010: 402).

Einen bitteren Nachgeschmack, hatte auch die Tatsache, dass die USA hoch verschuldet war und 700 Milliarden Dollar an Mehrausgaben, den Schuldenberg um weitere 1,5 Billionen Dollar wachsen ließ (vgl. Cormier 2010: 396f.).

Hinzuzufügen ist, dass das Grundlagendokument für den EESA, welches einen Umfang von 450 Seiten hat, im allgemeinen vorsah, dass die Fördermaßnahmen dem Einzelnen zu Gute kommen hätten sollen und, dass der Kongress dies überwachen hätte sollen (vgl. Cormier 2010: 400f.).

Im Zuge der Initialisierung des EESA, wurde der Congressional Oversight Panel (COP) gegründet. Dieses Gremium bestehend aus 5 Mitgliedern, welche von unterschiedlichen, politischen Individuen, bzw. Gruppen gestellt wurden. Es sah die Berichterstattung, die Situation des Finanzsystems und des Regulierungssystems betreffend, vor (vgl. Cormier 2010: 405).

Es erweckte den Anschein, als würden die Banken immer mehr Geld benötigen, um wieder auf die Beine zu kommen, gleichzeitig der Kongress aber immer zögerlicher wurde, mit der Bewilligung neuer Hilfgelder. So fungierte die Fed als Rettungsanker, frei von Regulierungen und Überwachungen, welche in Demokratien eigentlich Standard sein sollten. Diese Taktik hat Gemeinsamkeiten mit den “off balance sheet“ Unternehmungen der Wall Street Firmen (vgl. Stiglitz 2010: 52).

“It [the Fed] didn’t have to get congressional permission for putting at risk hundreds of billions taxpayer dollars“ (Stiglitz 2010: 142).

Wenn die Fed Staatsanleihen kauft, pumpt sie damit Geld in die Ökonomie und gleichzeitig, wird die “funds rate“/“interest rate“ (Leitzins) geringer. Mit Einsetzen der Krise, überschwemmte sie so zu sagen den Markt mit Geld und die “interest rate“ fiel auf null (vgl. Stiglitz 2010: 137).

Bis zur Finanzkrise blieb das einzige Instrument der Fed, zur Beeinflussung der Wirtschaft, die Abänderung der “interest rate“. Bernanke suchte jedoch nach weiteren Möglichkeiten, die die Fed eventuell hatte, um der US-amerikanischen Wirtschaft wieder auf die Beine zu verhelfen. So kam es, dass die Fed zu einem hohen Preis CDOs kaufte und direkt Geld an große Firmen lieh. Dadurch wurde die Bilanz der Fed total geschwächt. Ende 2007 besaß die Fed Anlagen im Wert von 890 Milliarden Dollar, wobei 780 Milliarden Dollar Schatzanweisungen waren. Ein Jahr später, hielt die Fed Anlagen im Wert von zwei Billionen Dollar, wobei nur noch 269 Milliarden Dollar Schatzanweisungen waren und der Rest, z.B. aus von Banken, Investment Banken und ausländischen Nationalbanken angekauften Papieren bestand (vgl. Morris 2008: 107f.).

Unternehmen borgen oft nicht von Banken, sondern über sogenannte “commercial papers“. Kauft diese “papers“ keiner, friert der Markt ein. Dies geschah im Zuge der Finanzkrise. Entgegen ihrer 94 jährigen Tradition, fing die Fed an, diese Papiere zu kaufen und mutierte damit, von einer Banken-Bank, zu einer Nationen-Bank und begab sich dadurch auf unbekanntes Terrain (vgl. Stiglitz 2010: 137f.).

Die US-amerikanischen Rettungsaktionen, erreichten in ihrer Gesamtheit ein Ausmaß von 2 Billionen Dollar. Trotz all dem, konnten sie nur das Rückgrat der Banken stärken, den Fall der Häuserpreise, der das ganze System zum Einstürzen brachte, jedoch nicht aufhalten. Viel mehr, nährten sie die Dollarflut, die auf die Welt einging und die das eigentliche Problem war (vgl. Morris 2008: xx).

Citigroup z.B., machte 30 Milliarden Dollar Verlust, aufgrund von CDOs, erhielt vom Staat jedoch 45 Milliarden Dollar an Rettungsgelder (vgl. Neumüller 2010: 397).

Am 16 September 2008, gab der Finanzminister bekannt, dass AIG für 85 Milliarden Dollar gerettet wird. Als Gegenleistung erhielt der Staat 8% der Firma und durfte den Firmenchef auswechseln (vgl. Cormier 2010: 395).

Von der fraglichen Rettung von AIG profitierte vor allem Goldman Sachs (vgl. Stiglitz 2012: 324).

November 2008 hatte bereits fast jede größere Bank in Europa eine dicke Geldspritze aus Steuergeldern erhalten und auch in der USA wurde die Liste der Banken, welche staatliche Hilfe bekamen immer länger (vgl. Morris 2008: xv).

Im Zuge der Krise, wurden auch die zwei letzten, eigenständigen Investmentbanken, Morgan Stanley und Goldman Sachs, Mitglieder der Fed. Was auf den ersten Blick nach größerer Einschränkung und Regulation aussah, war auf den Zweiten eher doch ein besserer Zugang zu den Ressourcen der Fed. So scheinen die Hauptgeschäfte dieser Banken, das Spekulieren, immer weiter zu gehen und nur schwer aufzuhalten zu sein (vgl. Morris 2008: 167f.).

Im Großen und Ganzen haben Zentralbanken ihre Aufgaben verfehlt. Sie regulierten den Finanzsektor unzureichend und setzten die geltenden Vorschriften nur unzufrieden stellend durch. Und auch nach der Krise, setzte sich die Fed für einen deregulierten Finanzmarkt ein (vgl. Stiglitz 2012: 319f.).

Die vorangegangenen Schilderungen zeigen eine nicht nachvollziehbare Entwicklung. Wie konnte die Fed ihre starke Position so leichtfertig aufgeben? Wurde die Behebung der Probleme dadurch nicht um zick Faches erschwert? Es stellt sich für mich schon die Frage, warum die US-amerikanische Politik den Übeltätern der Krise, den Kreditgeber und Investmentbanken, mit nie dagewesenen Mitteln aus der Misere geholfen hat.

Das einzig Positive, an der Rettung der Banken, ihren Aktionären und Anleihegläubigern war, dass die US-amerikanische Bevölkerung erkannte, dass das System, in dem sie leben, gar nicht so demokratisch ist (vgl. Stiglitz 2012: 230).

Bereits Anfang September 2008, wurden Fannie Mae und Freddie Mac zur Gänze staatlich, weil H. Paulson staatliche Unterstützung zusicherte (vgl. Cormier 2010: 394).

Über Fannie Mae und Freddie Mac verwaltet die Regierung eine Großzahl der Hypotheken. Es ist schon bitter, dass die Regierung die geplatzten Kredite nicht restrukturierte. Es wäre wohl eine der sinnvollsten Maßnahmen gewesen (vgl. Stiglitz 2012: 365).

Auch der Ruf des Verkehrsministers Ray LaHood (seit 2009 im Amt) nach größeren Häusern und dichter Population, schien fehl am Platz zu sein, wie auch andere Vorschläge aus dem Umfeld des Präsidenten (vgl. Utt 2010: 3).

“But in 2009 the Obama administration passed the biggest stimulus bill in the nation’s history, which included plentiful tax breaks” (Roubini/Mihm 2010: 53).

2008 waren neun von zehn Gebieten, mit den meisten Hypothekenausfällen in Kalifornien, Nevada, Arizona und Florida. An Barack Obamas Reaktionen auf die Krise, wurde Kritik geübt. Anfang 2012 initialisierte er ein Programm mit einem Umfang von 1,5 Billionen US-Dollar, welches nur fünf Staaten zugutekam, wobei vier davon die oben genannten waren, die zudem die strengsten Landnutzungsregulationen im ganzen Land aufwiesen. Im Zuge des Programmes, wurden diese regulativen Strukturen nicht hinterfragt, obwohl diese einen wesentlichen Teil zu der Immobilienkrise beitrugen (vgl. Utt 2010: 2f.).

Die Staatsausgaben schienen kein Ende mehr zunehmen. Waren die 810 Milliarden Dollar des EESA schon eine gewaltige Geldmenge, dürften die weiteren Maßnahmen noch abstraktere Formen angenommen haben. Dass bei solchen Aktionen die Ungerechtigkeit innerhalb der USA zunimmt, ist kaum verwunderlich. Müssen die Durchschnittssteuerzahler für die Rettungspakte aufkommen und nicht in erhöhtem Maße die Reichen, ist das eine Bürde für das ganze Land.

“Medicaid, die Gesundheitsfürsorge für einkommensschwache Personen, wurde zusammengestrichen“ (Stiglitz 2012: 44).

So sieht dann eben der wahre Preis aus, den die Bevölkerung für die Rettung des Finanzsystems zahlen muss.

Aber auch das Justizsystem, scheint jenen Kräften, die für eine ungleiche Verteilung sorgen, nicht gewachsen zu sein.

Es wurden zwar ein paar Hedgefonds, aufgrund von Insiderhandel verurteilt, Banken, die eigentlich die Hauptverursacher der Krise waren, wurden jedoch nicht verurteilt (vgl. Stiglitz 2012: 16).

Den staatlichen Institutionen fehlen die finanziellen Mittel, um die Banken für ihre tatsächlichen Vergehen zu verklagen. Ganz zu schweigen von den Geschädigten. So geben sich alle, mit einem Bußgeld zufrieden, das nie an die Gewinne aus betrügerischen Verhalten der Finanzmarktakteure herankommt (vgl. Stiglitz 2012: 271).

Durch den großen Mangel an Dokumentation bei der Kreditvergabe, konnten die Banken, als viele Kreditnehmer zahlungsunfähig wurden, nicht genau darlegen, wie viel sie von wem bekamen. Statt die Forderungsanträge durchzuarbeiten und dann diesen Prozess eidesstaatlich abzusegnen, segneten einzelne Personen hunderte von Forderungen eidesstaatlich ab, ohne sie einzusehen. So konnten die Banken Geld sparen. In weiterer Folge tätigten sie diesbezüglich falsche Aussagen vor Gericht. Doch auch wenn sie gewollt hätten, war das System zu

komplex, um es zu durchschauen. Lügen vor Gericht ist eigentlich eine Straftat, wobei man in manchen US-Bundesstaaten, für drei kleinere Delikte einmal Lebenslänglich bekommt. Das vermehrte Lügen der Banker hätte sie eigentlich, ohne Chance auf Bewährung, mehrfach Lebenslänglich hinter Gitter bringen müssen. Keiner von ihnen, wurde jedoch deswegen verurteilt. Im Eifer des Gefechtes, passierte es sogar, dass Menschen vor ihre Tür gesetzt wurden, welche gar keine Schulden hatten (vgl. Stiglitz 2012: 263f.).

Nur zu oft kam es, im Zuge von Zwangsvollstreckungen zu keiner gerichtlichen Anhörung. Wie sollte dann auch eine ungerechtfertigte Enteignung aufgedeckt werden (vgl. Stiglitz 2012: 266)?

Haftungsregeln für Banken sind Notwendig, sowie der Ausbau der Vorschriften, bezüglich Eigenkapital und eine realistische Einschätzung der Liquiditätsrisiken. Ratingagenturen sollten künftig einem Kontrollorgan unterstellt werden. Dieses Konzept, welches global gelten müsste, veranlasste zumindest die deutsche Bundesregierung 2010, es Gesetzeskonform zu gestalten. Auch über ein Regelwerk, für die Bezahlung von Unternehmensvorständen wurde diskutiert (vgl. Konrad 2009: 47).

Im Rahmen von Basel II und auch bei Verhandlungen der G-20, wurde die Regulation und Überwachung von Zahlungen an Banker ins Auge gefasst (vgl. Bebchuk/Spamann 2010: 2). “Kein Finanzinstitut, keine Bank, keine Versicherung oder Wertpapierhandelsfirma soll unbeaufsichtigt bleiben, das haben sich die Regierungschefs der ► G20 zum Ziel gemacht“ (Konrad 2009: 46f.).

2010, bemühte sich, die deutsche Bundesregierung darum, international, eine bessere Regulierung der Finanzmärkte zu erreichen (vgl. Konrad 2009: 46).

Große Durchbrüche in diesen Bereichen dürften immer noch auf sich warten lassen und die nächste Krise könnte deswegen schlimme Ausmaße annehmen.

3.8. Die Gewinner der Krise

Vor dreißig Jahren war die Ungleichheit in den USA nicht wirklich ein Thema. Damals verdiente das oberste Prozent, 12% des nationalen Einkommens. Zeigt dieser Wert schon Ungerechtigkeit auf, verschlimmerte sich die Situation vor allem seit 2000. Wobei vor der Großen Depression der 1930er eine ähnliche Ungleichheit wie heute herrschte. Der Einkommensdurchschnitt von 2007 zeigt, dass das oberste 0,1 Prozent in anderthalb Tagen ca. soviel verdiente wie die unteren 90% in einem Jahr (vgl. Stiglitz 2012: 32f.).

Obwohl es viele Banken gibt, teilen sich die vier Größten den halben Kuchen dieses Sektors. Dieses Monopolwesen führt zu überhöhten Preisen und zu überhöhten Bonuszahlungen an die Mitarbeiter der Banken (vgl. Stiglitz 2012: 82).

Manager, Wertpapierhändler und Kreditmakler arbeiteten in einem Bonussystem, in welchem es um kurzfristige Erfolge ging. Auf langfristige Folgen wurde nicht geachtet (vgl. Konrad 2009: 28).

“Die Tatsache, dass einige Akteure im Zuge übertriebener Fixierung auf die Rendite wohlweislich Fehlentwicklungen in Kauf genommen und diese sogar vorangetrieben haben, macht sie mitverantwortlich – selbst wenn falsche Strukturen und Anreize ihr Verhalten begünstigt haben“ (Konrad 2009: 28).

Durch die Bündelung von allen möglichen Finanzmarktinstrumenten, wie z.B. Krediten und die Weitergabe dieser, in Form von Anlagen, reduzierte sich das Risiko für Kreditgeber, Banken und Investmentbanken, die für die Kreation solcher Anlagen verantwortlich waren. Die Mitarbeiter dieser Institutionen kassierten hohe Bonuszahlungen. 2006 z.B., machten 60% der Gesamtgehälter, in den fünf größten Investmentbanken, Bonuszahlungen aus. In der Ökonomie beschreibt der “moral hazard“ Ansatz dieses risikominimierende Bonussystem. Das Überleben dieses Systems über einen langen Zeitraum wird wiederum, durch das “principalagent“ Problem erklärt. Dabei wird die Problematik angesprochen, dass die von den Vorständen eingesetzten Manager oft mehr Ahnung von der Firma haben als sie selber. So achten die Manager oftmals auf ihre Vorteile. Hinzukommt, dass Investmentbanken auf viele Besitzer aufgeteilt sind und gleichzeitig noch sehr viel zusätzliches Geld ausgeborgt wird, um Geschäfte zu tätigen. Die Position der einzelnen Teilhaber kann somit sehr bescheiden ausfallen und die Risikobereitschaft der Manager wird genau deswegen gutgeheißen, da so die Aussichten auf Gewinne höher sind. Die Geldgeber der Banken können mit der Risikobereitschaft auch leben, da die meisten Einlagen versichert werden. Bei Institutionen, wie Investmentbanken, deren Einlagen nicht versichert waren, sprang bei der aktuellen Krise die Fed ein, wodurch wiederum die Marktpraktiken gestützt wurden. Die beiden Autoren sind der Meinung, dass der Finanzsektor sich darüber im Klaren ist, dass die Fed bei Problemen stets eingreifen wird und so werden die letzten Anreize, die andere Geldgeber noch haben könnten, die Banken zu kontrollieren und zu regulieren, untergraben (vgl. Roubini/Mihm 2010: 68ff.).

Bebchuk und Spamann sprechen von Interessenskonflikten, die auch nach der Krise zwischen Bankern, Aktienbesitzern, Einlegern und Steuerzahlern fortbestanden. Durch die Reduzierung der Firmenanteile, die Banker innehatten, wurde ihre Risikobereitschaft sogar erhöht. Ähnlich

wie Roubini und Mihm, sind sie der Meinung, dass falls die Zahlungsanreize für Manager mit den Interessen der Bankeneigentümer abgeglichen werden würden, die Risikobereitschaft nur zu einem bestimmten Grad gesenkt würde (vgl. Bebchuk/Spamann 2010: 5).

Der gesetzliche Rahmen der USA ließ es zu, dass sich Manager immer mehr in ihrer Position, im Wesentlichen gegenüber Aktionären und Arbeitnehmern, absicherten. Die gleichzeitige Abnahme gewerkschaftlicher Macht, ermöglichte es ihnen vermehrt die Profite des Unternehmens für sich zu beanspruchen (vgl. Stiglitz 2012: 106).

Bis zur Entstehung der "securities" durchwanderten die dafür benötigten Kredite mehrere Stationen, wie z.B. Ratingagenturen oder broker-dealer, welche für ihre Dienste hohe Gebühren verlangten. Von den dadurch entstandenen Gewinnen profitierten hauptsächlich die Angestellten der Firmen und weniger deren Inhaber (vgl. Roubini/Mihm 2010: 190).

Der Finanzsektor schaffte es, zumindest als der Immobilienmarkt seinen Höhepunkt erreichte, 40% der Profite aller Unternehmen einzuheimsen (vgl. Moris 2008:145).

"Das Bankhaus Goldman Sachs – „Gottes Stellvertreter auf Erden“ – hat für \$ 40 Milliarden nicht werthaltige Hypothekenscheine verkauft, davon \$ 22 an die AIG und heimlich auf den Zusammenbruch des US-Hypothekenmarktes gewettet. Gleichzeitig hat es sich gegen eine Prämie von \$ 150 Mio. gegen einen Bankrott von AIG versichert" (Berger 2011: 11).

AIG musste im Endeffekt mit 150 Milliarden Dollar gerettet werden und aufgrund der Unantastbarkeit von Verträgen, wurden den Managern ihre Boni ausbezahlt (vgl. Stiglitz 2012: 106).

2006 z.B., verdiente der Vorstandsvorsitzende von Merrill Lynch 48 Millionen Dollar, wovon 18,5 Millionen Dollar Bonuszahlungen waren, welche auf "subprime" CDOs im Wert von 44 Milliarden Dollar, die 700 Millionen Dollar Gebühren mit sich brachten, zurückzuführen sind (vgl. Neumüller 2010: 249).

Gelder wie jene 1,1 Milliarden Dollar, welche sich die Fünf an der Spitze von Lehman Brothers zwischen 2000 und 2007 auszahlen hatten lassen, durften nach dem Konkurs ihrer Firmen behalten werden. Zudem erhielt der Vorsitzende Richard Fuld 500 Millionen Dollar, als er die Firma verließ (vgl. Berger 2011: 7).

Als H. Paulson 2006 Finanzminister wurde, musste er seine Goldman Sachs Aktien im Wert von 485 Millionen Dollar verkaufen. Steuern musste er, aufgrund von einem von Bush Senior gewünschten Gesetz, keine Zahlen. Als Chef verdiente er bei Goldman Sachs im Jahr 37 Millionen Dollar (vgl. Berger 2011: 7).

Der Vorstandsvorsitzende von Citigroup, Charles Prince, erhielt 2006, 13,2 Millionen Dollar in Form von Bonuszahlungen und verdiente im gesamten Jahr, 25,6 Millionen Dollar. 2008

verlor seine Bank über 15 Milliarden Dollar, hauptsächlich aufgrund von CDO-Investments (vgl. Neumüller 2010: 253).

Im Zuge der zunehmenden Probleme am Finanzmarkt im Herbst 2007, wurde Charles Prince gefeuert. Er erhielt jedoch eine Abfertigung von 110 Millionen Dollar. Der Merrill Lynch Chef Stanley O'Neal erlitt das gleiche Schicksal und erhielt 161 Millionen Dollar (vgl. Neumüller 2010: 339).

Bevor Merrill Lynch im Jahr 2008 von der Bank of America gerettet wurde, zahlten sich die vier top Manager der Bank Erfolgsbeteiligungen von 121 Millionen Dollar aus (vgl. Berger 2011: 7).

Das sind schon enorme Geldbeträge, die diese Menschen verdienen. Und sind sie erst einmal in den Besitz des Geldes gelangt, kann man es ihnen höchstens durch Steuern wieder wegnehmen.

Nach diesen Einblicken in die Machtverhältnisse des Finanzsektors, werde ich nun verschiedene Geschäftspraktiken etwas näher beleuchten.

Ein australischer Hedgefonds z.B., beschuldigte Goldman Sachs, dass es ihm wertlose Anlagen (CDOs) verkauft habe. Der Fond verlor bei dem Geschäft mit Goldman Sachs 56 Millionen Dollar und ging Pleite. Die Investmentbank, war in diesem Fall also erfolgreich gewesen, die toxischen Papiere außer Haus zu bringen. Goldman Sachs und auch andere, große Marktakteure, wussten von den Gefahren, die mit diesen Anlageformen verbunden waren und deshalb wurden sie auch an kleinere Unternehmen verkauft (vgl. Graafland/Van de Ven 2011: 611f.).

Obwohl wir mit der aktuellen Landwirtschaft leicht 10 Milliarden Menschen ernähren könnten, sterben täglich 37.000 Menschen den Hungertot. Goldman Sachs war dazu in der Lage Agrarrohstoffe als Spekulationsobjekt an der Börse einzuführen und löste dadurch enorme Preissteigerungen im gesamten Sektor aus. Aber die Goldman Sachs Angestellten, mit durchschnittlich 600.000 Dollar Jahresverdienst, spüren das wohl kaum (vgl. Berger 2011: 3). Die US-amerikanische Investmentbank Goldman Sachs ist auch daran interessiert, dass der Dollar die weltweite Leitwährung bleibt. 2001 half die Bank der griechischen Regierung ihre Statistiken so zu kaschieren, dass die Aufnahmekriterien für die Eurozone erfüllt gewesen schienen. Goldman Sachs erhielt dafür ein Honorar von 300.000 Dollar, stellte einen Kredit in Milliardenhöhe zur Verfügung und destabilisierte zusätzlich die EU (vgl. Berger 2011: 10). Goldman Sachs habe angeblich Strukturen geschaffen, die John Paulsons pessimistischen Erwartungen dienten, welche anderen Mitstreitern aber nur geringfügig vermittelt wurden (vgl. Utt 2010: 1).

Goldman, Sachs & Co. (GS&Co) ist der wesentlichste Makler und Händler der weltweiten Investmentbank Goldman Sachs Group, Inc., welche ihren Sitz in New York City hat (vgl. Simpson; Muoio 2010: 4).

Fabrice Tourre war der Hauptverantwortliche bei GS&Co, bezüglich des Entwurfes und der Vermarktung von ABACUS 2007-AC1. 2010 war er geschäftsführender Direktor von Goldman Sachs International in London (vgl. Simpson; Muoio 2010: 4).

Ohne jegliches Wissen der anderen Parteien, wurde Paulson & Co. Inc. in den Handel mit eingebunden. Das ökonomische Interesse der Firma bestand im Versagen der Investoren. Paulsons Firma hatte einen gewichtigen Anteil am Entscheidungsprozess, zur Auswahl des Portfolios. Tourre ließ ACA Management LLC (ACA) in dem Glauben, dass Paulson 200 Millionen Dollar in ABACUS 2007-AC1 als "long position" investiert hätte und, dass seine Interessen sich nicht mit jenen von ACA widersprechen würden (vgl. Simpson/Muoio 2010: 2).

GS&Co hatte ACA als Portfolio Zusammensteller engagiert, weil es sich durch seine starke Position am Finanzmarkt und den Namen von ACA eine erfolgreiche Vermarktung seiner synthetischen CDOs erhoffte (vgl. Simpson; Muoio 2010: 8).

Anfang 2008 waren bereits 99% des ABACUS 2007-AC1 Portfolio zurückgestuft. Die Investoren verloren \$1 Billion, während Paulson & Co. Inc. auf der anderen Seite mit den "Credit Default Swaps" (CDSs) \$1 Billion Gewinn machte (vgl. Simpson/Muoio 2010: 3). Bereits Anfang 2007 war Tourre und auch einer Führungsperson von GS&Co bewusst, dass das CDO Business zusammenbrechen wird. Es war ihnen auch klar, dass es schwer sein würde Investoren zu finden, falls sie offenlegen würden, das ein Kurzzeitinvestor wie Paulson, eine wichtige Rolle beim Entstehungsprozess der CDOs gespielt hatte (vgl. Simpson; Muoio 2010: 7).

Der Fall um ABACUS zeigt, dass betrügerische Interaktionen kein Tabu waren. Das Dokument von Simpson und Muoio ist ein Anklagedokument. Die Börsenaufsicht SEC klagte GS&Co, eben aufgrund dieser Fehlinformationen. Wie schon erwähnt, einigte man sich stets auf Ausgleichszahlungen.

John Paulson und Goldman Sachs konnten sich aus ihrer Anklage mit 500 Millionen Dollar freikaufen (vgl. Berger 2011: 8).

In Anlehnung an den Film Inside Job, wirft Berger den Wall Street Brokern schwere Gesetzesverstöße vor, unter anderem Bestechung von Beamten, Betrug oder Geldwäsche. Verschiedene Investmentbanken haben verschiedene Strafen akzeptiert, wobei ihnen als Gegenleistung eine Nichtverfolgungsvereinbarung zugesagt wurde. Die Deutsche Bank kaufte

sich mit 554 Millionen Dollar frei, Citibank mit 780 Millionen Dollar, JP Morgan und Merrill Lynch mit 385 Millionen Dollar, die Bank of America beglich ihre Rechnungen mit 8,5 Milliarden Dollar und AIG zahlte 1,6 Milliarden Dollar an Strafe (vgl. Berger 2011: 6f.). Die Regierung sah eigentlich vor, dass Banken, aufgrund der Rettungsgelder wieder anfangen den Markt mit Geld zu versorgen. Stattdessen zahlten sie ihren Mitarbeitern Bonusgelder damit aus. Auch die Aktienhalter bekamen Dividenden ausbezahlt, was normal der Fall ist, wenn die Firma Profite macht (vgl. Stiglitz 2010: 80).

Auch die nachstehenden Zitate zeigen, dass die staatlichen Rettungspakte teilweise dafür genutzt wurden, um den Managern der Wall Street weitere Bonuszahlungen auszuhändigen: “Nach der Rettung mit Steuergeldern kassierte das Management insgesamt noch \$ 3,6 Milliarden Boni“ (Berger 2011: 7).

“In 2009 und 2010 haben Morgan Stanley und Goldman Sachs ihren Managern wieder Erfolgsprämien im zweistelligen Milliardenbereich gezahlt“ (Berger 2011: 7).

So schreibt auch Stiglitz, dass Ende 2009, Banken noch immer eine Politik der strengen Kreditvergabe verfolgten, obwohl deren Führungspositionen quasi Rekordprofite machten (vgl. Stiglitz 2010: 56).

Es blieb also alles beim Alten und auch der Goldman Sachs Chef von 2010, Lloyd D. Blankfein, verdiente 20 Millionen Dollar in einem Jahr und hielt Firmenaktien im Wert von 500 Millionen Dollar (vgl. Berger 2011: 7f.).

Das Bear Stearns Ranglisten für seine Mitarbeiter erstellt und jährlich den letzten davon feuert, verdeutlicht den Druck dem die Banker ausgesetzt sind. Es entsteht eine Art Grenze zwischen den Reichen und jenen, die es eben nicht schafften (vgl. Neumüller 2010: 256).

2010 verdienten die Chief Executive Officers (CEOs) der USA im jährlichen Schnitt 243-mal so viel, wie der Durchschnittsarbeiter (vgl. Stiglitz 2012: 31).

Berger stellt einen ähnlichen Vergleich an, kommt jedoch auf ein dramatischeres Ergebnis: “In 1970 hat ein Firmenchef in den USA das 25fache des Durchschnittseinkommens seiner Mitarbeiter verdient, heute ist es das 500fache“ (Berger 2011: 5f.).

Wie hoch dieser Wert nun tatsächlich ist, dürfte keine große Rolle spielen, denn meiner Meinung nach sollten, wenn überhaupt, nur geringe Einkommensunterschiede bestehen. Einer der wichtigsten, politischen Instrumente, um eine gerechte Gesellschaft zu schaffen, dürfte wohl die Steuer sein.

Unter Präsident Carter lag der Spitzensteuersatz bei 70%, unter Bush nur noch bei 35%. Unter Clinton und Bush wurde der Steuersatz von Veräußerungsgewinnen auf 15% gesenkt. Es kommt erst zur Besteuerung wenn Wertpapiere verkauft werden. Die Gewinne, die entstanden

als eine Person noch lebte, müssen gar nicht besteuert werden, wenn die damit verbundenen Aktien vererbt wurden (vgl. Stiglitz 2012: 111f.).

Ca. die reichsten 15000 Steuerzahler, konnten im letzten Viertel Jahrhundert ihre Einkommen auf einen Prozentsatz von 3,8 % aller besteuerten Einkünfte erhöhen. Sie haben ihren Anteil in diesem Zeitraum vervierfacht. Ihren Einnahmen von 441 Milliarden Dollar standen 30 Millionen Dollar an abzugebenden Steuern gegenüber (vgl. Morris 2008: 153).

“Der durchschnittliche Steuersatz betrug im Jahr 2007 für die einkommensstärksten 400 Haushalte nur 16,6 Prozent, was erheblich niedriger ist als die 20,4 Prozent für die Steuerzahler im Allgemeinen“ (Stiglitz 2012: 113).

Gegen Ende dieses Kapitels seien noch weitere Kuriositäten aus der Welt des Finanzsystems erwähnt.

So müssen z.B. viele Studenten Kredite aufnehmen um sich die Gebühren der Hochschulen leisten zu können. Die meisten schließen jedoch nicht ab, oder finden keine passende Stelle im Anschluss. Die Hochschulen, oft im Besitz von Wall Street Firmen, sitzen diesen Menschen ein Leben lang mit Kreditforderungen im Nacken (vgl. Stiglitz 2012: 260).

Das Beispiel um Angelo Mozilo, Chef des Kreditgebers Countrywide Financial, zeigt noch einmal, mit welchen Mitteln an der Wall Street gearbeitet wird und welche Konsequenzen daraus resultieren. Er wurde von der SEC angeklagt, weil er privat die miserablen Kreditvergabepraktiken eingestand, während er öffentlich genau das Gegenteil verkündete. Seine Firmenanteile verkaufte er schließlich um 140 Millionen Dollar (vgl. Stiglitz 2010: 279f.).

Das viele Finanzinstitute die Aufenthalte bei Prostituierten und den Drogenkonsum ihrer Mitarbeiter zahlen und die Ausgaben als was auch immer ausweisen, unterstreicht einmal mehr den Charakter, ja man könnte sagen, einer ganzen Gesellschaft. Damit will ich nicht behaupten, dass alle US-Amerikaner gleich sind sondern, dass das Verhalten jener, die den größten, gesellschaftlichen Einfluss besitzen, durchaus fragwürdig ist. Das Rotlichtmilieu rund um die Wall Street dürfte auf jährliche Einnahmen von rund zehn Milliarden Dollar kommen. Neben dem Rausch der Sinnlichkeit und dem der Drogen, kommt noch jener des Geldes hinzu, der die Menschen in Ekstase versetzen dürfte (vgl. Berger 2011: 2).

3.9. Risse im System

In diesem Kapitel geht es um Politik. Klar ist, Politiker dürfen nicht käuflich sein. Es wird jedoch bald zu erkennen sein, dass Geld, Macht und Politik in den USA unweigerlich

miteinander verbunden sind. Die These, Geld ist Macht, dürfte sich also bewahrheiten. Im bisherigen Teil meiner Arbeit haben wir auch gesehen wo das Geld zuhause ist. Wenn man nun Eins und Eins zusammenzählt, kann man sich vorstellen von wem die USA und zu einem Teil, eben auch die Welt regiert wird. Nun stellt sich die Frage, wie in einer Demokratie, Geld mehr Macht haben kann, als die Bevölkerung. Die Antwort dürfte schlichtweg Korruption heißen. Das heißt, dass Politiker das Land regieren, die um jeden Preis ihre politische Position aufrechterhalten, bzw. ausbauen wollen.

Nachstehendes Zitat soll verdeutlichen, um was es in diesem Kapitel geht:

“The banks' influence dominated almost every decision the U.S. Treasury made“ (Stiglitz 2010: 99).

Seit den 90er Jahren wurden Finanzmarktregulierungen aufgehoben. Die Wall Street Lobby schaffte es sogar, dass Mitarbeiter der SEC (U.S. Securities and Exchange Commission) abgebaut wurden und diese dadurch ihre Arbeit nicht fachgerecht erledigen konnte. So fielen auch die Kapitalverkehrskontrollen und die Finanzinstitute erlangten die Möglichkeit, ohne große Mühen in ein anderes Land zu siedeln und besaßen damit große Macht, welche sie nutzten um den Staat zu erpressen (vgl. Berger 2011: 6).

1997 wurden per Gesetz Zinsen auf Hypothekendarlehen von der Steuer absetzbar und Verbände sorgten dafür, mit dem nötigen Druck auf den Kongress, dass das so blieb (vgl. Neumüller 2010: 63).

Die Ungleichheit ist im ganzen System zu erkennen. In der Justiz, beim Staatshaushalt, bei der Geldpolitik usw.. Die Entscheidungen auf den verschiedenen politischen Ebenen tragen im jetzigen System ebenfalls zur Ungleichheit bei. Die Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik führen auch zu einem politischen Machtgefälle (vgl. Stiglitz 2012: 21).

Obwohl sich 2007 die Chaosmaschinerie der Wall Street immer deutlicher abzeichnete, wurde nichts dagegen unternommen. Das viele Geld aus dem Finanzsektor für Lobbying und Wahlkampfspenden, dürfte die Regierung ausreichend beruhigt haben (vgl. Stiglitz 2012: 71). Stiglitz wiederholt, dass Wahlkampfspenden gute politische Gründe sind, um nicht allzu sehr in den Markt einzugreifen (vgl. Stiglitz 2012: 82).

Als z.B. der Gedanke unter Clinton aufkam von den Bergwerksgesellschaften für den Ressourcenabbau mehr zu verlangen, wehrten sich diese und die Abgeordneten, deren Wahlkampf von dieser Industrie gefördert wurde, erfolgreich dagegen (vgl. Stiglitz 2012: 85f.).

Das US-amerikanische, politische System scheint zunehmend dem Prinzip, ein Dollar eine Stimme, zu folgen. Auch die Personen aus den top Ebenen der Wirtschaft, fanden in Zeiten

der Krise den Weg in wichtige Regierungsämter. Das System das sie aufbauten, wollten sie scheinbar nicht zerstören als sie den gesellschaftlichen Auftrag dazu bekamen (vgl. Stiglitz 2012: 20).

Goldman Sachs z.B. unterstützte Barack Obama in seinem persönlichen, politischen Kampf mit 981000 Dollar. Bei den Wahlen 2008 unterstützte die Bank, die demokratische Partei mit rund 4,5 Millionen Dollar (vgl. Taibbi 2009: 100).

Eric Mindich, ein Hedge Fond Manager, organisierte wiederum Millionen für Politiker und war Teil des näheren Umfeldes des Präsidentschaftskandidaten John Kerry (vgl. Neumüller 2010: 27).

Auch John Devaney, ein erfolgreicher Trader aus Florida, spendete Geld für die republikanische Partei (vgl. Neumüller 2010: 286).

Die Geschäftswelt gibt also große Beträge aus, mit dem Gedanken die Gesetzgebung so zu formen, dass dabei möglichst viel Spielraum für sie entsteht (vgl. Stiglitz 2010: 280).

2010 stimmte der oberste Bundesgerichtshof der Vereinigten Staaten sogar unbegrenzten Wahlkampfspenden durch Unternehmen zu. Wobei die Wirtschaft diesen Vorgang selbst einleitete. Es wurde die Wahl bestimmter Politiker erreicht, welche jene Juristen einsetzten, die dieses Gesetz absegneten (vgl. Stiglitz 2012: 185f.).

Es sind ökonomische Zweige, wie der Finanzsektor, die Pharmaindustrie oder das Öl- und Kohlegeschäft, die die US-amerikanische Wirtschaft und Sozialpolitik formen. Lobbying hat meistens das Ziel, noch mehr Geld zu scheffeln. Die Regierung ist z.B. der größte Käufer von Medikamenten, handelt deren Preise jedoch nicht aus. Solche Eigenheiten gipfeln im Finanzsektor (vgl. Stiglitz 2010: 294).

Der Finanzsektor beeinflusste die Politik dahingehend, dass diese nicht den unverhältnismäßigen Bezügen, gesehen in Relation zur Leistung, entgegenwirkte (vgl. Stiglitz 2012: 68).

Zur großen Ungleichheit in der USA trugen jedoch auch andere Bereiche der Wirtschaft bei, in sicher ähnlicher Form, wie dies der Finanzsektor bis jetzt tat (vgl. Stiglitz 2012: 71).

Interessant ist, dass Stiglitz beschreibt, wie er unter Clinton, als Mitglied des Council of Economic Advisers, mit sehr unterschiedlichen, ökonomischen Beratern hitzige Debatten über richtige politische Wege führte. In diesem Zusammenhang spricht er das Problem der “corporate welfare“ an, welche eine Politik beschreibt, die wohlhabende Unternehmen fördert, anstatt das Geld sinnvoll umzuverteilen. Clinton agierte auf diese Weise und Bush noch viel mehr (vgl. Stiglitz 2010: 37f.).

Der Grund warum in Ressourcenreichenländern die Ungleichheit besonders groß ist, ist weil die Geschäftsleute von dort, ihre Profite dem geringsten Widerstand aussetzten. Dies gelingt ihnen oft besonders gut, da sie große, politische Macht besitzen. In der USA werden ähnliche Praktiken verfolgt, bei denen der Staat z.B. ein Bergwerk um 500 Millionen Dollar verkauft, wobei es eine Milliarde Dollar wert ist. Das der US-amerikanische Staat, Waffen zu überhöhten Preisen kauft, bringt den Rüstungskonzernen nicht nachvollziehbare Vorteile (vgl. Stiglitz 2012: 74).

Die Verflechtungen zwischen Wirtschaft, Bildung und Politik dürften von großer Bedeutung und allgegenwärtig sein.

John Paulson gefiel z.B., auf der New York University, besonders ein Kurs von John Whitehead, dem damaligen Vorsitzenden der Investmentbanking Abteilung von Goldman Sachs. Unter den Gastvortragenden befand sich auch Clintons zukünftiger Finanzminister, Robert Rubin, ein damals wichtiger Mann bei Goldman Sachs. Auch der spätere Goldman Sachs Vorsitzende, Stephen Friedman, hielt einen Vortrag. Rubin berichtete z.B. von der Spekulation auf Fusionen (vgl. Neumüller 2010: 37).

Die mächtigste Investmentbank der Erde ist Goldman Sachs. Die wirtschaftspolitischen Verflechtungen dieses Unternehmens sind erstaunlich. Die Führungskräfte jener Banken, die gerettet wurden, waren oft Freunde von Henry Paulson. So z.B. Robert Rubin, einst Finanzminister unter Clinton, war Vorsitzender von Citigroup, als diese mit 300 Milliarden Dollar gerettet wurde. Rubin weißt aber auch eine 26 jährige Arbeitserfahrung bei Goldman Sachs auf (vgl. Taibbi 2009: 52).

Ende 2008 nahm Alan Greenspan eine beratende Funktion für Paulson & Co ein (vgl. Neumüller 2010: 379).

Das wirft natürlich die Frage auf, inwieweit diese Verflechtungen, bzw. Zusammenarbeiten, sinnvoll sind und wo Grenzen zu ziehen wären. Ich möchte jedoch die Besetzung von Regierungsämtern durch Führungspersonen aus der Wirtschaft in Frage stellen. Denn es sei dahingestellt, dass eine Person, die Jahrzehnte ein Unternehmen geleitet hat, objektive, politische Entscheidungen treffen kann.

Andrew Lahde, der wie Paulson den "subprime" Deal durchzog, stieg danach aus dem Finanzgeschäft aus. Zum Abschluss schrieb er einen Brief, der schnell die Runde machte. In diesem kritisierte er eine Art aristokratisches System, in welchem Eltern die Ausbildung ihrer Kinder finanzieren und diese nur aus diesem Grund Spitzenpositionen an der Wall Street einnehmen und Einzug in allen Regierungsebenen finden. In einem anderen System hätte es eventuell keine Parteien gegeben, die Naiv genug gewesen wären, um die Gegenseite zu

Paulsons Trades einzunehmen. Lahde appellierte an Manager, dass sie aufhören sollen, Legenden werden zu wollen und, dass sie das Leben lieber genießen sollen. Des Weiteren kritisierte er, dass die wiederholten Eingänge von Gesetzesentwürfen in den Kongress, abgetan wurden, obwohl sie die Kreditvergabepraxis hätten ändern können. Lahde erklärt das durch Zahlungen der kreditvergebenden Institutionen an die Parteien. Er stellte auch in den Raum, dass der Kongress der amerikanischen Unternehmenswelt gehört (vgl. Neumüller 2010: 385ff.).

Die vorangegangenen Zeilen, schaffen ein Bild einer regierenden Elite. Die Macht bleibt dabei immer in den gleichen Kreisen, bzw. Familien. Die Aussichten auf Veränderung, werden immer eingeschränkter. Es müsste diese Elite sein, die erkennen müsste, dass die Ressourcen der Erde für alle da sind. Geschlossen müsste sie bereit für Veränderungen sein. Der Rest des Kapitels wird jedoch noch viele Beispiele geben, für eine Elite die ihre Macht ausspielt wo sie kann und sich so immer mehr verschanzt, hinter den Mauern der Korruption.

Die Regulationsgedanken, wie z.B. der Schutz ungebildeter Menschen vor Banker, oder die Sicherstellung der Stabilität des Finanzsystems, wurden von US-amerikanischen Regulationskritikern zu Nichte gemacht (vgl. Stiglitz 2010: 80).

2009 sprach sich auch Goldman Sachs CEO, Lloyd Blankfein, vermehrt gegen Regulationen aus. Rettungspläne hieß er gut, die Finanzinnovationen, die das Land ins Chaos stürzten, wollte er beibehalten (vgl. Roubini/Mihm 2010: 266).

Die Einführung eines Mindestmaßes an Schulden, welche Banken aufnehmen sollten dürfen, wurde von der Wissenschaft und der Federal Reserve Board Forschung gefordert. Durch Lobbying, bereits 1999, wurde das Vorhaben von den großen Banken verhindert. Es wäre jedoch essenziell gewesen, um der systematischen Ausnutzung der Kursunterschiede einen Strich durch die Rechnung zu machen (vgl. Calomiris 2008: 73f.).

Der Kongress und die SEC setzten sich für leichtgängigere Ratingbewertungen ein. Weniger Regulationen sollten den Wettbewerb am Leben erhalten. Hinter diesem Verhalten dürfte der Druck von Rating Lobbys gestanden haben (vgl. Calomiris 2008: 31).

Auch Spitzenanwälte spielen eine große Rolle bei der Erschaffung ungerechter Strukturen und zählen meist selber zu den Reichsten. Sie helfen Wohlhabenden dabei Gesetze zu umgehen, sie nehmen Einfluss auf den Entstehungsprozess von Steuergesetzen, kreieren dadurch Schlupflöcher im System, um ihren dadurch gewonnenen Informationsvorteil nachträglich in Geld zu verwandeln und haben z.B. geholfen den Markt der komplexen Finanzderivate zu entwickeln (vgl. Stiglitz 2012: 77).

Folgendes Zitat verdeutlicht den uneingeschränkten Spielraum der Wirtschaft:

“Die Finanzoligarchie benutzt Wahlkampfspenden, um Richter, die ihren Anliegen wohlwollend gegenüberstehen, an die entsprechenden Schaltstellen zu hieven“ (Stiglitz 2012: 266).

Im Zuge der Finanzkrise erklang der Ruf nach mehr Transparenz bei Derivaten und nach der Eindämmung wettbewerbswidrigen Verhaltens. Doch die Banken konnten die meisten solcher Ideen im Keim ersticken (vgl. Stiglitz 2012: 70).

Auf jeden Abgeordneten in der USA kommen ungefähr 2,5 Lobbyisten. Sie bemühen sich besonders den Konsens der freien Märkte und geringer Bankkontrollen, vor allem in Kreisen der Fed, aufrecht zu erhalten. Gegen die Besetzung von Ämtern, mit Personen die diesem Konsens entgegenwirken wollen, wird alles Menschenmögliche unternommen (vgl. Stiglitz 2012: 84).

Sind in Brüssel 700 Lobbyisten mit 350 Millionen Euro an Mitteln ausgestattet, um die Machenschaften der Finanzwelt voranzutreiben, sind es in Washington D.C., 3000 mit einem jährlichen Budget von ca. fünf Milliarden Dollar (vgl. Berger 2011: 8).

Nach diesen eher beunruhigenden Zeilen, werde ich etwas näher auf die Aufgaben und Strukturen der Fed eingehen. Wie bereits am Rande erwähnt, gibt es hier keine Ausnahmen und die US-amerikanische Nationalbank, dürfte viel Aufmerksamkeit von der Finanzwelt geschenkt bekommen.

Die unabhängigen Zentralbanken der USA und Europas mussten für ihr Handeln gegenüber demokratisch gewählten Strukturen nicht Rechnung tragen und da einer ihrer zentralen Aufgaben, die Stabilisierung des Finanzsektors war, fanden die Interessen der Banken viel Beachtung bei ihnen (vgl. Stiglitz 2012: 323).

Die Fed zeigte also vermehrt Sympathien für die Wall Street und die Rettung derer Firmen, anstatt für das Wohlbefinden der Gesellschaft (vgl. Stiglitz 2010: 140).

Der Ausschuss der Fed bestimmt die Mitarbeiter. Der Ausschuss besteht aus neun Mitgliedern, wobei Sechs von Banken gewählt werden. So kam es, dass Direktoren der New Yorker Fed zur selben Zeit CEOs von z.B. JP Morgan Chase oder Citibank waren (vgl. Stiglitz 2010: 143).

Die New Yorker Fed ist das hauptverantwortliche Kontrollorgan für Goldman Sachs. Anfang 2009 war Stephan Friedman der Vorsitzende der New Yorker Fed. Zuvor ist er Vizevorsitzender bei Goldman Sachs gewesen. Auch William Dudley, der derzeitige Präsident der New Yorker Fed, kommt von Goldman Sachs (vgl. Taibbi 2009: 99).

Einerseits nehmen die Regulierer die Denkweise jener an, die sie regulieren sollten und andererseits nehmen Finanzinstitutionen ganz direkt Einfluss auf die Kontrollorgane. In den Vereinigten Staaten nimmt die Wall Street z.B. Einfluss darauf, wer den Zentralbankvorstand

besetzt. Obama nominierte einen Nobelpreisträger für den Vorstand, der wichtige Erkenntnisse über Arbeitslosigkeit lieferte und als kritischer Denker gilt. Der Bankenausschuss des Senats blockierte den Vorgang jedoch (vgl. Stiglitz 2012: 324). Ein US-Offenmarktausschuss, bestehend aus den sieben Mitgliedern des Zentralbankvorstands und den zwölf Präsidenten der regionalen Notenbanken, von denen nur Fünf stimmberechtigt sind, entscheidet über die Geldpolitik. Bei der Bestimmung dieser zwölf Präsidenten, nehmen Geschäftsbanken viel Einfluss, auf einen ohne hin schon undurchsichtigen und undemokratischen Auswahlvorgang (vgl. Stiglitz 2012: 324).

Die Geldpolitik der Fed, beeinflusst die Arbeitslosigkeit und die Konjunktur. Die Regierung überträgt somit Personen, die von Banker und anderen Wirtschaftsakteuren gewählt werden, die Leitung der Fed und übt kaum Regulationsdruck aus (vgl. Stiglitz 2012: 186f.).

Die Fed fungiert auch als Regulierungsbehörde, auf vielen Ebenen des Bankwesens. Wichtige Positionen werden oft mit Personen aus marktführenden Firmen besetzt. Nach ihrer staatlichen Tätigkeit, kehren sie wieder zu ihren alten Arbeitgeber zurück. Beweisen sie, bei der Regulierung Loyalität, werden sie mit Spitzenpositionen in der Firma belohnt (vgl. Stiglitz 2012: 83).

Sogar die Chefs der kanadischen und italienischen Nationalbanken lernten bei Goldman Sachs, sowie jene der Weltbank und des New York Stock Exchange. Auch die letzten zwei Leiter der Federal Reserve Bank of New York, waren einst bei der großen Investmentbank tätig (vgl. Taibbi 2009: 52f.).

Nach diesen stets ernüchternden Worten, erscheinen die Rettungsaktionen der aktuellen Krise in einem etwas anderen Licht. Krisen haben das Potential für Veränderungen. Ändert sich nichts, sind die Strukturen, die eigentlich zur Krise führten, so stabil, dass sie nur schwer aufgebrochen werden können. Die staatlichen Antworten auf die Krise, sind dabei ein wichtiger Prozess, der Tendenzen und Neuausrichtungen eventuell aufzeigen kann.

Die Tatsache, dass H. Paulson einst Vorstandsvorsitzender von Goldman Sachs war und nun hunderte von Milliarden von Dollar in die Wall Street pumpen wollte, hatte einen korrupten Beigeschmack (vgl. Cormier 2010: 391).

Der Rettungsplan, den H. Paulson im Kongress einreichte, stieß auf herbe Kritik. Es wäre das erste Mal gewesen, dass ein Finanzminister uneingeschränkt und ohne jegliche Kontrolle, soviel Geld verteilen hätte dürfen. Warum wollte H. Paulson die alleinige Macht über die 700 Milliarden Dollar, ohne, dass eine ausstehende Institution die Verwaltung des Geldes mitverfolgt und überwacht hätte? Es hieß, dass er sich mit den Wall Street Firmen ausschnapsen wollte, wie deren Wertpapiere wieder einen guten Wert erreichen würden. Der

Einzelne, der eventuell sein Haus verkaufen hätte müssen, hätte wenig von diesem Vorhaben gehabt (vgl. Cormier 2010: 396f.).

Auch wenn der Kongress zunächst ablehnte, den Antrag abänderte und doch Überwachungsmaßnahmen vorschrieb, war das Land und die Wissenschaft entsetzt, über die Macht, die H. Paulson, unter dem Emergency Economic Stabilization Act of 2008 (EESA) zugeschrieben wurde (vgl. Cormier 2010: 391).

Einerseits sah der Kongress ein, dass H. Paulson weitgehende Macht über den Einkauf und die Verwaltung der Problemanleihen und Wertpapiere, die im Zuge des EESA erworben wurden, haben müsse, damit er dem Finanzsystem bestmöglich helfen konnte. Der Kongress verlangte jedoch, dass er über sein Tun Rechenschaft ablege, damit verfolgt werden konnte, dass H. Paulson im Interesse aller US-Amerikaner handle (vgl. Cormier 2010: 404).

Zur Verwaltung des Troubled Asset Relief Programs (Teil des EESA), setzte H. Paulson, Neel Kashkari ein, einen Banker von Goldman Sachs. Um in den Genuss staatlicher Subventionen zu kommen, wechselte Goldman Sachs von einer Investmentbank in ein Bankholding-Unternehmen. Dadurch erhielt die Bank 10 Milliarden Dollar aus dem Troubled Asset Relief Program und konnte die billigen Kredite der Fed nutzen. Im März 2009 hatte die Fed bereits 8,7 Billionen Dollar an Krediten vergeben, bzw. Garantien zugesichert, wobei die Zentralbank Prüfanträge des Kongresses immer wieder Blocken konnte und so die Transparenz dieser enormen Rettungsaktionen erfolgreich untergraben werden konnte (vgl. Taibbi 2009: 99). Es dürfte auch kein Zufall gewesen sein, dass Henry Paulson Lehman Brothers kollabieren ließ. Immerhin verschwand so der letzte wirkliche Konkurrent von Goldman Sachs (vgl. Taibbi 2009: 98).

Warren Buffet, der größte Finanzinvestor, unterstützte H. Paulsons Idee, in Probleme geratene Anlagen von Finanzinstituten zu kaufen. Er appellierte jedoch dafür, diese zum aktuellen Marktpreis zu kaufen und nicht, wie H. Paulson es vorschlug, zum Preis bei Fälligkeit. Letztere Variante, wäre den Banken sehr zu Gute gekommen (vgl. Cormier 2010: 398). AIG wurde mit 85 Milliarden Dollar gerettet, wobei es dadurch in der Lage war, die 13 Milliarden Dollar, die es Goldman Sachs schuldete, zurückzuzahlen (vgl. Taibbi 2009: 98f.). Die Macht die H. Paulson erhielt, war jedoch nichts Einmaliges in der US-amerikanischen Geschichte. Viele ehemalige Finanzminister, erlangten ähnliche Macht im Zuge von Wirtschaftskrisen (vgl. Cormier 2010: 426).

Das ganze System scheint eher geldorientiert und nicht menschenorientiert zu sein. Die Krise machte einmal mehr deutlich, welche Menschen die Steuergelder verteilen und welch,

wichtige, politische Positionen, Leute aus der Wirtschaft einnehmen. Ratingagenturen tragen sicher dazu bei, dass diese Strukturen funktionieren und toleriert werden.

Die, positiven Bewertungen der Ratingagenturen ließen die verbrieften und strukturierten “suprime“ Kredite, als attraktive Anlageformen erscheinen. Auf was hinauf, wurde so positiv bewertet? Ein Grund, könnte eine zu große Komplexität der Situation gewesen sein. Ein anderer, die Tatsache, dass Ratingagenturen Finanzinstitute beratschlagten und im Nachhinein, die so hervorgerufenen Produkte, bewerteten (vgl. Konrad 2009: 28f.).

Ratingagenturen wurden also dafür bezahlt, Firmen bei der Erschaffung ihrer Produkte zu beraten, sowie für ein anschließendes Rating. Die SEC verbot diese spezielle Kombination von Geschäften. Roubini und Mihm sprechen sich jedoch für ein generelles Beratungsverbot für Ratingagenturen, wie für die Förderung von Konkurrenz in diesem Bereich, aus. Das Hauptproblem ist, dass Kreditgeber für Ratings bezahlen und nicht die dahinterstehenden Investoren. Während Erstere gute Noten brauchen, wollen Letztere die Wahrheit erfahren. Das System macht so also wenig Sinn und würde auch in diesem Sinne verändert gehören (vgl. Roubini/Mihm 2010: 197f.).

Die Ratingagenturen machten enorme Gewinne in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts und gaben den Produkten ihrer Kunden, Banken und Investmentbanken, unverschämte, gute Bewertungen, obwohl die Öffentlichkeit auf ihr objektives Verhalten vertraute (vgl. Morris 2008: 77).

Unter den Ratingfirmen herrschte Konkurrenz, was mit ein Grund dafür war, dass sie die Darlehen Pools mit den besten Ratings bewerteten. Für die Anleger waren diese Einstufungen oft ausschlaggebend, um zu investieren, obwohl die Ratingagenturen in ihren Haftungsausschlüssen im Kleingedruckten angaben, dass die Ratings nur ihre Meinung widerspiegeln (vgl. Neumüller 2010: 75).

Als 2002 der Bundesstaat Georgia ein Verbraucherschutzgesetz einführte, das Hypothekenkreditnehmer schützten sollte, drohte die Ratingagentur Standard & Poor's, gar keine Hypotheken mehr aus Georgia zu bewerten, worauf das Gesetz wieder aufgehoben wurde. Das ist eines von vielen Beispielen, bei denen vor allem Banken immer wieder Aktionen im Sinne der Verbraucher vereitelten (vgl. Stiglitz 2012: 256).

Aufgrund der Krise kam es zur Einführung des Dodd-Frank Act, der eine stärkere Regulierung des Finanzmarktes und einen höheren Verbraucherschutz vorsah. Teil der Verordnung war, die Kreation einer eigenen Behörde. Die Banken erreichten es jedoch, dass eine, für den Verbraucherschutz bekannte, Lehrende der Harvard University, Elizabeth Warren, nicht als Leitung der Behörde eingesetzt wurde (vgl. Stiglitz 2012: 257).

Als die Generalbundesanwältin von Massachusetts, Martha Coakley, einige Banken verklagen wollte, waren es die staatlichen Banken, die damit drohten ihre Aktivitäten in diesem Bundesstaat einzustellen (vgl. Stiglitz 2012: 266).

Am Rande, sei noch die Instrumentalisierung der Immobilienpreise erwähnt.

Calomiris schreibt von fehlerhaften Messungen, bezüglich des Verfalles von Immobilienpreisen. Laut des OFHEO Indexes, sind die Wohnpreise seit ihrem Höhepunkt 2007 nur wenig gesunken (vgl. Calomiris 2008: 67f.).

Namentlich nennt Calomiris zudem den median sale price index und den Case-Shiller national Index, welche beide parteiisch seien (vgl. Calomiris 2008: 68f.).

Die Paradoxie des ganzen Systems wird immer deutlicher. Auf der einen Seite, werden freie Märkte propagiert und auf der anderen Seite wird bestochen, erpresst oder getäuscht.

Gegen Ende dieses Kapitels werde ich hauptsächlich auf Berger verweisen, der einerseits die wichtigsten Ereignisse der Finanzkrise auf den Punkt brachte und andererseits auch die Instrumentalisierung der Wissenschaft aufgriff. Folgend jedoch einmal, ein interessantes Beispiel eines Finanzgeschäftes.

Im Zuge der SOS-Gipfelkonferenz am 21.07.2011 in Brüssel, wurde Griechenland die Möglichkeit eingeräumt, eigene Anleihen zu ihren aktuellen Marktwert einzukaufen. Da diese bei der Hälfte des Nominalwertes standen, hätte Griechenland seine Schulden halbieren können. Als die Sache beschlossen war, fingen Finanzmarktakteure an, die griechischen Anleihen zu diesem geringen Preis zu erwerben und sie zu 70% ihres Nominalwertes an das europäische Rettungsprogramm weiterzuverkaufen (vgl. Berger 2011: 10).

Eine starke Verflechtung von Wissenschaftlern mit Finanzfirmen und gleichzeitig mit der Politik, scheint einen unaufhaltsamen Teufelskreislauf zu bilden, in welchem z.B. die 500 größten Privatkonzerne im Jahr 2010, 52,8% des Welt-Sozialprodukts verwalteten. Der Dekan der Wirtschaftsfakultät der Columbia University New York, Robert Glenn Hubbard, entwarf, als ökonomischer Chefberater von Präsident George W. Bush, z.B. ein Steuerprogramm.

Durch dieses wurden Steuern gesenkt und das oberste Bevölkerungsprozent konnte seinen Anteil am Gesamteinkommen auf 23% verdoppeln. Auch ist er mit Finanzgesellschaften, in Form von Verwaltungsräten, verbunden. Gemeinsam mit William C. Dudley, der bevor er Präsident der New Yorker Fed wurde, Chefökonom von Goldman, Sachs & Co. war, verfasste er einen Artikel, in welchem sich die beiden für die Entwicklungen am Finanzmarkt aussprachen. Der einstige Dekan der Wirtschaftsfakultät der Harvard University, Martin Feldstein, war zwischen 1988 und 2009 Vorstand von AIG. Die riesige Versicherungsgesellschaft erhielt mit Einbruch des Finanzsystems, drei stellige

Milliardenbeträge vom Staat. Unter Präsident Reagan setzte sich Feldstein für die Deregulierung der Finanzmärkte ein. Diese drei Personen dürften Beispielgebend sein, für ein System, in welchem die politikbestimmende Wissenschaft von den Entwicklungen am Finanzmarkt, die immer mehr Freiheiten und Gewinne prophezeien, profitiert. Die Steigerung des Stiftungsvermögens der privaten Harvard University auf 40 Milliarden Dollar im Jahr 2008, von fünf Milliarden Dollar im Jahr 1990, könnte ein Indiz für großen Einfluss der Geschäftswelt auf die Wissenschaft sein (vgl. Berger 2011: 4f.).

Die Führungskräfte der Wirtschaft scheinen einfach überall zu sein. Zudem haben ihre Firmen wichtige Besitztümer, die große Einflussnahme ermöglichen. Wie bereits erwähnt, wenn nicht alle an einem Strang ziehen, wird sich nur schwer was ändern. Denn Menschen mit Moral dürften in der Gunst der Reichen schnell sinken. Als realistischste Macht, die Veränderungen bewirken könnte, kann die Regierung angesehen werden. Dann wäre da nur das Problem, wo man gewissenhafte Politiker findet, die auch zum Einsatz kommen. Hoffnung dürfte eher beiden dieser Dinge zugrunde liegen. Grob gesagt, also der Moral jedes Einzelnen.

Um noch einmal die Macht von Unternehmen zu verdeutlichen, folgendes Zitat:

“Die Firma Apple hat mehr Geld als die Weltmacht USA“ (Berger 2011: 5).

Auch auf internationaler Ebene, sind organisatorische Strukturen nicht frei von ökonomischen Einflüssen.

Der Finanzsektor übte Einfluss auf den IWF aus und so appellierte dieser für freie Kapitalmärkte, sowie minimale, damit verbundene Regulationen (vgl. Stiglitz 2012: 244). Finanzminister versuchen oft die Interessen der Reichen über den IWF durchzuboxen (vgl. Stiglitz 2012: 196f.).

3.10. Diskurs, Entwicklungen und Ansätze

Dieser Abschnitt beinhaltet theoretische Ansätze. Zudem werden neben realen Entwicklungen, hauptsächlich Verbesserungsvorschläge angeführt, die zu einer gerechteren Welt beitragen sollen. Liegt der Fokus auf der US-amerikanischen Politik, sind internationale Rahmenbedingen ebenso von großer Bedeutung.

Die einleitenden Zitate, machen zunächst einmal darauf aufmerksam, dass Krisen auch positiv gesehen werden können:

“The crisis can tell us a great deal about the working of the global economy in both normal times and not-so-normal times“ (Roubini/Mihm 2010: 9).

“That there will be changes as a result of the crisis is certain. [...]. But the questions are, How deep and fundamental will the changes be? Will they even be in the right direction“ (Stiglitz 2010: 295)?

Hyman Minsky studierte Keynes Schriften sehr genau und erkannte, dass Keynes den Kapitalismus als generell instabil und krisenanfällig sah. Minsky hob auch Keynes Vertiefungen hervor, welche sich mit den Verschachtelungen der Geschäfte von Finanzmarktakteuren mit Produktion, Konsum, Beschäftigung und Preisen auseinandersetzen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 50f.).

Joseph Schumpeter, er gehörte der österreichischen Schule an, entwickelte eine Theorie, nach der der Kapitalismus, ein sich abwechselndes System, von innovativen Zeiten und stürmischen Zeiten ist. Wobei die Überlebenden eines solchen Sturmes, eine neue ökonomische Macht bilden. Diesen Vorgang bezeichnete er als “creative destruction“. Die österreichische Schule spricht sich gegen jegliche Staatsinterventionen aus. Sogar die staatlichen Interventionen und Regulationen, vor und während der Großen Depression der 1930er, wurden als zu viel definiert. Man setzte sich für einen selbstregulierenden Kollabierungsprozess ein. Übertragen auf die Krise aus 2007/2008, bedeutet das, anstatt, dass man die Finanzmarktakteure in ihren eigenen Strukturen ersticken hat lassen, hielten die weltweiten Regierungsinterventionen ein instabiles System am Leben. Fortsetzend, sieht diese ökonomische Strömung, in der Aufnahme großer Staatsschulden, die Entstehung langfristiger Probleme, wie z.B. Einschränkungen auf staatlichen Ebenen, sowie die Verhinderung eines langfristigen Wirtschaftswachstums. Zudem könnte es sein, dass der Staat neues Geld drucken müsste, um seine Schulden zu begleichen und dies könnte zu drastischer Inflation führen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 54f.).

Diesen Grundgedanken dürften sich Roubini und Mihm zu Nutze machen:

“We should jettison bankrupt ideas about the inherent stability, efficiency, and resilience of unregulated markets, and we should let crises take their rightful place in economics and finance“ (vgl. Roubini/Mihm 2010: 267).

Von dieser Idee her, rührt auch der Name des Buches: “crisis economics“.

Stiglitz sieht in Anlehnung an John Maynard Keynes, das Regulieren der Märkte für sehr wichtig an, dass diese funktionieren. Es müsse ein Gleichgewicht zwischen Wirtschaft und Politik entstehen. Die USA habe dieses in den letzten 25 Jahren verloren und dieses Fehlverhalten global verbreitet (vgl. Stiglitz 2010: xii).

Globale, absolute, freie Märkte würden seiner Ansicht nach zur Folge haben, dass Arbeiter in der USA einen weltweiten Durchschnittslohn ihrer Tätigkeit erhalten würden. Diese Tatsache

und der Ersatz von Arbeitskraft durch Maschinen, wodurch die Nachfrage nach Arbeitern reduziert wird, drücken die Löhne (vgl. Stiglitz 2012: 102).

So bringen es die beiden Wissenschaftler auf den Punkt:

“Paradoxically, making free markets function better, and enabling workers to be more flexible and mobile in a global economy where “creative construction“ will be the norm, requires more, not less, government” (Roubini/Mihm 2010: 301).

Die Krise hat dazu beigetragen, dass die Idee von der Regulation der Finanzmärkte stärkere Anerkennung fand (vgl. Stiglitz 2012: 67).

Die Welt ist sich ziemlich einig, Regierungen sollten stärker intervenieren, als jene in der USA. Mit der Krise dürfte auch der Marktfundamentalismus gestorben sein, also das Dogma der freien Märkte (vgl. Stiglitz 2010: 218f.).

Gegen Ende seines Buches setzt auch Morris sich für mehr Staatsinterventionen ein. Es liege am Staat, Finanzblasen die Luft raus zulassen und die Infrastruktur zu beleben. Die USA müsse eventuell mit China, das viele amerikanische Schatzanleihen besitzt, eine Lösung dafür finden, den Dollar vor einen Sturz ins Bodenlose zu bewahren. Ebenso müsse ein effizientes und gerechtes Gesundheitssystem angestrebt werden. Diese Ideen stehen aber im Widerspruch zur Chicagoer Schule, die Staatinterventionen mit Einschränkungen in der Produktivität gleichsetzt. Diese Ideologie wurde jedoch in den letzten 25 Jahren in den USA verfolgt (vgl. Morris 2008: 169ff).

So schreibt auch Morris, dass die Krise verdeutlichte, dass die Ära der Chicagoer Schule vorbei ist und die Wahlen von 2008, mit Obama als Sieger, hätten das bestätigt (vgl. Morris 2008: 160).

So gerne ich das glauben möchte, dürfte eine Ideologie die 25 Jahre weite Teile der Welt regierte, nur schwer von heute auf morgen verschwinden. Obwohl die US-amerikanischen Rettungspakte ein Indiz dafür sind, könnte es auch sein, dass durch diese, alte Strukturen, die freie Märkte propagieren, gefestigt wurden. Da ich nicht schwarz weiß Denken will, definiere ich das wirtschaftspolitische System als komplex, dessen Entwicklung auf der historischen Zeit Line, eben da steht, wo es gerade steht. Eine stärkere Regulierung der Märkte, will auch ich, an dieser Stelle, gutheißen. Den Ansatz “crisis economics“ von Roubini und Mihm, sehe ich dabei als fundamentale Basis, für ein sich veränderndes System, welches die Gleichberechtigung aller Lebewesen zum Ziel hat. Es ist die Aufgabe des Staates, Marktteilnehmer für ihre Fehler büßen zu lassen und Unschuldige zu unterstützen. Meine Diplomarbeit zeigt relativ deutlich, dass vor allem in der USA, das Potenzial der Krise kaum genutzt wurde. Die Rettungspakte bewirkten nicht das, was sie hätten sollen und wurden

zudem, ohne nachvollziehbaren Plan organisiert. Anstatt, dass es zu tiefgreifenden, strukturellen Veränderungen kam, wurden Milliarden an Steuergeldern ausgegeben, um einige Mitverursacher der Krise zu belohnen, alte Strukturen zu festigen und die Saat einer möglichen, neuen Krise gesät.

Die dominanten Kräfte am Finanzmarkt, schulden der Bevölkerung eine Erklärung für die finanziellen Hilfspakete und sind ihr ebenso eine sinnige Ansicht schuldig, sowie ein Reglement, welches die Politik vorantreibt. Das amerikanische Finanzamt und die Zentralbank haben ihre Hilfeleistungen für Bear Stearns, Fannie Mae, Freddie Mac, Lehman und AIG jedoch nicht gerechtfertigt, bzw. eine einheitliche Vorgehensweise angestrebt. Auch stellt sich die Frage, warum der Staat einen Anleihen Ankauf Ansatz verfolgte und nicht z.B. den Gedanken, einer Kapitalerhöhung in den Banken (vgl. Calomiris 2008: 59f.).

Calomiris kritisiert auch das Vorgehen der Reconstruction Finance Corporation, welches nicht nach Plan sei, sondern willkürlich (vgl. Calomiris 2008: 58f.).

Zeigte sich Obama anfänglich kritisch den Rettungsschirmen gegenüber, die auf eine Weise die alten Systeme festigten, brachte er folglich keine konstruktiven Ansichten hervor, für die Entstehung eines nachhaltigeren Systems (vgl. Stiglitz 2010: 35).

Stiglitz zeigt zudem den Widerspruch auf, dass das Land einerseits von Gesetzten regiert wird, die Interventionen der Fed jedoch auf der Ideologie eines Mannes, bzw. einigen Wenigen aufbauen. Die Reformen, zu denen es im Zuge der Krise kam, seien keineswegs ausreichend (vgl. Stiglitz 2010: 25f.).

Wenn eine Firma ihre Schulden nicht mehr bezahlen kann, dann geht sie Bankrott und deren Kreditgeber werden die neuen Eigentümer. Dieser Prozess ist Teil des Kapitalismus, passiert häufig und wäre eine faire Lösung für alle Gambler der Finanzkrise gewesen. Im Englischen spricht man diesbezüglich von “conservatorship“ oder “financial restructuring“ (vgl. Stiglitz 2010: 38f.).

Roubini und Mihim sind derselben Ansicht, haben nur einen anderen Namen dafür. So sind sie der Meinung, dass der radikale Ansatz namens “contingent capital“, das Potential hätte, Finanzmärkte zu stabilisieren, unmoralischem Handeln entgegenzuwirken und große, staatliche Finanzspritzen überflüssig zu machen. Investoren von Banken, würden im Falle der Zahlungsunfähigkeit der kreditaufnehmenden Bank, den Anspruch auf ihr Geld verlieren, jedoch Teilhaber der Bank werden (vgl. Roubini/Mihm 2010: 206f.).

Betreffend Rettungsinterventionen seitens der Fed und des Finanzministeriums stellte sich Calomiris die Frage, ob das Instrument der Kreditvergabe, das am besten geeignete sei oder ob anderwärtige Investitionen gerechtfertigt wären. Er sah in Langzeitkrediten und einer

dezenten staatlichen Vorgehensweise jedoch die wohlmöglich beste Taktik. Oder anders formuliert, dass der Staat nur bedingt unterstützt und Unternehmen für ihre Fehler selber Büßen müssen, damit die Risikofreudigkeit im Allgemeinen nicht zu groß wird (vgl. Calomiris 2008: 58f.).

Die Message vieler Wissenschaftler wird immer eindeutiger. Man müsse den Krisen Platz geben, damit sie gerechtere Strukturen schaffen können. Solange der Staat das nicht erkennt, wird durch sein Fehlverhalten, ökonomische Instabilität gefördert. Es braucht jedoch staatliche Regulierung an den richtigen Stellen, da bereits vorhandene, unfaire Verteilung, durch freie Märkte forciert wird.

Calomiris schlug im Weiteren die Erhöhung des amerikanischen Leitzinses vor, um für eine bessere Preisstabilität zu sorgen. Würde die Zentralbank (Fed) den niedrigen Zinssatz bei behalten, könnte sie in ihrem Interesse der Inflationsbekämpfung nicht ernst genommen werden (vgl. Calomiris 2008: 71).

Calomiris heißt die Instrumentalisierung von Minimumkapitalvorschriften gut. Im Falle einer Rezession, solle die Minimumgrenze gesenkt werden und im Falle der wirtschaftlichen Erholung, solle sie wieder angehoben werden (vgl. Calomiris 2008: 73).

Auch Zuckermann sieht in der Erhöhung des Eigenkapitales von Banken eine sinnvolle Maßnahme zur Vorbeugung von Krisen (vgl. Neumüller 2008: 403).

Es wäre auch wichtig, dass Banken von ihrer kurzfristigen Finanzierung wegkommen und stattdessen langfristige Kredite aufnehmen. Damit wäre ihre Geldbeschaffung übersichtlicher und stabiler. Des Weiteren sollten die Firmen der Finanzwelt ihre eigenen mathematischen Risikokalkulationsmodelle überdenken, denn bis dato haben diese die Wahrscheinlichkeiten von Krisen ausgeschlossen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 208).

Im Weiteren sprechen sich die beiden Autoren Roubini und Mihm für Folgendes aus. Beim Eintreten des Kollapses, sollte eine lockere Geldpolitik verfolgt, Kredite zur Verfügung gestellt und z.B. Steuern gesenkt werden. Längerfristig gesehen müssten jedoch die Schulden der verschiedenen Marktakteure abgebaut werden, damit der Geldfluss zwischen ihnen wieder entstehen könne. Die Sozialisierung der Verluste, das heißt, dass die Steuerzahler, durch kontinuierliche Rettungsprogramme alle Akteure am Leben erhalten, ist nicht zielführend. Im Großen und Ganzen müssten also Banken, Firmen und Haushalte Bankrott gehen, damit sich Stabilität wieder herstellen könne. Nach den weltweiten Hilfspakten müssten nun die toxischen Anlagen aus dem Verkehr gezogen werden und der Aufbau von Regulationen und internationalen Finanzinstitutionen forciert werden (vgl. Roubini/Mihm 2010: 57f.).

Die Regulierungsbehörden hätten die Hypothekenbanken z.B. zu einem Selbstbehalt ihrer

Kreditforderungen zwingen können. Diese entzogen sich jedoch immer mehr der Haftung (vgl. Konrad 2009: 19f.).

Morris betont hingegen, dass man Hedge Fonds z.B. nicht wirklich regulieren kann, denn die würden sich gegebenenfalls einfach im Ausland positionieren. Vielmehr solle man zwischen ihnen und Depotbanken, bzw. dem Finanzierungssystem eine Mauer aufbauen. Denn die von der Fed gesicherten Depotbanken sind wichtige Geldgeber am Finanzmarkt und eben auch für Hedge Fonds. Eine Regulierungsgrenze bezüglich her geborgten Geld, könnte dem exzessivem Treiben einiger Finanzmarktakteure also Einhalt gebieten (vgl. Morris 2008: 166). In den Finanzinstitutionen wurde das Risiko der verschiedenen Geschäftsbereiche unabhängig voneinander betrachtet. Es sollte also eine Risikoüberwachung geschaffen werden, welche interne Strukturen zusammenhängend betrachtet und in welcher der Überwachungschef Informationen direkt an den Vorstand weiterleitet (vgl. Roubini/Mihm 2010: 208f.).

Bis Jahre nach der Krise blieb die Kreation der "securities" ein Geheimnis. Niemand wusste aus was sie tatsächlich bestanden und Investoren verloren deswegen zunehmend das Interesse. Zusätzlich fehlt es an Standardisierungen. Die Strukturen und Berichte der Anlagen können völlig willkürlich gestaltet werden. Die Autoren sprechen sich für ein öffentliches Organ aus, das eine Reihe von Informationen über "Asset-Backed Securities" (ABS) fordern sollte, damit diese vergleichbar werden und einen gerechten Marktpreis erhalten können. CDOs, welche aus zig ABS erschaffen werden, sind so komplex, dass sie streng reguliert, bzw. abgeschafft werden müssten. In erster Line müssten jedoch die Kredite, aus denen die Anlagen kreiert werden, genauer kontrolliert werden. Es gibt für diesen Zweck genügend autorisierte Regierungsorganisationen, die dieser Aufgabe jedoch forcierter nachgehen müssten. Erste Schritte in diese Richtung wurden schon unternommen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 193f.). Die Regierung könne auch die flächendeckende Umstrukturierung des Managerbonussystems umsetzen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 189).

Um die Risikobereitschaft an der Wall Street und das damit verbundene "principal agent" Problem in den Griff zu bekommen, wäre die Einführung beschränkter Aktien, als Gegenstand der Mitarbeiterentlohnung sinnvoll. Die Aktien sollten über einen Zeitraum von mindestens einer Dekade gehalten werden müssen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 187).

Bonuszahlungen sollten langfristige Erfolge belohnen. Dafür könnte ein Pool geschaffen werden, der die Bonusgelder für z.B. drei Jahre sperrt. Würden die Geschäfte des Bankers, innerhalb dieses Zeitraumes, Verluste verzeichnen, würde er den Anspruch auf seinen Bonus wieder verlieren. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass Broker mit jenen Finanzmarktinstrumenten bezahlt würden, welche sie selber erschufen. Zusätzlich sollte den

Tradern verboten werden, gegen ihre eigens entworfenen Papiere zu spekulieren (vgl. Roubini/Mihm 2010: 187ff.).

Calomiris spricht sich für eine zentrale Stelle aus, welche ein Auge auf den Derivat Handel haben sollte. Dies würde zu mehr Risikotransparenz gegenüber Geschäftspartnern führen. So würden auf regulativer Ebene und im Sinne der Fehlerbehebung, Kosten eingespart werden (vgl. Calomiris 2008: 74f.).

Regulative Behörden brauchen keine Angst zu haben durch ein wirkungsvolles Kontrollsystem von Derivaten Wirtschaftswachstum zu bremsen. Eher das Gegenteil, denn sie stellen eine Gefahr für die globale Ökonomie da (vgl. Roubini/Mihm 2010: 203).

Nach all den aufgezählten Möglichkeiten, die Obama gehabt hätte, erkennt Stiglitz die Fortsetzung des alten politischen Kurses, welche er als eine Art Konfliktvermeidung in harten Zeiten definiert. Diese Taktik widersprach Obamas Argumenten aus dem Wahlkampf (vgl. Stiglitz 2010: 38f.).

Stiglitz ist der Meinung, dass in vielen Bereichen nur kosmetische Korrekturen vorgenommen wurden und, dass die großen Banken weiterhin große Freiheiten genießen würden. Der republikanische Kurs der Deregulation kann zudem nur durch starken Konsens gestoppt werden (vgl. Stiglitz 2010: 296f.).

Indem Stiglitz sich etwas widerspricht, bestätigt er meine These, dass der Marktfundamentalismus möglicherweise an Importanz verlor, diese Ideologie jedoch, wenn überhaupt, nur langsam verschwinden wird. Denn der Konsens von dem Stiglitz schreibt, muss erst einmal entstehen. Natürlich muss dem Konzept Regulierung ja, aber im Sinne der Reichen, Beachtung geschenkt werden. Sieht die Zukunft so aus, dann dürfte das Sterben des freie Märkte Dogma nicht wirklich positiv zu sehen sein.

Jahre nach der Krise schien das politische System versagt zu haben ein gerechteres Wirtschaftssystem anzupeilen und dadurch wurden im Endeffekt die Proteste der Occupy-Wall-Street-Bewegung ausgelöst (vgl. Stiglitz 2012: 20).

“[...]: Den öffentlichen Diskurs und das Denken von einfachen Bürgern wie auch Politikern haben diese jungen Demonstranten bereits verändert“ (Stiglitz 2012: 22).

Die immer größer werdende, ungleiche Verteilung zwischen Armen und Reichen untergräbt eine gut funktionierende Ökonomie. Denn das Geld das Reiche horten, würden andere ausgeben und damit die Wirtschaft stimulieren (vgl. Stiglitz 2010: 191).

Die Meinungen im Zentralbankvorstand gehen auseinander. Im Zuge der Großen Rezession (Krise 2008) rückte die Arbeitslosigkeit vermehrt ins Zentrum der Diskussion, anstatt der

Inflation. Auch dürfte man sich darüber einig geworden sein, dass die mangelnde Nachfrage das größte Problem der Wirtschaft ist (vgl. Stiglitz 2012: 324).

4. Globaler Kontext

Dieser Teil meiner Diplomarbeit soll die globalen Machtverhältnisse und Entwicklungen in einem sehr eingeschränkten Rahmen darlegen. Wie wichtig es auch sein mag, die Finanzmärkte auf nationaler Ebene zu regulieren, so scheint ein globales Regelnetzwerk unausweichlich zu sein, um stabile Ökonomien zu erschaffen. Ein paar Überlegungen dazu, werde ich in diesem Kapitel aufgreifen.

“[...] the United States is the biggest, most powerful economy in the world, and when its gets sick, countries that depend on its insatiable demand for everything from raw commodities to finished consumer goods find themselves in trouble too“ (Roubini/Mihm 2010: 115).

Dieses Zitat verdeutlicht den großen Einfluss der USA und unterstreicht den globalen Zusammenhang verschiedener, nationaler Ökonomien.

Den Wert der US-amerikanischen Wirtschaft definierte Stiglitz auf 14 Billionen Dollar (vgl. Stiglitz 2010: 63).

Nach einem Jahrhundert mit positiver Handelsbilanz, bzw. Staatsbilanz, geriet der US-amerikanische Staatshaushalt zur Jahrtausendwende ziemlich ins Trudeln. 2006 wurde ein Defizit von 800 Milliarden Dollar verzeichnet, wobei 750 Milliarden Dollar auf ein Handelsdefizit zurückzuführen waren. Das waren 6% des US-amerikanischen BIP (vgl. Morris 2008: 89).

Noch zehn Jahre bevor der US-amerikanische Budgethaushalt in zunehmende Schwierigkeiten gelangte, war die Bilanz positiv, wobei die Befürchtung bestand, dass die USA schuldenfrei wird und das wichtigste Instrument der Federal Reserve (Fed), der Leitzins, damit verloren ginge. Alan Greenspan setzte sich somit für das Steuerprogramm 2001 von Bush ein, von welchem hauptsächlich Wohlhabende profitierten. Aber auch andere Faktoren führten zu dem massiven Budgetdefizit, wie z.B. der Irakkrieg oder der Afghanistankonflikt (vgl. Stiglitz 2012: 276f.).

Bevor die Finanzwelt kollabierte, machte die US-amerikanische Wirtschaftsleistung ein Viertel der globalen aus. Durch die 700 Milliarden Dollar Schulden, die das Land hatte, wurde sein Anteil an der weltweiten Ökonomie noch größer (vgl. Roubini/Mihm 2010: 121).

Das vor allem seit 2000 entstandene Defizit wird von der restlichen Welt finanziert. So beliefen sich die von Fremdstaaten gehaltenen Dollarreserven im Jahr 2006 auf 5 Billionen Dollar. Bernanke definierte diese Entwicklungen als natürlich und stabil (vgl. Morris 2008: 91).

2011 waren 10 Billionen Dollar in US-Staatsanleihen angelegt (vgl. Berger 2011: 11).

Die Taktik der Schwellenländer, Geldreserven zu horten, um im Falle einer globalen Rezession abgesichert zu sein, hat einen negativen Einfluss auf die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. In der Zeit vor der Krise, wurden jährlich ca. eine halbe Billion zur Seite gelegt (vgl. Stiglitz 2010: 20).

So dürfte auch China eine Rolle bei der Entwicklung der Finanzkrise gespielt haben. Durch die billigen chinesischen Importe fühlte sich die amerikanische Zentralbank in ihrer niedrigen Zinspolitik bestärkt. China kaufte zudem noch US-amerikanische Staatspapiere (vgl. Konrad 2009: 19f.).

Die freie Geldpolitik in der USA resultierte also aus den großen Mengen an Dollarreserven, die andere Länder besaßen. So beschreibt Morris, dass die Ursachen der Immobilienkrise in China liegen würden, da China eben die größten Dollarreserven besitzt (vgl. Morris 2008: 93). China hat 1,5 Billionen Dollar an die USA geborgt und würde unter dem Wertverlust des Dollar demensprechend leiden (vgl. Stiglitz 2010: 138).

Auch Roubini und Mihm beschreiben das Verhalten Chinas:

“China, for example, has sunk hundreds of billions of dollars into low-yield U.S. Treasury bonds in order to keep its currency cheap and its exports affordable“ (Roubini/Mihm 2010: 248).

China und die USA sind somit voneinander Abhängig. China kauft die US-amerikanischen Schulden, damit wird der Wert der chinesischen Währung gering gehalten, wodurch die USA sich weiterhin die chinesischen Güter leisten kann. Um einen Kollaps dieses Systems zu verhindern müssten sich die beiden Wirtschaften voneinander entfernen. China müsste mehr wie die USA werden und diese müsste ihren Haushalt wieder in Ordnung bringen. Die aufsteigenden, asiatischen Staaten müssten also ihre Währungen steigen lassen und den Konsum ihrer Bevölkerung vorantreiben (vgl. Roubini/Mihm 2010: 253f.).

Die Fed und das US-amerikanische Finanzamt waren sich über die Eingänge chinesischer Gelder im Klaren und entschieden sich bewusst für eine freie Geldpolitik (vgl. Morris 2008: 98).

Mit der Phase der großen Verschuldung der USA ging auch jene des Werteverfalles des Dollar einher (vgl. Morris 2008: 93).

Nach der Krise hat sich das Bilanzdefizit der USA zwar verkleinert, in absehbarer Zukunft ist jedoch keine positive Bilanz zu erreichen. So werden es die Schwellenländer sein, welche die Industriestaaten finanzieren werden (vgl. Roubini/Mihm 2010: 247).

Sind Länder wie China nicht mehr bereit die Defizite der USA auszugleichen, müsste der Leitzins erhöht werden. In Zeiten der Krise, hätte dies einen bitteren Beigeschmack. Die Fed könnte außer den Zins wieder geringfügig zu senken, nicht viel tun (vgl. Morris 2008: 95). Zwischen 2002 und 2007 stieg der Ölpreis von 30 Dollar pro Barrel auf 100 Dollar pro Barrel. Die OPEC Staaten investierten ihre Gewinne weiterhin in US-Treasuries (Schatzanleihen). Russland war einer der Ersten, die diese Investitionsstrategie änderten und damit aufhörten US-Dollaranleihen zu kaufen (vgl. Morris 2008: 97).

Stützen Sparer aus aller Welt, z.B. europäische Länder oder Chinesen, die Amerikaner in ihrem Tun und stabilisieren so zu sagen das US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit, kann man sie deswegen nicht dafür verantwortlich machen. Die Steuersenkungen die George W. Bush durch setzte, können schon eher als Grund für die finanziellen Schwierigkeiten der USA betrachtet werden. Der Technologieboom aus den 1990er und der Häuserboom, führten zu mehr Konsum, ausländischen Investition in die USA und zu geringeren Ambitionen bezüglich Sparen. Die Regierung förderte die Prozesse, anstatt sie zu regulieren und so wurde das Bilanzdefizit immer größer (vgl. Roubini/Mihm 2010: 249f.).

Für Roubini und Mihm war die Finanzkrise, sowie das Chaos das Island 2008 heimsuchte und das auch eventuell Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien und Groß Britannien bevorsteht, ein vergleichbar geringes Übel, im Gegensatz zu jenem, das der Welt bevorstünde, wenn der Dollar große Verluste verzeichnen würde (vgl. Roubini/Mihm 2010: 255).

Trotz der Haushaltsprobleme der USA, vor allem seit Beginn der Krise 2007, zog die restliche Welt ihr Geld dennoch nicht ab, der Dollar blieb relativ stabil und auch der Markt für US-amerikanische Schatzanleihen knickte nicht ein (vgl. Zimmermann 2012: 105).

Folgendes Zitat lässt aber über eine andere Theorie nachdenken:

”Possibly the United States may follow in the footsteps of Britain, whose power—and currency—ebbed over many decades” (Roubini/Mihm 2010: 257).

Ende der 1990er hielt das Ausland durchschnittlich 67% aller Reserven als Dollar. Ende 2009 waren nur 37% der neu hinterlegten Reserven in Dollar. 1872 wurde England von der USA als größte Wirtschaftsmacht abgelöst, der Pfund als wichtigste Währung hielt sich aber noch ein dreiviertel Jahrhundert. Obwohl die Autoren hoffen, dass der Dollar auch so langsam abgelöst wird, könnte die rasante Entwicklung Chinas diesen Prozess durchaus beschleunigen. 2011 hätte Japan als zweit stärkste Wirtschaft abgelöst werden können und die USA könnte auch

bald von ihrem Thron verdrängt werden. War seitjeher das globale Währungssystem an den Wert von Gold gebunden, wurde dieses durch den Dollar ersetzt. Diese Tatsache dürfte den Verfall des Dollars so gefährlich machen. Kommen Republikaner und Demokraten auf keinen gemeinsamen Nenner, bliebe als letzter Ausweg nur noch der Druck von mehr Dollar und dies würde zu dessen Wertverlust, sowie dem Abzug von Investoren führen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 256ff.).

Dieses Zitat unterstreicht, weshalb sich die USA in jene Situation brachte, in welcher sie sich nun befindet:

“But the United States obviously has no need to hold reserves, since it can simply print dollar bills“ (Stiglitz 2010: 234).

Auf der Suche nach einer neuen Leitwährung scheinen die Währungen Englands, Japans, der Schweiz oder der Euro keine Alternativen zu sein, da diese Länder sich in einer Rezession befinden. Die Rückkehr zu Gold ist auch keine Lösung, da sein Wert steigt und eine konstante Menge davon existiert. Der chinesische Yuan könnte die wohl beste Alternative zum Dollar sein. China weist eine starke und stabile Wirtschaft auf, zudem hat es bereits Schritte unternommen, um seine Währung international zu festigen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 258f.). Ob China will, dass der Yuan die neue, dominante Währung wird, ist eine andere Geschichte. Es würde dem Land eventuell zu viele Nachteile bescheren, wie z.B. die Steigerung des Wertes des Yuans und damit verbundene Exporteinbußen, da sich andere Länder die chinesischen Produkte nicht mehr leisten könnten. Eine weitere Möglichkeit wäre die Einführung des Special Drawing Rights (SDR), einer immateriellen Währung, die der IMF für Berechnungen nutzt und der der Dollar, der Euro, der Yuan und der Pfund als Grundlage dienen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 260).

Die Einführung einer globalen Reserven-Währung, würde den Verfall des Dollar mit sich bringen, was wiederum einen Anstieg der US Exporte zur Folge hätte. Die USA würde gleichzeitig weniger Importieren und die globale Nachfrage würde sich damit stabilisieren. Ebenso würde die Aufnahme von neuen Krediten teurer werden. In ihrer Gesamtheit würden diese Gegebenheiten zu der Verringerung des US-amerikanischen Budgetdefizits beitragen (vgl. Stiglitz 2010: 233).

Roubini und Mihm sehen eine internationale Einführung des SDR als unwahrscheinlich an. Auf der Suche nach einem stabileren Ersatz für den Dollar, wird jedoch die Hilfe von internationalen Organisationen nötig sein und in diesem Sinne gehöre zunächst einmal der IMF reformiert (vgl. Roubini/Mihm 2010: 261).

Wird keine internationale Reservewährung eingeführt, wird es zu einem multiplen Reserven Währungssystem kommen, das Instabilität fördert (vgl. Stiglitz 2010: 234).

Aufstrebende Staaten sind also oftmals auf der Suche nach Währungsreserven. Sie kaufen z.B. Dollars, um ihren Leistungsbilanzüberschuss sinnvoll zu investieren und um sich einen Polster für harte Zeiten zurechtzulegen. Dies fördert jedoch den Prozess, dass ein Land sich immer mehr verschuldet und eventuell Zahlungsunfähig wird. Diese globalen Ungleichgewichte sind große Gefahren für die Ökonomie und so gilt es ihnen entgegenzuwirken. Zusammenarbeit auf internationaler Ebene und ein globaler Kreditgeber, der aufstrebenden Staaten Sicherheit bietet, müssten angestrebt werden. Auch die Idee des SDR wird von Autoren unterstützt, er sollte z.B. Dollar Reserven ersetzen. Das aktuelle System beschreiben sie als unvorteilhaft für alle Nationen, denn jeder verfolge nur kurzfristige, nationale Ziele (vgl. Roubini/Mihm 2010: 262f.).

Obwohl Globalisierung die Länder vermehrt miteinander in Kontakt brachte, wurde keine wesentliche, ökonomische Zusammenarbeit angestrebt. Die Krise, aber auch andere Bereiche, zeigten einen enormen Mangel an internationaler Zusammenarbeit (vgl. Stiglitz 2010: 210). Eine Reihe von Reformen ist nötig, um das globale Finanzsystem resistenter vor Krisen zu machen. Es sollte die Zusammenarbeit von Zentralbanken forciert, Regulationen für alle Finanzmarktakteure eingeführt, Eigenkapitalgrenzen erhöht und die enormen Kosten von Rettungsaktionen eingedämmt werden (vgl. Roubini/Mihm 2010: 9f.).

Wird kein global geltendes Regulationssystem angestrebt, werden sich Firmen und deren Vermögen dort ansiedeln, wo die geringsten Einschränkungen existieren (vgl. Stiglitz 2010: 216).

Ein transparentes, globales Finanzsystem würde auch den Entwicklungsländern zu Gute kommen, weil korrupte Diktatoren ihr Geld schwerer ins Ausland verschieben könnten (vgl. Stiglitz 2010: 217).

Kritisch zu beäugeln ist vor allem die Messeinheit für ökonomischen Wohlstand. Jedes Land misst seinen Erfolg am eigenen BIP und versucht diesen Wert zu steigern. Ob der Erfolg der Menschheit, zu dem mit Sicherheit auch die Zufriedenheit gehört, damit angestrebt wird, lässt sich jedoch in Frage stellen. Welchen Preis haben die steigenden BIPs, die durch massive Ressourcenausbeutung erwirtschaftet werden? Aktuell bringen sie beispiellosen Wohlstand, künftig wird es aber an Ressourcen fehlen. Wir leben also auf Kosten zukünftiger Generationen, nur damit unser BIP hoch ist (vgl. Stiglitz 2010: 283f.).

Die USA haben die höchste Inhaftierungsrate der Welt, die dazu führte, dass 2,3 Millionen hinter Gittern sitzen, was wiederum dem Staat sehr teuer kommt. Dass das BIP durch diese

Mehrausgaben erhöht wird, sollte kein Trost sein, sondern zeigt vielmehr, dass das BIP nur wenig Aussage über das Wohlergehen einer Gesellschaft hat (vgl. Stiglitz 2012: 45).

Trotz der großen Macht, die die Reichen haben, können sie nicht alles kontrollieren. Manche Erkenntnisse entwickeln eine gewisse Eigendynamik. So erkennen z.B. viele Staaten bereits, dass das BIP ein schlechter Indikator dafür ist, welche Zustände in einem Land herrschen und suchen nach alternativen Maßeinheiten (vgl. Stiglitz 2012: 249).

Das Problem des International Monetary Fond (IMF) ist seine organisatorische Beschaffenheit. Sprich haben die europäischen Länder trotz geringerer Wirtschaftsleistung und Bevölkerungszahlen, mehr zu sagen im IMF. Zudem wird die Welt Bank von einem Amerikaner geleitet. Diese Vormachtstellungen wollen jedoch nicht aufgegeben werden und auch der IMF selber hat zu wenig Einfluss auf die USA, China und Europa (vgl. Roubini/Mihm 2010: 262).

Der IMF trug zu der Entstehung einer globalen Finanzblase bei, in dem er sich für Deregulation einsetzte. Diese Politik der freien Märkte versuchte er in jedem Land einzuführen und so bekamen viele Länder eine Abneigung gegen die IMF Kredite. Im Zuge der Krise und der Besetzung des Managing Direktors durch Dominique Strauss-Kahn, reformierte der IMF seine Vorgehensweisen. Viele Programme änderten sich grundlegend, einige Länder müssen jedoch noch immer mit strengen Konditionen rechnen (vgl. Stiglitz 2010: 214f.).

Zum Glück wurde allgemein anerkannt, dass der IMF reformiert gehört und so wurden erste Schritte in diese Richtung unternommen und weitere wurden ins Auge gefasst. Es sind jedoch Akteure, wie die EZB, die eine Politik im Zeichen der Steuerzahler erschweren (vgl. Stiglitz 2012: 245).

In Zukunft werden es nicht nur mehr die G-7 Staaten sein, welche über die Handhabung künftiger Krisen entscheiden werden, sondern vor allem auch die G-20 mit Brasilien, Indien, China und Russland, sowie neue Akteure am weltweiten Finanzmarkt, wie z.B. "sovereign wealth funds" (vgl. Roubini/Mihm 2010: 10).

Die USA, Kanada, Italien, Frankreich, Deutschland, das Vereinte Königreich und Japan bilden die G-7. Selbst diese vermeintlich kleine Gruppe tat sich schwer, vor allem in Abwesenheit formeller Rahmenbedingungen, globale Politik zu betreiben, bzw. das monetäre System zu verändern. Die G-20, mit unter anderem Brasilien oder Saudi Arabien als Mitglieder, dürften dieser Aufgabe umso weniger gewachsen sein (vgl. Roubini/Mihm 2010: 261f.).

Die sinkende Nachfrage der Amerikaner spielte eine Rolle, dass Chinas Wirtschaft Verluste erlitt, denn dieses exportierte viele elektronische Güter in die USA. Viele asiatische Staaten, die in die chinesischen Produktionsketten miteingebunden waren, erlitten dadurch auch Verluste (vgl. Roubini/Mihm 2010: 121).

Doch abgesehen von jenen in Europa, überlebten die aufstrebenden Länder die Krise recht gut. Sie hatten aus den vielen Krisen, die sie erschüttert haben, gelernt und ihr Finanzsystem nachhaltig gestaltet (vgl. Roubini/Mihm 2010: 285).

Stellten die G-20 eine Billion Dollar zu Verfügung, die in Form von IMF Krediten an arme Länder hätte gehen sollen, nahmen diese nur ungern weitere Schulden auf, da sie ihren Schuldenberg gerade erst reduzieren konnten. Die Krise traf sie jedoch hart und Zuschüsse, die sie nicht zurückzahlen hätten müssen, wären wohl die beste Lösung gewesen, um das schlimmste zu verhindern (vgl. Stiglitz 2010: 214).

Die WTO verpflichtete die Staaten, Banken in ihre Märkte zu lassen und ebenso ihre Möglichkeiten, einen rechtlichen Rahmen für den Markt nach eigenen Vorstellungen zu erschaffen, einzuschränken. Das Handelsabkommen der Uruguay-Runde verpflichtete die Länder eine Reihe von Schutzrechten für geistiges Eigentum anzunehmen, die den freien Austausch von Wissen einschränken sollten. Was in dem Fall schlecht für die Forschung und die armen Länder ist, stärkt die monopolmacht von Konzernen (vgl. Stiglitz 2012: 195).

Auf der anderen Seite hält die USA die Steuern auf Importe gering, bekommen die heimischen Konzerne Konkurrenz. Würden alle Länder diesem Beispiel folgen, entstünde ein fairer globaler Markt. Die USA z.B. greift ihren Unternehmen jedoch unter die Arme. Mal offensichtlicher, in Form von Subventionen oder versteckter durch Steuererleichterungen. Unter Bush wurden z.B. die Agrarförderungen verdoppelt und so erhielten 2006, 27.000 Baumwollbauern 2,4 Milliarden Dollar. Diese Aktion verstößt gegen internationales Handelsrecht und verschlechtert die Lage von Millionen von Bauern in den Entwicklungsländern (vgl. Stiglitz 2010: 199).

Also, auf den Punkt gebracht:

“It [die USA] must turn away from protectionism and the bilateral trade agreements of the Bush era“ (Stiglitz 2010: 235).

Folgendes Zitat beschreibt die These Roubinis und Mihms, dass die USA an Macht verlieren wird und es dadurch vermehrt zu Krisen kommen wird:

“As American power erodes in the coming years, crises may become more frequent and virulent, absent a strong superpower that can cooperate with other emerging powers to bring the same stability to the global economy” (Roubini/Mihm 2010: 267).

Durch die Globalisierung und damit verbundene Entwicklungen, wie z.B. der freie Verkehr von Kapital, fing ein Wettbewerb unter Staaten an, wobei jene mit den niedrigsten Steuern und schlechtesten Regulierungssystemen, die meisten Unternehmen ins Land holen (vgl. Stiglitz 2012: 97f.).

Die Entwicklungen der letzten Dekaden bewirkten also eine Art Teufelskreislauf der Deregulation.

Die Finanzmärkte sind in der mächtigen Position, jedes Land, das am Markt Geld aufnimmt, stark unter Druck zu setzen. Sie können die Kreditwürdigkeit herabstufen, Kapital abziehen oder Zinsen erhöhen (vgl. Stiglitz 2012: 194).

Die Märkte kontrollieren zudem die Mengen der Nahrungsmittelproduktion, beeinflussen dadurch den Handel mit ihnen und so werden sie für die Ärmsten oft unerschwinglich teuer, während die G8 nicht viel dagegen tun können. Auch dem IMF, der WTO und der Welt Bank stehen diese Gegenkräfte gegenüber (vgl. Strategic Direction 2009: 13f.).

Somit gilt, solange kein globales Reglement, das auch nationale Verpflichtungen fordert, für den ganzen Planeten Gesetz wird, werden die weltweiten Entwicklungen stark von den mächtigen Marktakteuren geprägt sein.

Flüchten Investoren aus der USA, führt dies zu einer Abwertung des Dollars. So hat auch die stärkste Wirtschaft der Erde mit diesen Problemen zu kämpfen, trägt aber auch einen Teil dazu bei, dass kaum Veränderungen stattfinden. Die Interventionen der Fed (ein Leitzins der knapp über 0% liegt, der Kauf von verschiedenen Anlagen und Schulden von Fannie Mae und Freddie Mac) schufen die Basis des "carry trades". Bei diesem, borgen sich Investoren Dollar und investieren sie in ausländische Märkte. Durch den Fall des Dollars müssen sie im Endeffekt weniger zurückzahlen als sie sich ausborgten. Fängt der Dollar jedoch zu steigen an, bekommen diese Investoren ein Problem, vor allem wenn er rasant steigt. So entstand eine neue Blase, die zum Platzen verurteilt ist (vgl. Roubini/Mihm 2010: 290f.).

Auch erweckt es den Anschein, dass die Länderratings auf die Interessen der privaten, US-amerikanischen Zentralbank zugeschnitten sind. Im Mittelpunkt steht das Vorhaben, den Dollar als globale Leitwährung zu manifestieren. Das "downrating" Griechenlands und Spaniens stabilisierte beispielsweise den Dollar (vgl. Berger 2011: 9).

Im Gegensatz zu Europa, nutze die USA nicht ihre Macht, um eine faire, globalisierte Welt zu schaffen. Stattdessen verfolgte sie eigen Interessen und jene bestimmter Gruppen (vgl. Stiglitz 2010: 236).

China wiederum investierte mehr als die Welt Bank und die afrikanische Entwicklungsbank zusammen in Afrika. So entstand eine neue Infrastruktur. Viele Städte sind nun durch

Autobahnen verbunden. Auch in anderen Bereichen investierte China, sowie in anderen Ländern und Kontinenten und verhalf damit vielen Entwicklungsländern zu nie dagewesenem Wirtschaftswachstum (vgl. Stiglitz 2010: 224).

Durch die Veränderungen, die die Globalisierung mit sich brachte, wurde der Lebensstandard von vielen Millionen Menschen aus den Schwellenländern angehoben und diese damit aus der Armut befreit. Die Tatsache aber, dass 2,5 Milliarden Chinesen und Inder, plus 2 Milliarden weitere Menschen aus anderen aufstrebenden Ländern, in die globale Ökonomie integriert werden, scheint ungeheures Veränderungspotential zu haben, sowie kann es bei diesem Prozess auch zu Problemen für den ganzen Globus kommen. Wird dieser Prozess nicht reguliert, wird er unweigerlich zu Konflikten führen. Trotz der Globalisierung finden die Regulierungsprozesse nur auf nationaler Ebene statt. Das heißt, solange auch diese Prozesse nicht globalisiert werden, werden Krisen vermehrt auf fruchtbaren Boden stoßen (vgl. Roubini/Mihm 2010: 299f.).

Im Zuge der Globalisierung ist es zu einem Unterbietungswettbewerb gekommen. Würde die USA ein Zeichen setzen, diesen zu beenden, hätte dies auf den Prozess weitreichende Folgen. Arbeitsrechte und Bedingungen müssten verbessert, Finanzmärkte stärker reguliert und Umweltschutz vorangetrieben werden (vgl. Stiglitz 2012: 357).

Die Drohungen der Finanzinstitute, dass sie ins Ausland abwandern, könnte man eigentlich auch ignorieren. Denn viele ihrer Misswirtschaften würden kaum fehlen und jene, die heimische Firmen mit Krediten versorgen, müssen sowieso bleiben (vgl. Stiglitz 2012: 197). Das globale Netzwerk ist geprägt von nationalen Politiken und Marktakteuren, die diesen unterliegen. Durch die zunehmenden Freiheiten dieser Akteure, könne sie verschiedene Standortvorteile ausnutzen und so gewinnt ein global geltendes Reglement immer mehr an Bedeutung. Einige Dinge sind für Unternehmen von zentraler Bedeutung, damit sie immer mächtiger werden können und den Rest der Menschheit weiterhin unterdrücken können. Logischerweise ist die Monopolmacht etwas ganz besonderes in diesem Zusammenhang. Neben staatlich vergebenen Monopolen, gibt es auch jene, bei denen Standardisierung eine Rolle spielt. Der Einfachheit halber verwendet die Welt hauptsächlich nur ein Betriebssystem, und zwar Microsoft. Microsoft kämpft ständig dafür, diese vorherrschende Stellung aufrecht zu erhalten und kann aufgrund der zentralen Bedeutung eines Betriebssystems, sein Monopol auf anderen Ebenen der Branche immer weiter ausbauen. Für den Wettbewerb und damit auch für eine gut funktionierende Wirtschaft, bedeutet dies nichts Gutes. 2011 erwirtschaftete Microsoft 23 Milliarden Dollar. Jene, die früh genug in Aktien investierten, wurden somit reich (vgl. Stiglitz 2012: 80f.).

Dass die USA mehr für ihr Militär ausgibt, als die restliche Welt zusammen, zeigt auch die enorme Bedeutung des militärischen Industriezweiges (vgl. Stiglitz 2012: 198).

Allein diese Ausführung gibt zu denken auf. Warum fließt so viel Geld in Gegenstände und Organisationen die zerstören. Dass die Welt Probleme hat ist offensichtlich und vielleicht müssen auch manchmal alle zusammenhelfen und sogar gemeinsam Krieg führen, das Ziel sollte jedoch sein, Dinge die Zerstören von diesem Planeten zu verbannen und jene zu fördern, die das Leben forcieren.

5. Conclusio

Gab mir zunächst der Film Indise Job die Motivation eine Arbeit über die Ungerechtigkeiten zu schreiben, zu denen der Finanzsektor in hohem Maß beiträgt, nahm mein Vorhaben ganz andere Dimensionen an. Vielleicht ist mir jetzt erst klar geworden, dass mein Anliegen es war, die Ursachen für diese Ungerechtigkeiten herauszufinden. Es kann ja was nicht stimmen, wenn Menschen ihre Häuser verlieren, während andere hunderte von Millionen von Dollar besitzen. War es zunächst der Zugang zur US-amerikanischen Finanzwelt, den ich suchte, gelangte ich mit einer rein wirtschaftlichen Perspektive schnell an Grenzen. Umso mehr ich mich mit der Materie befasste, umso klarer wurde mir die Importanz des politischen Systems. Die aktuelle Literatur entspricht sehr meinen Vorstellungen. Ich konnte meine Fragen stets beantworten, wobei man in viele Bereiche noch viel tiefer eintauchen könnte. Ich habe also versucht zu verstehen, wieviel Geld und wodurch, wer, in diesem Bereich verdient. Grob gesagt galt es zu verstehen wie es zu der Krise von 2008 kam. Es waren also die Finanzinstitute, die immer mehr Kredite vergaben, um diese gebündelt als Anlagen weiterzuverkaufen. Der springende Punkt ist jedoch, dass die US-Politik, das immer größer werdende Risiko zuließ. 25 Jahre wurden Regulationen abgebaut und freie Märkte propagiert, wobei die USA ihre Ökonomie auf vielfacher Weise subventionierte. Auch die Reichen kamen in den Genuss spezieller Steuerbegünstigungen. Und das Puzzlestück, das alles zusammenfügt, dürfte die Fed sein, deren Vorsitz Alan Greenspan 19 Jahre lang, bis 2006 einnahm. Das alles klingt nach einer großen Verschwörung gegen das US-amerikanische Volk. Auch das die Kluft zwischen Armen und Reichen immer größer wird ist kein gutes Zeichen. Manche Wirtschaftsakteure besitzen so viel Geld das ihre Macht uneingeschränkt erscheint. Da Politiker Geld brauchen, um ihre Machtpositionen zu festigen und die Vermögen von Unternehmen, wie jene von Privatleuten, den Schutz von Politikern, scheint die Symbiose perfekt. Das Prinzip, ein Dollar eine Stimme, scheint schon längst Realität zu sein. So

gesehen war es eigentlich gut, dass es zur Krise kam, da es ja ein Zeichen war das vieles falsch läuft. Man hätte sogar schadenfreudig sein können als die komplexen Kreditstrukturen und mit ihnen quasi das ganze System zusammenbrachen. Das Lachen verging einem jedoch schnell wieder, als klar wurde, dass unter den größten Verlieren auch Institutionen waren, wie Pensionsversicherungen. Obwohl die hunderten von Milliarden von Dollar an Steuergeldern, die für die Rettung des Finanzsystems bereitgestellt wurden, im Allgemeinen positiv zu sehen sind, wurde damit im großen Umfang Banken geholfen, die die Krise verursachten. Die große Frage ist nun, ob das Dogma der freien Märkte tatsächlich mit der Krise unterging. Ob meine These, dass der Marktfundamentalismus, wenn überhaupt, nur langsam verschwinden wird, dem wissenschaftlichen Stand der Dinge entspricht, bleibt zunächst einmal offen. Meine Arbeit zeigt jedoch Anzeichen dafür, dass ein Paradigmenwechsel möglicherweise stattfindet. Der neue Geist würde dann für mehr Regulationen plädieren. Ich konnte jedoch auch aufzeigen das Wohlhabende sehr großen Einfluss auf die Entstehungsprozesse von Regulationen haben und diese oft in ihrem Sinne gestaltet werden. Wären da freie Märkte nicht doch vorzuziehen? Ein Steuer und Regulationssystem, das den Reichen dient, kaum vorzustellen, wohl oder übel aber Realität. In Anlehnung an meine Arbeit und den Film Inside Job, stelle ich nun die leicht verallgemeinernde Hypothese auf, dass die Bessergestellten unserer Gesellschaft den Bezug zur Menschlichkeit verloren haben, Angst haben selber zu den Verlieren zu gehören und einen materiellen Luxus anstreben, der jegliche Perversität übersteigt. Doch die Hoffnung stirbt zuletzt und vielleicht braucht alles nur seine Zeit. Es sollte jedoch bewusst sein, dass umso länger der Prozess dauert, dass die Menschheit eine Gemeinschaft wird, in der das Leben mit Respekt behandelt wird, umso größer wird die Zahl der Opfer. Evolution hat seinen Preis, welchen die Menschen gerne sehr hoch halten. Es ist aber auch leicht, Wohlhabenden puren Egoismus vorzuwerfen. Es liegt also am Staat für Gerechtigkeit zu sorgen. Korruption und Förderung einer Elite sind für ein demokratisches System inakzeptabel. Da die US-amerikanische Wirtschaft im starken Zusammenhang mit jenen anderer Staaten steht und globale Institutionen von großer Bedeutung für das Wohl aller Menschen sind, wollte ich diese Aspekte nicht ganz ausblenden. Dabei interessierten mich wichtige Entwicklungen, die das Leben auf der Erde prägen werden. Wie die Geschichte des US-amerikanischen Defizits und des chinesischen Produktionswahnsinns weitergeht, kann nur geahnt werden. Die Welt braucht zumindest ein global geltendes Regelnetzwerk, welches durch einen fairen Prozess entstanden ist und eine nachhaltige Entwicklung, im Sinne aller organischer Lebensformen anstrebt. Mit jenen, die in Geld schwimmen, darf man kein Mitleid

haben. Die Forschung für eine umweltfreundliche Lebensweise muss in den Brennpunkt gelangen und die Umverteilung muss einsetzen.

6. Bibliographie

Bauer, Peter (2008): Hedge-Fonds als große Gewinner der Finanzkrise.

http://diepresse.com/home/wirtschaft/finanzkrise/376966/HedgeFonds_Grosse-Gewinner-der-Finanzkrise. [Zugriff: 23.10.2013]

Berger, Wolfgang (2011): Die Finanzwelt auf der Titanic: Tanzen solange die Musik spielt.

www.humane-wirtschaft.de: 05/2011.

Bebchuk, Lucian A./Spamann, Holger (2010): REGULATING BANKERS' PAY.

Cambridge: Harvard Law School, Georgetown Law Journal, Vol. 98, pp. 247-287.

http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1410072

Calomiris, Charles W. (2008): The Subprime Turmoil: What's Old, What's New, and What's Next. <https://www.imf.org/external/np/res/seminars/2008/arc/pdf/CWC.pdf>

Cormier, Zachary (2010): WAS THE CONGRESSIONAL GRANT OF „BAILOUT " AUTHORITY TO TREASURY SECRETARY HENRY PAULSON REALLY SO “UNPRECEDENTED?”: A HISTORICAL ANALYSIS AND COMPARISON OF TREASURY SECRETARY AUTHORITY DURING FINANCIAL CRISIS. BUSINESS, ENTREPRENEURSHIP, & THE LAW: Vol. III:II.

<http://law.pepperdine.edu/jbel/online-publications/Cormier.pdf>

Goldstein, Matthew/Ablan, Jennifer/Herbst-Bayliss, Svea (2011): THE PERILS OF PAULSON. New York/Boston: Reuters.

<http://graphics.thomsonreuters.com/11/08/Paulson.pdf>

Graafland, Johan J./Van de Ven, Bert W. (2011): The Credit Crisis and the Moral Responsibility of Professionals in Finance. Springer: Journal of Business Ethics 103, 605–619.

<http://molar.crb.ucp.pt/cursos/2%C2%BA%20Ciclo%20->

[%20Mestrados/Gest%C3%A3o/2011-13/EERS_1113/Artigos%20para%20recens%C3%A3o/ProQuest_2482550861-The%20Credit%20Crisis%20and%20the%20Moral%20Responsability%20of%20Professionals%20in%20Finance.pdf](#)

Konrad-Adenauer-Stiftung (2009): Fragen und Antworten zur Finanz- und Wirtschaftskrise. Berlin. http://www.kas.de/wf/doc/kas_16827-544-1-30.pdf

Krugman, Paul (2009): The return of depression economics and the crisis of 2008. New York: W. W. Norton & Company, Inc. http://gendocs.ru/docs/14/13637/conv_1/file1.pdf

Morris, Charles R. (2008): THE TWO TRILLION DOLLAR MELTDOWN: EASY MONEY, HIGH ROLLERS AND THE GREAT CREDIT CRASH. US: Public Affairs.

Neumüller, Egbert (2010): Der GRÖSSTE TRADE aller Zeiten: Wie Hedgefonds-Superstar John Paulson in der Finanzkrise Milliarden verdiente. Kulmbach: Börsenmedien AG.

Pitzke, Marc (2011): Fehlspekulation: Hedgefonds-Manager Paulson verzockt Milliarden. New York: Spiegel Online. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/fehlspekulation-hedgefonds-manager-paulson-verzockt-milliarden-a-791520.html>. [Zugriff: 23.10.2013]

Rajan, Raghuram G. (2005): HAS FINANCIAL DEVELOPMENT MADE THE WORLD RISKIER? Cambridge: National Bureau of Economic Research, Working Paper 11728. http://www.nber.org/papers/w11728.pdf?new_window=1

Rappaport, Alfred (2005): The Economics of Short-Term Performance Obsession. CFA Institute: Financial Analysts Journal, VOL. 61, NO. 3. <http://cmsu2.ucmo.edu/public/classes/young/Guidance%20Research/The%20Economics%20of%20Short-Term%20Performance%20Obsession.pdf>

Roubini, Nouriel/Mihm Stephen (2010): CRISIS ECONOMICS: A CRASH COURSE IN THE FUTURE OF FINANCE. New York: Allen Lane/Penguin Group.

Simpson, Richard E./Muio Reid A. (2010): UNITED STATES DISTRICT COURT SOUTHERN DISTRICT OF NEW YORK. Washington, D.C.: Securities and Exchange Commission.

Stiglitz, Joseph (2010): FREEFALL: Free Markets and the Sinking of the Global Economy. Groß Britannien: Allen Lane/Penguin Books.

Stiglitz, Joseph (2012): Der Preis der Ungleichheit: WIE DIE SPALTUNG DER GESELLSCHAFT UNSERE ZUKUNFT BEDROHT. München: Siedler Verlag.

Strategic Direction (2009): When global means nothing: How the once all-powerful global institutions lost control. Emerald Group: VOL. 25, NO. 2, pp. 12-14.

Sloan, Allan (2007): HOUSE OF JUNK: A CLOSE-UP OF ONE DEAL SHOWS HOW SUBPRIME MORTGAGES WENT BAD. Fortune.

http://www.regie-energie.qc.ca/audiences/3690-09/RepDDRInterv_3690-09/C-1-9_ACIG-6Doc5-1_EngenIR7-1_3690_17aout09.pdf

Taibbi, Matt (2009): THE GREAT AMERICAN BUBBLE MACHINE. New York: Wenner Media LLC, Rolling Stone, July 9-23. http://peakwatch.typepad.com/goldman_taibbi.pdf

Utt, Ronald D. (2010): How Goldman Sachs helped Paulson and Company short housing in smart growth. The Heritage Found: WebMemo, No. 2886.

<http://www.heritage.org/research/reports/2010/05/how-goldman-sachs-helped-paulson-and-company-short-housing-in-smart-growth-states>

Utt, Ronald D. (A) (2010): No Tax Increase for Federal Transportation Programs?. The Heritage Found: WebMemo, No. 2870. <http://www.heritage.org/research/reports/2010/04/no-tax-increase-for-federal-transportation-programs>

Zimmermann, Guido (2012): Die Finanzkrise: im Kern eine Einlagenkrise der Schattenbanken. Springer Verlag: Wirtschaftsdienst, Volume 92, Issue 2, pp 105-109.

7. Anhang

7.1. Zusammenfassung

Meine Diplomarbeit schlägt in die Kerbe, die die Finanzkrise 2008 hinterlassen hat. Schildere ich zunächst, dass in der USA immer mehr Kredite vergeben wurden, zu immer schlechteren Konditionen und dadurch immer mehr Menschen sich neue Häuser leisten konnten, steht der Beginn meiner Arbeit im Zeichen der politischen Entwicklungen, welche den Immobilienboom erst ermöglichten. Das Dogma der freien Märkte, der Einfluss der Geschäftswelt und korrupte Politiker führten zu einem schwach regulierten Finanzmarkt, dessen Akteure immer mehr Geld scheffelten, ohne Rücksicht auf Verluste. Die Federal Reserve (Fed), die US-amerikanische Notenbank, steht im Zentrum dieser Entwicklungen. Man könnte sagen, dass Alan Greenspan, der 19 Jahre die Fed leitete, die Finanzkrise heraufbeschwor. Die Fed bestimmt die Geldpolitik, steht aber unter großen Einflüssen aus der Wirtschaft, da es Banken sind, die die Besetzung der Arbeitsplätze mitbestimmen. Der Leitzins, das wohl wichtigste Instrument der Fed, muss bedacht eingesetzt werden, da sonst mächtige Akteure favorisiert werden. In weiterer Folge habe ich die Geschäfte von Banken und Investmentbanken durchleuchtet, die die Häuserkredite bündelten und als Anlagen weiterverkauften. Erweckte dies den Anschein von Risikominimierung, wurden immer mehr Kredite, zu immer schlechteren Bonitäten vergeben und so der aktuelle Konsens der Finanzwelt untergraben. Durch Instrumente wie den “Conduits“ und den “SIVs“, konnten die Banken immer weitere Geschäfte tätigen, da sie die Eigenkapitalvorschriften auf diesem Weg nicht überschritten. Dadurch waren sie in großem Maße fremdfinanziert und der Finanzmarkt dementsprechend instabil. Der Gipfel des Eisberges dürften wohl jene Derivate gewesen sein, die es ermöglichten, die Anlageformen zu versichern. Es konnten so viele wie mochten, eine einzige Anlage versichern, wobei, im Gegensatz zu jeder finanzgeschäftlichen Regel, die Versicherer darauf hofften, dass der versicherte Gegenstand in seinem Wert fällt. John Paulson konnte mit dieser Methode das größte Geschäft aller Zeiten machen, da er dem Immobilienboom skeptisch gegenüberstand. Ab Herbst 2007 kollabierte das US-

amerikanische System zunehmend. Banken und Investmentbanken verzeichneten enorme Verluste, mussten zusperren oder fusionierten sich. Grund war der Verfall der Häuserpreise, der dazu führte, dass die Schulden der Menschen plötzlich höher waren, als der Wert ihrer Häuser. Sie wurden Zahlungsunfähig und das System brach zusammen. Grob geschätzt mussten zehn Millionen aus ihren Häusern ausziehen. Jene, die in die Kreationen der Banken investierten, verzeichneten jedoch die größten Verluste. Das Problem der Arbeitslosigkeit breitete sich wie ein Lauffeuer über den Globus aus. Im Zuge der Krise kam es zu den wohl umfangreichsten Rettungsaktionen in der US-amerikanischen Geschichte. Henry Paulson, Finanzminister zu dieser Zeit und einstiger Goldman Sachs CEO, kaufte im Rahmen des Emergency Economic Stabilization Act, um 700 Milliarden Dollar, die toxischen Anlagen aus der Finanzwelt. Mit einem Schlag, wurden die US-amerikanischen Steuerzahler zu Investoren in wertlose Anlagen. Die Finanzinstitute konnten sich mit Millionenbeträgen von Anklagen freikaufen und wurde somit für ihr betrügerisches Verhalten nicht verfolgt. In Punkt 3.8. können wir erkennen, wer die Gewinner der ganzen Misere sind. Es sind die Manger aus den Topebenen der Finanzwelt. Sie verdienten, egal ob vor der Krise, während der Krise oder nach der Krise, hunderte von Millionen von Dollar. In Punkt 3.9. zeige ich die Symbiosen zwischen der Wirtschaft und der Politik auf. Wie am Beispiel Henry Paulsons zu sehen, sind die Verflechtungen zwischen beiden Bereichen allgegenwärtig und erscheinen als etwas ganz natürliches. Mit vielen Beispielen, kann ich den politikbestimmenden Charakter der US-amerikanischen Ökonomie aufzeigen und die Abhängigkeit der Politiker von Wahlkampfspenden. Die Wissenschaft bietet viele konstruktive Ansätze, die eine gerechtere Welt schaffen könnten. Sie müssten nur umgesetzt werden. Roubini und Mihm sehen Krisen z.B. als etwas Natürliches an, dass das System braucht um sich zu entwickeln. Da die US-amerikanische Wirtschaft in engem Zusammenhang mit den globalen Entwicklungen steht, wollte ich diese nicht ganz ausblenden. Durch die Abhängigkeit zwischen China und der USA, kann z.B. zum Teil das US-amerikanische Budgetdefizit erklärt werden. Der Dollar wird mit krampf als Leitwährung gehalten, nur damit alles beim Alten bleibt. Früher oder später wird sich jedoch alles ändern und umso länger alte Strukturen erhalten werden umso härter werden diese Veränderungen im Endeffekt von statten gehen. Die wichtige Frage, ob das Dogma der freien Märkte mit der Krise verschwunden ist, spielt eine wichtige Rolle in meiner Arbeit. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass dieser Paradigmenwechsel nur langsam passieren kann, wenn er überhaupt passiert. Veränderungen müssten jedoch von den Mächtigen angestrebt werden, als Gemeinschaft für eine Gemeinschaft.

7.2. Abstract

My thesis hits in the hack which was left by the financial crisis in 2008. If I describe first that in the USA more and more loans were awarded to worse and worse conditions and thereby more and more people could afford new houses, the beginning of my work stands in the sign of the political developments which alone allowed the real estate boom. The dogma of the free markets, the influence of the business world and corrupt politicians led to a weakly regulated financial market which actors raked more and more money without taking into consideration losses in general. The Federal Reserve (Fed), the US-American central bank, stands in the center of these developments. One could say that Alan Greenspan, who 19 years led the Fed brought on financial crisis. However, the Fed determines the monetary policy, stands under big influence from the economy because banks are who have an influence on the occupation of its jobs. The funds rate, the probably most important instrument of the Fed, must be used intent because instead mighty actors could be favored. Further I analyzed the businesses of banks and investment banks who bundled up the house loans and resold them as investments. If this woke the appearance of risk minimization, more and more loans to worse and worse credit standing awards undermined the topical consensus of the financial world. By instruments like the "Conduits" and the "SIVs" the banks could make other and other transactions because they didn't cross their equity regulations. Thereby they were foreign financed in big measure and the financial market were accordingly unstable. The summit of the iceberg might probably have been those derivatives which enabled to insure the investment forms. As many as liked could insure one single asset and in contrast to every finance business rule insurers hoped for the fact that the insured object falls in its value. John Paulson could make the biggest deal of all times with this method because he faced to the real estate boom doubtfully. From autumn 2007 the US-American system collapsed increasingly. Banks and investment banks registered huge losses, had to lock up or merged themselves. Reason was the decline of the house prices which led to the fact that the debts of the people were suddenly higher than the value of their houses. They became insolvent and the system broke down. At a rough estimate ten millions had to move out of their houses. Nevertheless, those which invested in the creations of the banks registered the biggest losses. The problem of unemployment spread like a wildfire about the globe. In the course of the crisis it came to the probably most extensive rescue operations in the US-American history. Henry Paulson, Minister of Finance at this time and former Goldman Sachs CEO, bought within the scope of the Emergency Economic Stabilization Act with 700 billion dollars the toxic assets from the

financial world. With a blow the US-American taxpayers became investors in worthless assets. The financial institutions could ransom themselves with millions from accusations and therefore became not persecute for their deceitful behavior. In point 3.8. we recognize who the winners of the whole plight are. These are the Mangers from the top levels of the financial world. They earned no matter before the crisis, during the crisis or after the crisis hundreds of millions of dollar. In point 3.9. I indicate the symbiosis between economy and politics. To see as at the example of Henry Paulson the linkage between both areas is omnipresent and appears something quite natural. With many examples I can indicate the character decisive for politics of the US-American economy and the dependence of politicians on election campaign donations. The science offers many constructive attempts which could create a fairer world. They would only have to be realized. Roubini and Mihm look at crises, e.g. as something natural that the system needs to develop itself. Because the US-American economy stands in narrow connection with the global developments, I did not want to fade out this completely. The US-American budget deficit can be explained, e.g. partly by the dependence between China and the USA. The dollar is tried to hold as a leading currency only to keep old structures alive. Nevertheless, sooner or later everything will change and the longer old structures are received the harder these changes will go in the final effect. The important question, if the dogma of free markets with the crisis had disappeared played an important role in my work. I have come to the end that this paradigm change can happen only slowly if it happens generally. Nevertheless, changes would have to be aimed by the powerful figures, as a community for a community.

7.3. Lebenslauf

Persönliche Daten

Name	Thomas Hörting
Geburtsdatum	27. September 1984
Geburtsort	Wien
Staatsbürgerschaft	Österreich
Familienstand	Ledig
Muttersprache	Deutsch
E-Mail	duad@gmx.at

Schulausbildung

1995 bis 2003 Realgymnasium Rahlgasse, Absolvierung der Matura

Im Jahr 2001 war ich für fünf Monate in Rio de Janeiro bei einer Gastfamilie im Zuge eines AFS Austauschprogrammes.

Ersatzdienst

01.06.2004 – 31.05.2005

Jugend am Werk, Wien, Begleitung behinderter Menschen

Studium Seit SS 2006

Diplomstudium der Internationalen Entwicklung

Zweitstudium Bachelor Portugiesisch

Sprachen

Englisch

Portugiesisch

Anmerkung

Meine bisherigen Berufe waren hauptsächlich handwerklicher Natur, bzw. im sportlichen Bereich. Trotzdem fühle ich mich zur Wissenschaft hingezogen und empfinde sie als etwas sehr wichtiges. Ich kann mir gut vorstellen auf dieser Ebene zu arbeiten.